

# NATO *Brief*

SOMMER 2001

## Die Friedenserhaltung als Aufgabe



Interview mit General  
Sir Rupert Smith

Seite 24-25



Frauen  
in Uniform

Seite 30-33

Der NATOBrief wird im Auftrag des Generalsekretärs der NATO als Beitrag zu einer konstruktiven Erörterung atlantischer Fragen herausgegeben. Die im NATOBrief veröffentlichten Beiträge stellen daher nicht unbedingt die amtliche Auffassung oder Politik der NATO oder ihrer Mitgliedsregierungen dar.

**CHEFREDAKTEUR:** Christopher Bennett  
**REDAKTION:** Vicki Nielsen  
**PRODUKTION:** Felicity Breeze  
**LAYOUT:** NATO Graphics Studio

Herausgeber: Direktor des Informations- und Pressedienstes  
NATO Office of Information and Press,  
B-1110 Brüssel, Belgien  
Fax: 00 32 27 07 45 79  
E-Mail: distribution@hq.nato.int

revieweditor@hq.nato.int  
publications@hq.nato.int

Gesamtherstellung: SZ Offsetdruck-Verlag  
Herbert W. Schallowitz GmbH  
D-53757 Sankt Augustin

Die Beilage „Atlantischer Kurier“ wird von der Deutschen Atlantischen Gesellschaft e.V., Am Burgweiher 12, D-53123 Bonn, in eigener Verantwortung herausgegeben.

Der Nachdruck von Beiträgen bedarf der Genehmigung des Herausgebers, der Herkunftsangabe und – bei gezeichneten Artikeln – der Namensnennung des Verfassers.

Der NATOBrief erscheint auch in Dänisch – *NATO Nytt*; Englisch – *NATO Review*; Französisch – *Revue de l'OTAN*; Griechisch – *Deltio NATO*; Italienisch – *Rivista della NATO*; Niederländisch – *NAVO Kroniek*; Norwegisch – *NATO Nytt*; Polnisch – *Przegląd NATO*; Portugiesisch – *Noticias da OTAN*; Spanisch – *Revista de la OTAN*; Tschechisch; Türkisch – *NATO Dergisi*; Ungarisch – *NATO Tükör*. In isländischer Sprache (*NATO Fréttir*) erscheint jedes Jahr eine Ausgabe. Von Fall zu Fall werden auch Ausgaben in russischer und ukrainischer Sprache veröffentlicht.

NATOReview ist auch verfügbar über World Wide Web: [www.nato.int/docu/review.htm](http://www.nato.int/docu/review.htm)

Der Informationsdienst der NATO gibt außerdem Handbücher, Broschüren und Faltblätter zu verschiedenen Themen heraus. Die Publikationen sind vorrätig in den NATO-Amtssprachen Englisch und Französisch, einige auch in deutscher Übersetzung.

Der NATOBrief wird zur Information der Öffentlichkeit kostenlos durch das  
Presse- und Informationsamt  
der Bundesregierung, Referat 301 S  
Dorotheenstr. 84, D-10117 Berlin  
an Multiplikatoren abgegeben.

Bei jeder Bezugnahme dieses Magazins auf die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien wird durch (\*) auf folgende Fußnote verwiesen: Die Türkei erkennt die Republik Mazedonien unter ihrem verfassungsmäßigen Namen an.

ISSN 0255-3813

# inhalt

## DIE NATO IM BLICKPUNKT

4  
Kurznachrichten

## DIE FRIEDENSERHALTUNG ALS AUFGABE

6  
**Die Wahrung des Friedens früher und heute**

Espen Barth Eide befasst sich mit der Entwicklung friedenserhaltender Maßnahmen seit dem Ende des Kalten Krieges.



## 9 **Kampfbereitschaft und Mitleid**

Christopher Bellamy legt dar, dass die Wahrung des Friedens alles andere als eine Sache für Schwächlinge ist.



## 12 **Erfahrungen und Lehren**

David Lightburn vergleicht, wie die NATO und die Vereinten Nationen die Lehren aus den Balkankonflikten in die Praxis umsetzen.



### TITELBILD

Ein Angehöriger der NATO-Friedenstruppen heißt einen kosovo-albanischen Flüchtling willkommen, der in seine Heimat zurückkehrt.

## DEBATTE

### 16 **Können Soldaten Friedenshüter und Krieger sein?**

BILL NASH VS JOHN HILLEN  
Sollten bei Friedensoperationen Kampftruppen eingesetzt werden? Wird ihre Gefechtsfähigkeit dadurch geschwächt?

## REZENSION

### 21 **Unmittelbare Geschichte**

Jamie Shea bespricht fünf Bücher, die bereits zu den Kosovooperationen der NATO erschienen sind.

## INTERVIEW

### 24 **General Sir Rupert Smith: stellvertretender SACEUR**

#### LÄNDERBERICHTE

26

### Größerer Beitrag Italiens

Carlo Scognamiglio-Pasini beschreibt, wie Italien seine Rolle bei den Friedensoperationen auf dem Balkan erweitert hat.



28

### Die Reform der polnischen Streitkräfte

Bronislaw Komorowski erläutert das militärische Reformprogramm Polens.

#### MILITÄRISCHE ANGELEGENHEITEN

30

### Frauen in Uniform

Vicki Nielsen prüft, wie weit die Integration von Frauen bei den NATO-Streitkräften vorangekommen ist.



#### STATISTIK

34

### Frauen in den NATO-Streitkräften

### Friedensoperationen

# VORWORT

Die vorige Ausgabe des NATO BRIEFs gab wieder Anlass zu zahlreichen Leserzuschriften, in denen u.a. die Einführung einer Seite für Leserbriefe vorgeschlagen wurde. Diese Rubrik wird daher in einer der kommenden Ausgaben zu finden sein. Im Mittelpunkt der vorliegenden Ausgabe stehen friedenserhaltende Maßnahmen, ein Bereich, in dem sich das Bündnis in den letzten Jahren immer stärker engagiert hat. Espen Barth Eide, Staatssekretär im norwegischen Außenministerium, befasst sich mit der Entwicklung friedenserhaltender Maßnahmen seit dem Ende des Kalten Krieges. Chris Bellamy, Professor für Militärwissenschaft und Militärdoktrinen an der Universität Cranfield, legt dar, dass die Wahrung des Friedens alles andere als eine Sache für Schwächlinge ist, und David Lightburn vom Pearson Peacekeeping Center in Kanada vergleicht, wie die NATO und die Vereinten Nationen die Lehren aus den Balkankonflikten in die Praxis umsetzen. In der Debatte dieser Ausgabe erörtern Bill Nash, Direktor des Center for Preventive Action des amerikanischen Rates für auswärtige Beziehungen, und John Hillen, sicherheitspolitischer Berater des Wahlkampfteams des amerikanischen Präsidenten George W. Bush, ob Soldaten sowohl Friedenshüter als auch Krieger sein können. Dieses Thema wird auch im Interview angesprochen, in dem General Sir Rupert Smith (stellvertretender SACEUR) u.a. seine Ansichten zu der Frage darlegt, welche Aufgaben für Soldaten angemessen sind, die im Rahmen von Friedensoperationen eingesetzt werden. Unter der Rubrik REZENSION bespricht Jamie Shea, Direktor des Presse- und Informationsdienstes der NATO, fünf Bücher, die bereits zu den Kosovooperationen der NATO erschienen sind. Ferner beschreibt der frühere italienische Verteidigungsminister Carlo Scognamiglio-Pasini, wie Italien seine Rolle bei den Friedensoperationen auf dem Balkan erweitert hat, und der polnische Verteidigungsminister Bronislaw Komorowski erläutert das militärische Reformprogramm seines Landes. 25 Jahre nach der offiziellen Anerkennung des Ausschusses für Frauen in den NATO-Streitkräften prüft dann im letzten Beitrag dieser Ausgabe die NATO BRIEF-Redakteurin Vicki Nielsen, wie weit die Integration von Frauen bei den NATO-Streitkräften vorangekommen ist. Den Schluss bilden statistische Angaben zur Zahl der Frauen in den Streitkräften sowie zu Friedensoperationen.

*Christopher Bennett*



## NATO-Personaldienst – Offene Stellen bei der NATO

Angehörige der NATO-Staaten können sich für alle Stellen des Internationalen Stabes der NATO bewerben. Einzelheiten zu offenen Stellen und Verfahren sowie Bewerbungsformulare siehe:

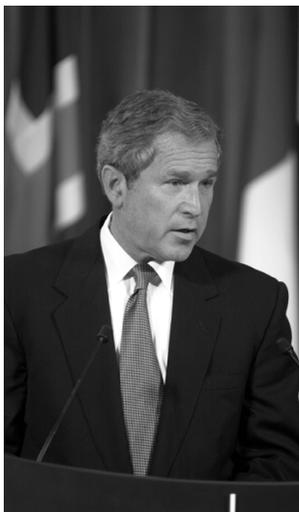
<http://www.nato.int/structur/recruit/index.htm>

# DIE NATO IM BLICKPUNKT

Am 20. Juni erklärten sich die **NATO-Botschafter** grundsätzlich dazu bereit, einem Ersuchen Präsident **Boris Trajkovskis** (ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien\*) stattzugeben, der die NATO um Unterstützung bei der Entmilitarisierung von Extremisten albanischer Abstammung gebeten hatte; zur Bedingung wurde gemacht, dass die Konfliktparteien einen erfolgreichen politischen Dialog führen und die Feindseligkeiten einstellen müssten. Die zuständigen Stellen wurden damit beauftragt, auf dieser Grundlage einen Operationsplan zu erarbeiten.

Am 14. Juni kam NATO-Generalsekretär **Lord Robertson** in **Skopje** (ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien\*) mit Präsident **Boris Trajkovski** und Ministerpräsident **Ljubco Georgievski** sowie anderen führenden Politikern zu Gesprächen darüber zusammen, wie sich der Aufstand albanisch-stämmiger Extremisten beenden lässt.

## Besuch George W. Bushs



Am 13. Juni kamen die **Staats- und Regierungschefs** der NATO-Staaten während des ersten offiziellen Europabesuchs des **amerikanischen Präsidenten George W. Bush** in der **NATO-Zentrale** zu einer Sondersitzung des Nordatlantikrats zusammen. Erörtert wurden alle zentralen Fragen auf der NATO-Tagesordnung, einschließlich der Raketabwehr. Bezüglich der künftigen Erweiterung gehen die Bündnispartner davon aus, beitragswillige Staaten auf dem für 2002 geplanten Gipfeltreffen in Prag zum NATO-Beitritt einladen zu können.

Am 12. Juni traten die **Militärausschüsse** der **EU** und der **NATO** in der **NATO-Zentrale** zum ersten Mal zu einer offiziellen Sitzung zusammen, die dem Austausch von Informationen über

praktische Fragen im Zusammenhang mit der Entwicklung der Sicherheitszusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen diene.

Auf einer Tagung vom 10.-15. Juni feierte der **Ausschuss für Frauen in den NATO-Streitkräften** sein 25-jähriges Bestehen. Die Tagung fand trotz des niederländischen Vorsitzes in **Rom** statt, da die italienischen Streitkräfte im Jahr 2000 zum ersten Mal weibliche Rekruten zugelassen hatten.

Am 7. und 8. Juni kamen die **Verteidigungsminister** der NATO-Mitgliedstaaten und ihrer Partnerstaaten in **Brüssel** zu ihren halbjährlichen Tagungen zusammen. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und der NATO, die Durchführung der Initiative zur Verteidigungsfähigkeit, die Raketabwehr und die Krise in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien\*.

Am 6. Juni kam der armenische Präsident **Robert Kotscharjan** in der **NATO-Zentrale** mit **Lord Robertson** zusammen. Sie erörterten die weitere Partnerschaft seines Landes mit der NATO sowie die wegen des Konflikts um Berg-Karabach angespannten Beziehungen zu Aserbaidschan.

Am 5. und 6. Juni kamen auf der von General **Joseph W. Ralston** (SACEUR) ausgerichteten SHAPE-Jahrestagung fast 100 Generale im **Obersten Hauptquartier der Alliierten Mächte Europa** zusammen. Zwei wichtige Themen waren das Strategische Konzept der NATO von 1999 und dessen Folgen für die Streitkräfte und die Fähigkeiten sowie eine Beurteilung der NATO-Operationen auf dem Balkan.

Vom 1.-18. Juni nahmen vierzehn NATO-Mitglieder und Partnerstaaten in der **Ostsee** an der auf Friedensoperationen ausgerichteten **Exercise Baltops 2001** teil.

Am 1. und 2. Juni besuchte **Lord Robertson** anlässlich der diesjährigen Militärparade Italiens **Rom**, wo er mit Präsident **Carlo Azeglio Ciampi**, dem scheidenden Verteidigungsminister **Sergio Mattarella** und dem designierten Premierminister **Silvio Berlusconi** zusammenkam.

## Ministertagung in Budapest

Am 29. und 30. Mai kamen die **Außenminister** der NATO-Staaten und ihrer Partnerstaaten in **Budapest** zu ihren regulären Frühjahrstagungen zusammen. Erörtert wurden in erster Linie die derzeitigen Spannungen in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien\*, die Entwicklungen auf dem Balkan, die



Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO und die neuen Aufgaben des Bündnisses sowie die Stärkung der Partnerschaften der NATO und der Beziehungen des Bündnisses zu Russland und zur Ukraine.

Am 31. Mai zählte **Lord Robertson** in **Dubrovnik** (Kroatien) zu den Rednern einer Konferenz zum Thema *Wichtige Schritte auf dem Weg zur europäischen Integration: Förderung von Frieden und Wohlstand in Südosteuropa*.

Die Frage der NATO-Erweiterung stand im Mittelpunkt der Gespräche der fünfjährigen Frühjahrstagung der **Parlamentarischen Versammlung der NATO**, die vom 27.-31. Mai in **Wilna** (Litauen) stattfand.

Am 24. Mai verurteilte **Lord Robertson** in einer Erklärung nachdrücklich die jüngsten Tätigkeiten extremistischer Gruppen in der **ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien\***, insbesondere ihre fortwährende Präsenz in mehreren besetzten Dörfern und ihre Angriffe auf Sicherheitskräfte der Regierung.

## Öffnung der Pufferzone

Am 24. Mai begann die erste Phase der Rückkehr **jugoslawischer und serbischer Sicherheitskräfte** in den Sektor B der **Sicherheitszone**, der Pufferzone zwischen Serbien und dem Kosovo.

Am 21. Mai kam in der NATO-Zentrale der **Rat der Vereinigung der Atlantischen Gesellschaften** zu seiner Jahrestagung zusammen, in deren Rahmen **Lord Robertson** über zentrale Fragen der NATO-Tagesordnung informierte. Tags darauf trat der **Bildungsausschuss** der Vereinigung zu Gesprächen darüber zusammen, wie nationale Organisationen einem jüngeren Publikum Sicherheitsfragen nahe bringen können.

## Treffen SACLANT-SACEUR

Am 16. und 17. Mai stattete **General William F. Kernan**, Oberster Alliiertes Befehlshaber Atlantik, **SHAPE** seinen ersten Besuch ab, in dessen Rahmen er mit **General Joseph W. Ralston**, Oberster Alliiertes Befehlshaber Europa, und dessen Stab zusammenkam.

**Lord Robertson** kam in **Tirana** (Albanien) mit dem albanischen Präsidenten **Rexhep Mejdani**, Ministerpräsident **Illir Meta**, Außenminister **Paskal Milo** und Verteidigungsminister **Ismail Lieshi** zu Gesprächen über die Entwicklungen in der Region und die Reform des Verteidigungssektors zusammen.

Am 16. Mai kam der kroatische Premierminister **Ivica Racan** in der NATO-Zentrale mit **Lord Robertson** und den **NATO-Botschaftern** zusammen. Sie erörterten den Beitrag Kroatiens zur regionalen Stabilität sowie das vor einem Jahr eingeleitete politische Reformprogramm der kroatischen Regierung.

Vom 15.-26. Mai nahmen Streitkräfte von sieben NATO-Staaten in der **Kusadasi-Bucht** vor der türkischen Küste an der



Übung **Damsel Fair 2001** teil, die sich mit allen Aspekten der Planung, Durchführung und Analyse der Minenkriegführung befasste.

Am 15. und 16. Mai hielten die **Stabschefs** der NATO in der **NATO-Zentrale** einige interne Sitzungen sowie Sitzungen mit ihren Kollegen aus den Partnerstaaten ab. Zu den wichtigsten Themen zählten die Friedensoperationen auf dem Balkan, die Lage in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien\*, die Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und der NATO, die Überprüfung der Streitkräftestruktur der NATO und die Beschaffung eines Luft-Boden-Überwachungssystems.

Am 15. Mai traf der neue moldauische Premierminister **Vasile Tarlev** in der **NATO-Zentrale** mit **Lord Robertson** zusammen. Er brachte die Entschlossenheit seines Landes zum Ausdruck, die Zusammenarbeit mit der NATO insbesondere im Rahmen von Friedensoperationen zu erweitern und zu vertiefen.

# DIE NATO IM BLICKPUNKT

Vom 14.-23. Mai nahmen in Newport News, Virginia, fünf NATO-Mitgliedstaaten und sieben Partnerstaaten an der Übung **Cooperative Tide 2001** teil, in deren Mittelpunkt Verfahren der küstennahen Seekriegführung standen.

Vom 14.-16. Mai nahmen sechs NATO-Mitglieder und sechs Partnerstaaten in der Ostsee an der Übung **Cooperative Baltic Eye** teil, die auf die Erarbeitung von Verfahren für die Führung, Lenkung und Koordinierung von Such- und Rettungseinsätzen ausgerichtet war.

In der Nacht vom 11. zum 12. Mai beschlagnahmten **KFOR**-Soldaten ein umfangreiches Lager schwerer Waffen, die für bewaffnete Gruppen albanischstämmiger Extremisten im Presevolat bestimmt waren.

Während eines Besuchs in Barcelona am 10. und 11. Mai hielt **Lord Robertson** auf einer Konferenz zu Sicherheits- und Verteidigungsfragen einen Vortrag; danach reiste er nach Madrid, wo er mit dem spanischen Premierminister **José María Aznar**, Außenminister **Josep Piqué** und Verteidigungsminister **Federico Trillo-Figueroa** zusammentraf.

Am 9. Mai besuchte **Lord Robertson** in Den Haag das Zentrum für europäische Sicherheitsstudien und traf später mit dem niederländischen Verteidigungsminister **Frank de Grave** zusammen.

Am 8. Mai fanden in der NATO-Zentrale die ersten Konsultationen zur **Raketenabwehr** statt, in deren Verlauf eine **amerikanische Delegation Lord Robertson** und dem **Nordatlantikrat** die Position der neuen amerikanischen Regierung erläuterte.

## Gemeinsamer Auftritt der EU und der NATO

Nach wiederholten gewaltsamen Ausschreitungen albanischstämmiger Extremisten gegen Sicherheitskräfte der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien\* reiste **Lord Robertson** am 7. Mai nach Skopje, wo er gemeinsam mit **Javier Solana** (dem Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik) zu Gesprächen mit Präsident **Boris Trajkovski** und anderen führenden Persönlichkeiten zusammenkam.

Am 3. und 4. Mai trat die **Konferenz der Nationalen Rüstungsdirektoren in Brüssel** zu ihrer halbjährlichen Tagung zusammen und erörterte politische Pläne und Vorhaben der NATO, einschließlich der Durchführung der Initiative zur Verteidigungsfähigkeit und der Untersuchung für den Rüstungsbereich.

Vom 2.-4. Mai fand in Bukarest das diesjährige **Wirtschaftskolloquium** der NATO statt, das sich insbesondere im Hinblick auf Südosteuropa, den südlichen Kaukasus und Zentralasien mit den Wechsel-



wirkungen zwischen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Sicherheit und Stabilität einer Region auseinander setzte.

**Lord Robertson** verurteilte einen Angriff **albanischer Extremisten** auf Sicherheitskräfte der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien\* in der Nähe von Tetovo (28. April).

Vom 27.4.-10.5. beteiligten sich etwa 1 500 Reservisten aus sechs NATO-Mitgliedstaaten und Partnerstaaten sowie aus Argentinien in Bosnien und im Kosovo an **Adventure Express** und an **Dynamic Express 2001**, zwei multinationalen Übungen zu friedenserhaltenden Maßnahmen. In Albanien fanden mit albanischen Streitkräften vorbereitende Übungen statt, bevor die Reservisten in den Einsatzgebieten der SFOR und der KFOR eintrafen.

## Konfliktparteien des Kosovos

Nachdem serbische Regierungsvertreter der NATO am 25. April einen Besuch



abgestattet hatten, trafen **Hans Hækkerup**, VN-Sonderbeauftragter für den Kosovo, und eine Delegation führender politischer Vertreter verschiedener ethnischer Gruppen des Kosovos am 26. April mit **Lord Robertson** und den **NATO-Botschaftern** zusammen.

Am 24. April unterzeichnete **Israel** als erster der sieben am Mittelmeerdiallog des Bündnisses beteiligten Staaten eine Sicherheitsvereinbarung mit der **NATO**.

Vom 24.-26. April erörterten Generale und hohe Offiziere von Pioniertruppen der NATO-Mitglieder und der Partnerstaaten auf ihrer diesjährigen **Konferenz**, die an der Pioniertruppenschule des französischen Heeres in Angers stattfand, die Zukunft der **Pioniertruppen**.

Am 23. April eröffnete **Lord Robertson** während eines Besuchs in den Niederlanden nach einem Treffen mit Außenminister **Jozias van Aartsen** den von der Vereinigung der Wirtschaftsfakultäten in Rotterdam veranstalteten **Business Week-Kongress**, in dessen Rahmen er mit dem **Business Week Award 2001** (für Verdienste um weltweite Kommunikation) ausgezeichnet wurde.

Am 15. April fand in Anwesenheit von **KFOR**-Soldaten die Übergabe fünf serbischer Geiseln statt, die albanischstämmige Extremisten im südlichen Serbien seit März in ihrer Gewalt gehabt hatten.

## Mutmaßlicher Kriegsverbrecher gefasst

Am 15. April verhafteten **SFOR**-Soldaten **Dragan Obrenovic**, einen der bosnischen Serben, denen das Massaker von Srebrenica zur Last gelegt wird, und überstellten ihn dem **Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag**.

Am 14. April wurde den **jugoslawischen Streitkräften** entsprechend einem Beschluss des Nordatlantikrats vom 10. April der Sektor D der Serbien vom Kosovo trennenden **Sicherheitszone** übergeben.

**Lord Robertson** verurteilte die gezielten Schüsse auf einen **russischen KFOR-Soldaten**, der am 11. April im Kosovo ermordet wurde.

Am 9. April kamen zwei **Angehörige der britischen Luftwaffe** bei schlechten Wetterverhältnissen in einer Gebirgsregion des Kosovos in der Nähe der Grenze zur ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien\* ums Leben, als ihr Hubschrauber abstürzte.

## Kommandowechsel bei KFOR



Am 6. April übernahm General **Thorstein Skiaker** (Norwegen) als Nachfolger von General **Carlo Cabigiosu** (Italien) den **KFOR-Befehl**.

Am 6. April ratifizierte das bulgarische Parlament eine Vereinbarung mit der NATO, die griechischen und türkischen **NATO-Truppen** Transitrechte gewährt, so dass sie zur Verstärkung der von der NATO geführten Friedensoperation im Kosovo das **Hoheitsgebiet Bulgariens** durchqueren können.

## Nordatlantikrat im Süden

Am 3. und 4. April besuchten **Lord Robertson** und die 19 **NATO-Botschafter die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien\*** und den **Kosovo**, nachdem sie ihre Reise in Neapel beim Hauptquartier der Alliierten Streitkräfte Europa Süd, dem die SFOR- und die KFOR-Truppen unterstehen, kurz unterbrochen hatten.

Vom 2.-6. April nahmen Luftwaffenangehörige aus sechs NATO-Staaten in Griechenland an der Logistikübung **Ample Train 2001** teil, die auf die Wartung und Betreuung von Kampfflugzeugen abzielte.

Am 2. April feierte das bei Mons (Belgien) gelegene **SHAPE** unter Vorsitz von **General Ralston** (SACEUR) und **Lord Robertson** sein **50-jähriges Bestehen**.

Am 29. und 30. März hielt sich **Lord Robertson** zu einem zweitägigen Besuch in **Warschau** auf, wo er mit dem polnischen Präsidenten **Alexander Kwasniewski**, mit Ministerpräsident **Jerzy Buzek**, mit dem Außen- und dem Verteidigungsminister sowie mit Mitgliedern des Ober- und des Unterhauses des polnischen Parlaments zusammentraf.



Weitere Informationen  
s. **NATO Update**  
([www.nato.int/docu/index.htm](http://www.nato.int/docu/index.htm))

# Die Wahrung des Friedens früher und heute

*Espen Barth Eide untersucht, wie sich Maßnahmen zur Wahrung des Friedens seit dem Ende des Kalten Krieges entwickelt haben und wie sich die damit verbundene Problematik heute darstellt.*



© NATO

Umfassende Maßnahmen zur Schaffung der gesellschaftlichen Friedensgrundlagen müssen über die dringendsten militärischen und humanitären Erfordernisse hinausgehen.

**F**riedenserhaltende Maßnahmen sind nicht mehr, was sie einmal waren. Die beteiligten Akteure, die damit zusammenhängenden Praktiken und sogar der Begriff selbst haben sich gewandelt. Durch den Wandel sind diese Maßnahmen zu einer komplexeren, umfangreicheren und gefährlicheren Unternehmung geworden. Zudem hat diese Aufgabe ein solches Ausmaß angenommen und erfordert so viele Ressourcen und Fähigkeiten, dass sich alle beteiligten militärischen und zivilen Institutionen nun, damit sie der Herausforderung gewachsen sind, um eine Anpassung ihrer Arbeitsweise bemühen. Besonders deutlich ist der Wandel in Europa zutage getreten.

Friedenserhaltende Maßnahmen sind zwar traditionell unter der Ägide der Vereinten Nationen durchgeführt worden, aber sie werden in der VN-Charta nicht ausdrücklich genannt. Das Konzept wurde während des Kalten Krieges im Rahmen der Vereinten Nationen entwickelt, indem man eine weitere Auslegung der

Befugnisse wählte, die in Kapitel VI der Charta (friedliche Beilegung von Streitigkeiten) niedergelegt sind. Es diente weitgehend als kreative Bewältigung des Problems der Rivalität zwischen den Supermächten, das allzu häufig zur Handlungsunfähigkeit des Sicherheitsrats führte und ihn an der Ausübung seiner Befugnisse nach Kapitel VII (Maßnahmen bei Bedrohung des Friedens) hinderte.

Zunächst ging es bei friedenserhaltenden Maßnahmen buchstäblich um die Wahrung eines bestimmten Friedens. Dieser war in der Regel das Ergebnis internationaler Vermittlungsbemühungen zur Beilegung eines bewaffneten Konflikts, an dessen Ende die kriegführenden Parteien eine Waffenstillstands- oder Friedensvereinbarung unterzeichnet hatten, deren dauerhafte Einhaltung sie auch sichern wollten, obwohl sie der jeweils anderen Seite nicht so recht trauten. Die Vereinten Nationen wurden dann in der Regel gebeten, mit Patrouillen die Pufferzone zwischen den beiden Konfliktparteien zu überwachen, denen der „neutrale“ und defensive Charakter der VN-Präsenz natürlich zusagte. Obwohl während des Kalten Krieges nicht alle Friedensoperationen gleichermaßen erfolgreich waren, trug die Präsenz von VN-Friedenstruppen in manchen Fällen, in denen die Kampfhandlungen sonst vielleicht

---

*Espen Barth Eide ist Staatssekretär im norwegischen Außenministerium.*

---

wieder aufgeflammt wären, doch dazu bei, einen erneuten Ausbruch von Feindseligkeiten zu verhindern.

Das Sicherheitsdenken des Kalten Krieges konzentrierte sich auf Stabilität. Man hoffte auf nicht mehr als auf die Aufrechterhaltung des Status quo. Im Großen bedeutete dies ein Gleichgewicht zwischen den Supermächten, im Kleinen die Einhaltung bestehender Friedensvereinbarungen. So wurde in dieser Ära „containment“ zu einem Zauberwort. Angesichts der Alternative, also eines totalen Zusammenbruchs des Systems des Kräftegleichgewichts und einer Konfrontation der Supermächte, hätte es auch kaum anders gewesen sein können.

Inzwischen hat sich das Sicherheitsdenken weiterentwickelt. Statt der Aufrechterhaltung des Status quo lauten die Schlüsselwörter nun Übergang, Erweiterung und Integration, die alle eher dynamische als statische Begriffe sind. Die Dynamik des Wandels wirkt sich jetzt auch auf friedenserhaltende Maßnahmen aus. Aus den klassischen Aufgaben eines „neutralen“ Puffers zwischen Konfliktparteien, die der Friedensmission zustimmen, sind Operationen geworden, die darauf abzielen, unter häufig schwierigen Bedingungen den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandel zu bewältigen – eine Tendenz, die dadurch noch verstärkt wird, dass die meisten Friedensoperationen unserer Zeit eher eine Reaktion auf innerstaatliche als auf zwischenstaatliche Konflikte darstellen.

Die Einsatzplanung und die Konfliktbewältigungsstrategien müssen dem sich wandelnden Charakter friedenserhaltender Maßnahmen Rechnung tragen. In vielen Fällen ist es weder möglich noch wünschenswert, auf eine Wiederherstellung der Lage vor dem Konflikt hinzuarbeiten. Stattdessen müssen die Konfliktparteien zum Aufbau eines neuen Gemeinwesens beitragen. Häufig ist es schwierig, eindeutige, konsequente und zuverlässige Partner zu finden, die ihre Streitkräfte wirklich unter Kontrolle haben. Oft wird die Lage durch die Präsenz von selbsternannten Kriegsherren und Kriegsgewinnlern erschwert, die Schreckgespenster an die Wand malen, um zu Gewalt aufzurufen und so zur Ergreifung oder zum Erhalt der Macht beizutragen. Politische und finanzielle Motive greifen ineinander, so dass gelegentlich die Grenzen zwischen der Politik und dem organisierten Verbrechen verwischt werden. Die zentralen Streitpunkte vieler heutiger Konflikte betreffen zudem den eigentlichen Kern eines Staates. Da solche Fragen am Ende offener Feindseligkeiten häufig ungelöst bleiben, sieht sich die Völkergemeinschaft mit der Aufgabe konfrontiert, handlungsunfähige Institutionen, einschließlich des staatlichen Verwaltungsapparats, des Rechtswesens und sogar der örtlichen Medien, durch Reformen zu sanieren.

Moderne Konfliktbewältigungsverfahren sind komplex. Neben dem militärischen Aspekt sind viele andere Aktivitäten zu festen Bestandteilen einer Operation zur Schaffung der Friedensgrundlagen geworden. Nur durch eine sorgfältige, gründlich geplante und koordinierte Anwendung ziviler wie auch militärischer Maßnahmen lassen sich die Voraussetzungen für Frieden und eine langfristige und sich selbst tragende Stabilität schaffen. Die daraus resultierende Notwendigkeit eines neuen Ansatzes für friedenserhaltende Maßnahmen hat zu einer Diskussion über die Rolle der Vereinten Nationen bzw. regionaler Organisationen auf dem Gebiet der Krisenbewältigung geführt. Dies gilt insbesondere für Europa, wo sich mehrere regionale und subregionale Organisationen aktiv mit verschiedenen Aspekten der Krisenbewältigung auseinandersetzen und die Frage der Zusammenarbeit und der Arbeitsteilung von besonderer Bedeutung ist.

Wegen der institutionellen Stärke und des finanziellen Potentials Europas war es nur natürlich, dass man dort damit begann, die Vereinten Nationen von einigen Aufgaben auf dem Gebiet friedenserhaltender Maßnahmen zu entlasten. Europa ist allerdings nicht automatisch besser zur Bewältigung von Konflikten geeignet, und dort sind auch keine erprobten oder bewährten Operationen zur Unterstützung des Friedens entwickelt worden, die sich problemlos auf andere Regionen der Welt übertragen ließen. Die Erfahrungen Europas sind jedoch durchaus relevant, nicht zuletzt weil die Ereignisse auf dem Balkan und die internationalen Reaktionen darauf für die Entwicklung der heutigen Konzepte für Friedensoperationen der Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges von entscheidender Bedeutung waren. Der Balkan ist also in vielerlei Hinsicht zum sicherheitspolitischen Prüfstand Europas geworden. Fast alle Fragen, die heute in der europäischen Sicherheitsdebatte eine Rolle spielen – transatlantische Beziehungen, die Zukunft der NATO, die Rolle der EU und der VN sowie die Beziehungen zu Russland –, stehen auf irgendeine Weise mit dem Balkan im Zusammenhang.

Die Kriege im ehemaligen Jugoslawien und die internationalen Reaktionen darauf ließen die Defizite der europäischen Sicherheitsarchitektur am Ende des Kalten Krieges deutlich zutage treten. Da es keine glaubwürdige regionale Organisation gab, die in der Lage und dazu bereit gewesen wäre, diese Aufgabe zu übernehmen, entsandten die Vereinten Nationen im Februar 1992 die ursprüngliche VN-Schutztruppe nach Kroatien. Kurz danach wurde ihr Mandat auf Bosnien und Herzegowina (Bosnien) und dann 1993 auch auf die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien\* ausgedehnt. Was ursprünglich als sechsmonatiger Einsatz geplant war, dauerte vier Jahre.

Die Vereinten Nationen spielten von 1992 bis 1995 die wichtigste Rolle bei den Bemühungen, ein Ende der Feindseligkeiten zu vermitteln, den Frieden, wo ein Waffenstillstand schon vereinbart worden war, zu wahren und die Not von Nichtkombattanten in Konfliktgebieten zu mildern. Im Laufe der Jahre engagierte sich die NATO durch ihre verschiedenen luft- und seegestützten Unterstützungsoperationen immer stärker, und zwischen den beiden Institutionen entwickelte sich allmählich eine enge Partnerschaft. Nachdem das Abkommen von Dayton, das Friedensabkommen zur Beendigung des Bosnienkriegs, am 20. Dezember 1995 in Kraft getreten war, ging die militärische Zuständigkeit auf die von der NATO geführten IFOR-Truppen über. Dabei handelte es sich um die erste militärische Bodenoperation des Bündnisses, und sie hat wesentlich zur neuen Identität der NATO beigetragen. In nur wenigen Jahren hat sich die NATO dann nämlich so gewandelt, dass sie eine nahezu völlig neue Rolle übernommen hat und zu einem immer wirksameren Instrument der militärischen und politischen Krisenbewältigung geworden ist.

Dieser Anpassungs- und Lernprozess kommt darin zum Ausdruck, wie sich friedenserhaltende Maßnahmen in Bosnien während der IFOR- und SFOR-Mission entwickelt haben, und er wirkte sich im Juni 1999 auch auf den Ansatz für die Entsendung der KFOR aus. Zwei bemerkenswerte Tendenzen sind erkennbar. Der erste Trend besteht in einer Erweiterung dessen, was man unter dem Mandat der Streitkräfte versteht. Zu Beginn der IFOR-Mission lag der Schwerpunkt auf der Vermeidung von „mission creep“, d.h. der Tendenz eines Streitkräftekommandos, immer mehr vermeintlich zivile Aufgaben zu übernehmen. Schließlich stellte sich jedoch immer deutlicher heraus, dass ein militärischer Erfolg nicht isoliert von anderen Faktoren zu erreichen war.

Falls die übergreifenden Friedensbemühungen nicht die Bedingungen für einen stabilen und dauerhaften Frieden hätten schaffen

können, wäre dies ebenso als Versagen der NATO wie als das der zivilen Organisationen betrachtet worden. Dieser Umstand trug zu engeren Kontakten zwischen den Friedenstruppen und ihren zahlreichen zivilen Partnern bei. Als dann die KFOR-Truppen entsandt wurden, hatte man diese Lektion überdies bereits gelernt, was in dem von Anfang an breiten KFOR-Mandat sowie in den guten und flexiblen Beziehungen zwischen der KFOR und der Mission der VN-Übergangsverwaltung im Kosovo zum Ausdruck kam.

Der zweite Trend besteht in der stetigen Europäisierung der Friedensoperationen der NATO. Die UNPROFOR setzte sich weitgehend aus europäischen Kontingenten zusammen, umfasste aber auch eine beträchtliche Zahl von Soldaten aus Entwicklungsländern. Nachdem das Kommando der Friedensmission von den Vereinten Nationen auf die NATO übergegangen war, wurden die Soldaten der meisten Entwicklungsländer wieder abgezogen. Inzwischen waren nämlich amerikanische Soldaten eingetroffen, die ein Drittel der 60 000 Mann umfassenden IFOR-Truppen ausmachten, ein Anteil, der in den letzten Jahren immer weiter gesunken ist. Die KFOR-Truppen waren dagegen von Anfang an unbestreitbar Europäer. Sobald alle Bodenstreitkräfte der Friedenstruppen disloziert waren, betrug in deutlichem Gegensatz zu den Kosovo-Luftoperationen, bei denen die Vereinigten Staaten die wichtigste Rolle spielten, das Verhältnis zwischen amerikanischen und europäischen Soldaten 8 000 zu 34 000. Während der SFOR-Befehlshaber immer ein Amerikaner war, lag das KFOR-Kommando zudem immer bei einem Europäer.

Die Sicherheit und die Stabilität des Balkans sind für die Europäer von größter Bedeutung. Es ist daher nur natürlich, dass die Europäer einen erheblichen Teil der Verantwortung für diese Operation übernehmen. Damit entspricht man amerikanischen Forderungen nach einer deutlicheren Lastenteilung innerhalb des Bündnisses und nach einer größeren Verantwortung der Europäer für ihre eigene Sicherheit. Obwohl die amerikanische Präsenz verringert wurde, ist jedoch das weitere aktive Engagement der Vereinigten Staaten für den Frieden und die Stabilität der Region unverändert sowohl für endgültige Lösungen auf dem Balkan als auch für die langfristige Stabilität und Sicherheit Europas von entscheidender Bedeutung.

So wie die NATO bei der Anpassung an die Herausforderungen moderner Friedensmissionen bereits große Fortschritte gemacht hat, lassen sich auch andernorts ähnliche Entwicklungen beobachten. Heute wird allgemein anerkannt, dass militärische Maßnahmen zwar zur Eindämmung gewaltsamer Konflikte erforderlich sein mögen, sie jedoch – wenn eine Friedensmission zum Erfolg führen soll – zivile Instrumente unterstützen sowie von diesen ergänzt und eng mit ihnen abgestimmt werden müssen. Dies wäre vor zehn oder sogar fünf Jahren, als es gegen die traditionellen Denkmuster sowohl des militärischen als auch des humanitären Sektors verstieß, noch nicht so selbstverständlich gewesen. Damals lehnten Traditionalisten die Wahrnehmung ziviler Aufgaben durch Soldaten ab, und viele nichtstaatliche Organisationen wollten sich nicht durch eine Zusammenarbeit mit den Streitkräften die Hände „schmutzig“ machen. Die Balkankonflikte haben allerdings mehr als deutlich gemacht, dass die bei traditionellen Friedensoperationen erfolgte säuberliche Trennung der Aufgaben nun der Vergangenheit angehört.

Die Europäische Union hat in den letzten Jahren darauf hingearbeitet, eine militärische Krisenbewältigungsfähigkeit aufzubauen und ihre zivilen Krisenreaktionsstrukturen zu verbessern.

Folglich wird diese Organisation bei Krisenbewältigungsmaßnahmen vielleicht in Zukunft häufiger die Führung übernehmen können. Norwegen und andere nicht der EU angehörende europäische Staaten haben sich sogar wegen des großen Spektrums der politischen Instrumente, die der EU zur Verfügung stehen, im Hinblick auf die Bewältigung komplexer Krisen zu einer engen Zusammenarbeit mit dieser Organisation verpflichtet. Neben ihren militärischen und zivilen Möglichkeiten kann die EU z.B. die Aussicht auf künftige Beitritts-, Assoziierungs- und Partnerschaftsabkommen sowie Wirtschaftsinvestitionen als Druckmittel nutzen.

Die Vereinten Nationen haben im Anschluss an die Veröffentlichung des Brahimi-Berichts (2000) ebenfalls mit einer Umstrukturierung ihrer Friedensoperationen begonnen. Der Bericht zielt darauf ab, der Einleitung und Durchführung von Friedensoperationen durch die Vereinten Nationen neue Impulse zu verleihen. Ferner werden die institutionelle Weiterentwicklung der EU und der NATO sowie die sowohl vor Ort als auch auf politischer Ebene immer enger werdende Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und regionalen Organisationen zweifellos einen wichtigen Beitrag zu der durch den Brahimi-Bericht ausgelösten Reform der VN-Friedensoperationen leisten und es erleichtern, die Rolle der Vereinten Nationen in der heutigen Welt genauer zu definieren – zumindest in Regionen wie Europa, in denen viele regionale Organisationen vertreten sind.

Den Fähigkeiten einer einzelnen Organisation (wie EU, NATO oder VN) sind natürlich Grenzen gesetzt. Daher werden die verschiedenen Organisationen bei der Bewältigung künftiger Krisen höchstwahrscheinlich weiterhin zusammenarbeiten und immer engere Beziehungen zueinander herstellen müssen. Die Gespräche zwischen der EU und der NATO über den Zugang zu NATO-Mitteln im Fall einer Krise machen dies deutlich. Hier ergeben sich letztlich vielleicht Lösungen vor Ort – als Reaktion auf die Krise in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien\* sowie im Rahmen der fortgesetzten Friedensbemühungen im Kosovo und in Bosnien.

Die Erfahrungen auf dem Balkan haben gezeigt, dass heute die wichtigste Aufgabe im Zusammenhang mit der Wahrung des Friedens darin besteht, den vielschichtigen politischen und sozialen Umbau der vom Krieg zerstörten Staaten langfristig zu unterstützen. Umfassende Friedensmaßnahmen müssen nicht nur auf die dringendsten militärischen und humanitären Anliegen abzielen, sondern auch den längerfristigen Aufgaben (Aufbau des Staatwesens, Reform des Sicherheitssektors, Stärkung des zivilen Sektors und Förderung der gesellschaftlichen Wiedereingliederung) Rechnung tragen. Die Regionalisierung friedenserhaltender Maßnahmen hat sich zwar bezahlt gemacht, aber es gibt kein allgemein gültiges Modell zur Regelung des Verhältnisses zwischen regionalen Organisationen und den Vereinten Nationen. Überdies wäre es auch falsch, einfach davon auszugehen, dass die Staaten und Organisationen der jeweiligen Region immer am besten zur Lösung der Probleme ihrer Region geeignet sind. Es kommt vielmehr entscheidend darauf an, dass sich friedenserhaltende Maßnahmen überall auf der Welt das gesamte Spektrum der bisherigen Erfahrungen, Kenntnisse und Ressourcen zunutze machen, dass die Lehren aus der Kosovokrise gegebenenfalls in Osttimor angewandt werden und umgekehrt und dass weltweite und regionale Organisationen, humanitäre Organisationen und Entwicklungshilfeorganisationen wie auch die Regierungen und die Zivilbevölkerung der jeweils betroffenen Staaten alle an einem Strang ziehen. ■

---

## Der Balkan ist zum sicherheitspolitischen Prüfstand Europas geworden

---

# Kampfbereitschaft und Mitleid

*Chris Bellamy vertritt die Ansicht, dass die besten Friedenshüter auch die besten Krieger sind und die Wahrung des Friedens alles andere als eine Sache für Schwächlinge ist*

Viele Berufssoldaten und aus Berufssoldaten bestehende Armeen haben sich den Friedensoperationen der letzten zehn Jahre mit Enthusiasmus und Flexibilität zugewandt. Andere zögern nach wie vor, sich daran zu beteiligen, und sind noch weniger zu einer engen Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und der jeweiligen Bevölkerung vor Ort bereit; sie meinen, dass Soldaten ausschließlich Krieger sein müssen und „Friedensoperationen eine Sache für Schwächlinge sind“.

Die Erfahrungen im Zusammenhang mit den jüngsten Operationen in Bosnien, in Haiti, im Kosovo und in Sierra Leone legen nahe, das Friedensoperationen alles andere sind als eine Aufgabe für Schwächlinge. Einige der härtesten und kampferprobtesten Soldaten der Welt leisten ausgezeichnete Arbeit bei Operationen zur Unterstützung des Friedens sowie bei der Bewältigung sogenannter „komplexer Krisensituationen“. Derartige Operationen erfordern ein hohes Maß an Flexibilität und Kreativität gegenüber unerwarteten Entwicklungen, und sie verlangen auch ein ausgesprochen gutes Einfühlungsvermögen. Aus jüngsten Untersuchungen der Universität Cranfield geht hervor, dass die jeweilige Bevölkerung am meisten Respekt vor Friedenshütern hat, die auch unmissverständlich professionelle Soldaten sind, ein robustes Auftreten zeigen und gut ausgerüstet sind. Wenn Truppen zu rücksichtslos durchgreifen oder sich von der Bevölkerung vor Ort aus Gründen des „Truppenschutzes“ zu sehr abgrenzen, verlieren sie jedoch auch an Respekt – und an Effektivität.

Die meisten Friedensoperationen sind auf komplexe Krisensituationen ausgerichtet, in denen menschliche Bosheit in Verbindung mit menschlichem Leid auftritt, das wiederum durch Menschen oder durch Naturereignisse oder durch beides verursacht wurde. Bewaffnete Truppen sind erforderlich, um ein sicheres Umfeld zu schaffen, in dem der Frieden wiederhergestellt werden kann, aber sie sind bestimmt nicht die einzigen oder gar die wichtigsten Akteure. Sobald Frieden geschlossen worden ist, hat ein Großteil der unmittelbar anstehenden Aufgaben mehr mit der Arbeit von Polizisten als mit der von Soldaten zu tun. Aus zahlreichen Gründen – Polizisten sind teuer, und es ist schwierig, sie über längere Zeiträume im Ausland einzusetzen – sind es jedoch Soldaten, die diese Aufgaben bewältigen müssen. Längerfristige Aufgaben, darunter Wiederaufbauarbeiten, die Suche nach Gefangenen und Flüchtlingen, die Wiedererrichtung des Gesundheitssystems, die Organisation von Wahlen und die Bestrafung von Kriegsverbrechern, fallen in die Zuständigkeit anderer Organisationen.

Der Ausdruck „Operationen zur Unterstützung des Friedens“ umfasst ein breites Spektrum von Aufgaben. Dazu zählen traditionelle friedenserhaltende Maßnahmen, wo es einen vereinbarten Frieden zu wahren gibt; die von den Briten als „wider peacekeeping“ bezeichneten Maßnahmen, wenn das Umfeld äußerst

instabil ist; Maßnahmen zur Schaffung der gesellschaftlichen Friedensgrundlagen (peace building), d.h. Wiederaufbau des Gemeinwesens nach einem Konflikt und Ermöglichung der Rückkehr zur Normalität, sowie Maßnahmen zur Durchsetzung des Friedens, also die Beendigung eines Konflikts durch Anwendung von Gewalt.

Operationen zur Unterstützung des Friedens in komplexen Krisensituationen sind teilstreitkraftübergreifend, d.h. sie umfassen alle Teilstreitkräfte; sie sind multinational, d.h. an ihnen sind zahlreiche Staaten beteiligt; und sie sind – ein neues Adjektiv – integriert, d.h. an ihnen sind viele verschiedene Akteure beteiligt. Dazu zählen Streitkräfte, Polizeikräfte, nichtstaatliche Organisationen, Hilfsorganisationen, internationale Organisationen, staatliche Entwicklungshilfestellen, privatwirtschaftliche und sonstige Unternehmen sowie die Medien.

Alle Operationen zur Unterstützung des Friedens werden nun bei ständiger Berichterstattung der Medien durchgeführt. Dieses Phänomen ist sozusagen wie das Wetter: Im Allgemeinen lassen sich die Reaktionen der Medien vorhersagen, aber eben nicht ganz. Überdies können die Medien neben der Berichterstattung über bestimmte Probleme einen wichtigen Beitrag zu deren Lösung leisten. Die Medien zählen in jeder Demokratie mit freier Marktwirtschaft zu den wichtigsten Kontrollinstanzen, und genau ein solches demokratisches Gemeinwesen, das als bester Garant für den Frieden gilt, will man mit Operationen zur Schaffung der gesellschaftlichen Friedensgrundlagen aufbauen. Daher muss ein zentrales Element dieser Operationen darin bestehen, die Entwicklung freier und unabhängiger Medien zu unterstützen.

General Sir Mike Jackson, der britische Offizier, der die NATO-Truppen im Juni 1999 in den Kosovo führte, verglich komplexe Operationen dieser Art vor kurzem mit einem Stück Tau. Ein Tau setzt sich aus vielen Strängen zusammen und seine Reißfestigkeit ist weitaus größer als die Summe der Reißfestigkeit der einzelnen Stränge. Das Problem besteht darin, die Stränge richtig miteinander zu verbinden und sicherzustellen, dass keiner deutlich dicker wird als die anderen, denn das würde zu einer Verzerrung und zu inneren Spannungen führen sowie alles beschädigen, was daran entlangreißt.

Die Notwendigkeit eines solchermaßen integrierten Ansatzes wird nicht nur vor Ort, sondern auch auf höchster Regierungsebene anerkannt. Die britische Regierung hat kürzlich eine ressortübergreifende Initiative eingeleitet, in deren Rahmen drei Ministerien – das Verteidigungsministerium, das Außenministerium und das Ministerium für internationale Entwicklung – gemeinsam zwei Konfliktverhütungsetats (einen für Afrika und einen für die übrigen Regionen der Welt) finanzieren, wodurch der integrierte Charakter dieser Aufgabe hervorgehoben wird.

Vor Ort besteht unterdessen eines der schwierigsten Probleme in den unterschiedlichen Kulturen der nichtstaatlichen Organisationen einerseits und der Streitkräfte andererseits. Auch wenn in zahlreichen nichtstaatlichen Organisationen ehemalige Militärs recht stark vertreten sind, haben manche von ihnen religiöse, gelegentlich auch pazifistische Ursprünge und begeben dem Militär

---

*Christopher Bellamy ist Professor für Militärwissenschaft und Militärdoktrinen an der Universität Cranfield und Autor mehrerer Bücher, darunter „Knights in White Armour: The New Art of War and Peace“ (Hutchinson, 1999).*

---

natürlich mit Misstrauen. Auf der anderen Seite machen manche Streitkräfteangehörige lieber einen großen Bogen um nichtstaatliche Organisationen, verzweifeln gelegentlich wegen eines offensichtlichen Mangels an Koordination und können sich – häufig zu Unrecht – mit beißender Verachtung zu der Fähigkeit von Mitarbeitern dieser Organisationen äußern, mit dem Leben bei Feld-einsätzen zurechtzukommen.

Die Entsendung von Streitkräften der Vereinten Nationen nach Kroatien und dann nach Bosnien (1992) kann als Modell für integrierte Operationen zur Unterstützung des Friedens betrachtet werden. Die 1999 im Kosovo eingeleitete Operation bietet ein weiteres, sehr viel komplizierteres Modell. Dies liegt im Wesentlichen daran, dass der Kosovo im Gegensatz zu Bosnien keine funktionsfähige Regierung hat. Der Kosovo ist de facto ein internationales Protektorat. Darüber hinaus gibt es zur Zeit auch keinen endgültigen Status, der langfristig zu erreichen wäre. Der „Staat“ besteht nämlich in der Mission der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK). Trotzdem wurden im Rahmen der Kontakte zwischen den im Kosovo vertretenen zivilen und militärischen Organisationen zahlreiche gute Verfahrensweisen entwickelt, und aus diesen Erfahrungen kann man für künftige integrierte Operationen viel lernen.

Derzeit sind im Kosovo etwa 200 nichtstaatliche Organisationen im Einsatz. Die Koordinierung ihrer Arbeit ist nicht leichter als „einen Sack Flöhe hüten.“ Jede Organisation hat ihr spezifisches Interessen- und Fachgebiet. Versuche militärischer Stellen, die Arbeit nichtstaatlicher Organisationen zu lenken und zu koordinieren, erregen gelegentlich Unmut. Überdies stützen sich nichtstaatliche Organisationen auf ihre Unabhängigkeit als eine Art Sicherheitsmaßnahme. Entsteht der Eindruck, dass sie zu eng mit einer militärischen Besatzungstruppe zusammenarbeiten, so laufen sie Gefahr, zu einem Angriffsziel zu werden.

Daher hat es höchste Priorität, die Hindernisse abzubauen, die einer besseren Verständigung im Wege stehen. In vielen Fällen wird die Verständigung noch durch die Verwendung unterschiedlicher Sprachen und Terminologien erschwert, und eine weitere Komplikation besteht darin, dass die gleichen Mandate unterschiedlich ausgelegt werden. 1994 richtete Norwegen für 45 Staaten und 25 nichtstaatliche Organisationen eine Konferenz aus, auf der die Leitlinien für die Verwendung von militärischen Mitteln sowie von Zivilschutzmitteln für Einsätze im Rahmen der Katastrophenhilfe, die sogenannten „Osloer Leitlinien“, erarbeitet wurden. Obschon diese Leitlinien für den etwas leichteren Fall der Hilfe bei Naturkatastrophen konzipiert worden sind, wurden sie von den Vereinten Nationen auch bei komplexen Krisensituationen angewendet, insbesondere in Osttimor und im Kosovo. Die „Osloer Leitlinien“ werden nun bei der NATO vom Euro-Atlantischen Koordinierungszentrum für Katastrophenhilfe im Hinblick darauf geprüft, ob möglicherweise ein ähnliches Dokument für die Verwendung militärischer und ziviler Mittel bei komplexen humanitären Krisensituationen erstellt werden kann. Die NATO arbeitet auch an einer Doktrin für die zivil-militärische Zusammenarbeit (ZMZ), die diesen Zweck erfüllen könnte, obschon sich manche nichtstaatlichen Organisationen vielleicht voller Misstrauen fragen werden, was wohl eine „NATO-Doktrin“ sein mag.

Der Umbau von CJTF (Combined Joint Task Forces – alliierte Streitkräftekommandos) zu CIJTF (Combined Integrated Joint Task Forces – integrierte alliierte Streitkräftekommandos), die dann nichtstaatliche Organisationen einschließen würden, ist wahrscheinlich keine akzeptable Lösung, da dies die Furcht nichtstaatlicher Organisationen vor einer Dominanz des Militärs nur verstärken würde. Bei künftigen friedenserhaltenden Maß-

nahmen oder Operationen zur Schaffung der gesellschaftlichen Friedensgrundlagen liegt die höchste Entscheidungsbefugnis wahrscheinlich bei einer Art von „Hohem Beauftragten“, der von den Vereinten Nationen ermächtigt wird; das ist die Ebene, auf der die Arbeit internationaler ziviler, militärischer und nichtstaatlicher Organisationen sowie gewerblicher Akteure zu einer Einheit zusammengefügt werden sollte.

Die Vielfalt der Akteure ist unter Umständen eher eine Stärke als eine Schwäche. Auch wenn man zur Koordinierung verschiedener Organisationen und zur Vermeidung von Doppelarbeit natürlich nach institutionellen Regelungen und Doktrinen Ausschau hält, sind es häufig persönliche Beziehungen zwischen den Akteuren vor Ort, die wirklich ausschlaggebend sind. Man nimmt an, dass ein Kern von etwa 1 000 Fachkräften von einem Kriseneinsatzgebiet zum nächsten wechselt. Könnte man feststellen, wer diese Personen sind, und sie dann gemeinsam ausbilden, so würde dies die Koordinierung wohl auch erleichtern.

Die Kommunikation zwischen dem Militär und den internationalen Organisationen, den nichtstaatlichen Organisationen, den örtlichen Behörden und den Medien ist zweifellos für die effiziente Durchführung einer integrierten Friedensoperation von entscheidender Bedeutung. Im Zeitalter des Camcorders und des Internets ist es besonders dringend geboten, rund um die Uhr mit Informationen versorgt zu werden, damit man gegnerische Regierungen und örtliche Interessengruppen an Propagandakampagnen hindern kann. Die im Kosovo vertretenen humanitären Hilfsorganisationen koordinieren ihre Daten bereits. So wurde im Kosovo das Humanitäre Informationskoordinierungszentrum (HCIC – Humanitarian Coordination Information Centre) eingerichtet, das alle einschlägigen Organisationen und Dienststellen mit Informationen versorgt. Es hat eine Datenbank, die angibt, „wer was, wo und wann tut“, und somit für effiziente – und sichere – Operationen ausschlaggebend ist. Die Streitkräfte könnten sich eigentlich an Maßnahmen wie der HCIC-Initiative stärker beteiligen, vielleicht über die ZMZ.

Herauszufinden, wer sich am besten für eine bestimmte Aufgabe eignet, ist ebenfalls wichtig. Streitkräfte werden meistens als erste entsandt und können vieles allein bewältigen. Die Errichtung von Flüchtlingslagern in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien\* durch britische Soldaten ist ein gutes Beispiel dafür. Manche im Kosovo tätigen Organisationen haben klar definierte Routinen für die Kommunikation mit der KFOR. Unmittelbar nach der Besetzung des Kosovos galt die NATO jedoch als eine der Konfliktparteien, und dies machte eine eindeutige Trennung zwischen militärischen und humanitären Aufgaben erforderlich.

Die Erfahrungen mit den Operationen der letzten zehn Jahre legen die Schlussfolgerung nahe, dass Truppen, die – als Gendarmerie – nur für friedenserhaltende Maßnahmen und ähnliche Aufgaben gedacht sind, bei der Bevölkerung, mit der sie zusammenarbeiten müssen, nicht sehr angesehen sind. Die größte Effizienz erreicht man mit Truppen, die wie Berufssoldaten ausgebildet und ausgerüstet sind, aber trotzdem mit der örtlichen Bevölkerung Kontakt aufnehmen können. Amerikanische Soldaten mit ihrer starken Betonung des Truppenschutzes und des Einschüchterungsprinzips scheinen manchmal zu sehr in die andere Richtung zu tendieren, so dass ihre Distanz zur örtlichen Bevölkerung ihre Effizienz als Friedenshüter vielleicht beeinträchtigt.

Ein Beispiel dafür, wie die härtesten Berufssoldaten auch als Friedenshüter ausgezeichnete Arbeit leisten können, bietet die britische Marineinfanterie, die sich im Rahmen der Bemühungen um die Normalisierung des Lebens von Kindern an der Errichtung zahlreicher Spielplätze beteiligt hat. Einer davon drohte von älteren Jugendlichen wieder zerstört zu werden. Es war ausgeschlossen,

den Spielplatz ständig bewachen zu lassen. Die Marineinfanterie kam jedoch auf die unorthodoxe Idee, einen „heißen Draht“ einzurichten, so dass die Anwohner sie anonym anrufen konnten, wenn Gefahr im Verzug war. Kunstgriffe funktionieren bei der Wahrung des Friedens eben genauso wie im Krieg.

Manchmal verläuft die Zusammenarbeit zwischen einzelnen Organisationen nicht so, wie es eigentlich sein sollte, was zu interessanten Ergebnissen führen kann. Die britische nicht-staatliche Organisation War Child hat sich u.a. auf den Bau von Kinderspielplätzen spezialisiert. Einer der ersten wurde 1999 im Kosovo kurz nach der Ankunft der NATO-Truppen für eine Gehörlosenschule in Prizren errichtet. Vor kurzem beschloss das deutsche KFOR-Kontingent, die Gehörlosenschule mit einer Spende zu unterstützen, und fragte an, was die Schule brauche. Die Verständigung scheint nicht funktioniert zu haben, denn die Deutschen kamen und bauten – einen Spielplatz, allerdings auf der anderen Seite der Schule. Ein oder zwei Anrufe oder Informationen über die Aktivitäten der verschiedenen nicht-staatlichen Organisationen hätten das verhindern können. Jetzt hat die Schule also zwei Spielplätze, was den Kindern sehr gefällt, aber vielleicht weniger den Lehrern, die nun auf entgegengesetzten Seiten der Schule auf zwei Spielplätzen Aufsicht führen müssen.

In der nächsten Generation werden Operationen zur Unterstützung des Friedens und humanitäre Operationen für die NATO-Streitkräfte wahrscheinlich zu den Hauptaufgaben zählen. Die bisherigen Erfahrungen mit der Schaffung der gesellschaftlichen Friedensgrundlagen nach dem Ende eines Konflikts legen nämlich den Schluss nahe, dass es mindestens eine Generation dauern wird, bis im Kosovo und in anderen Krisengebieten ein tragfähiger endgültiger Status herbeigeführt worden ist. Um den Erfolg der bereits eingeleiteten Friedensoperationen sicherzustellen, müssen Streitkräfte mit der Moral und der Physis einer kämpfenden Truppe rekrutiert und ausgebildet werden. Auf niemand anderen kann man sich nämlich verlassen, wenn friedenserhaltende Maßnahmen plötzlich wieder im Chaos eines Bürgerkrieges versinken. Zudem haben Untersuchungen ergeben, dass

die örtliche Bevölkerung direkt nach einem blutigen Konflikt niemand anderem den nötigen Respekt entgegenbringt. Aber solche Soldaten mit strenger Disziplin – und das ist ausschlaggebend – können die besten Friedenshüter sein und sich dieser Aufgabe mit großem Enthusiasmus stellen. Eine *Gendarmerie* mit einer militärischen Teilausbildung oder auch ein Streitkräftekommando, das nur für Aufgaben im Bereich der Wahrung des Friedens ausgebildet wurde, ist dagegen wahrscheinlich nicht effizient. Die Kampfmoral des Soldaten muss bleiben, aber sie muss von Flexibilität und Humanität sowie von der Bereitschaft geprägt sein, auf die örtliche Bevölkerung zuzugehen und sogar – wie es viele große Soldaten getan haben – deren Lebensweise zu übernehmen. Kampfbereitschaft und Mitleid

lassen sich miteinander vereinbaren, und darin besteht für viele Soldaten die große Herausforderung der nächsten 25 Jahre.

Soldaten werden allerdings mit Hilfsorganisationen und anderen nichtstaatlichen Organisationen, mit internationalen Organisationen sowie mit anderen staatlichen Stellen und örtlichen Behörden immer wieder Kompromisse schließen müssen. Das Ausbildungsprogramm für Offiziere und Unteroffiziere muss also erweitert werden, damit sie lernen, sich anzupassen und mit den Eigenheiten anderer Organisationen zurechtzukommen. Dies geschieht in zunehmendem Maße bei Stabslehrgängen, die immer häufiger teilstreitkraftübergreifend organisiert werden und sich regelmäßig mit integrierten Operationen

und der Arbeit nichtstaatlicher Organisationen befassen. Andere Organisationen haben mit der Anpassung jedoch größere Schwierigkeiten. Im Gegensatz zum Militär können es sich nämlich nur wenige andere staatliche Einrichtungen (ganz zu schweigen von nichtstaatlichen Organisationen) leisten, ihr Personal für längere praktische oder theoretische Lehrgänge freizustellen. Für nichtstaatliche Organisationen hat es angesichts der Verwendung von Spendengeldern zu Recht Vorrang, zum jeweiligen Einsatzgebiet zu kommen und so schnell und effizient wie möglich Menschen zu retten oder ihnen wieder ein normales Leben zu ermöglichen. Daher ist es Aufgabe des Militärs, den Anliegen nichtstaatlicher Organisationen mit besonderer Rücksicht zu begegnen und das richtige Verhältnis zu ihnen zu entwickeln. ■



Spielplatzeinsatz: Einige der härtesten Kampftruppen, wie z.B. die britische Marineinfanterie, leisten auch bei Friedensoperationen ausgezeichnete Arbeit.

© Heather Kerr/War Child UK

# Erfahrungen und Lehren

*David Lightburn befasst sich mit den Erfahrungen der NATO auf dem Gebiet friedenserhaltender Maßnahmen und vergleicht, wie das Bündnis und die Vereinten Nationen die Lehren aus den Balkankonflikten in die Praxis umsetzen.*



© Reuters

Lernen an der Front: Die NATO und die Vereinten Nationen haben aus ihren Friedensoperationen auf dem Balkan sehr ähnliche Lehren gezogen.

Anfang der 90er Jahre änderte die Völkergemeinschaft ihre Haltung gegenüber der Bewältigung von Sicherheitsproblemen radikal. Der Bedarf an friedenserhaltenden Maßnahmen wuchs mit dem Ende des Kalten Krieges, und in mehreren Fällen entzündeten sich latent schwelende interne ethnische, territoriale und religiöse Spannungen zu einem Konflikt. Im Hinblick auf die zahlreichen regionalen und internationalen Organisationen, die in den 90er Jahren auf dem Balkan aktiv waren, lässt sich der Einsatz dort mit einem einzigen großen Laborversuch vergleichen. Die größte Bedeutung hatte das Engagement auf dem Balkan allerdings für die NATO und die Vereinten Nationen.

Was die Vereinten Nationen betrifft, so führten die schwierigen Erfahrungen auf dem Balkan in Verbindung mit den Herausforderungen und Gegebenheiten der Missionen in Ruanda, Somalia und kürzlich in Osttimor dazu, dass im Jahr 2000 eine Arbeitsgruppe unter Botschafter Lakhdar Brahimi gebildet und ein Bericht über die Zukunft der VN-Friedensmissionen in Auftrag gegeben wurde. Für die NATO führte der Balkan zu zahlreichen „Premieren“: die erste Dislozierung außerhalb des NATO-Gebiets, die ersten aus wütender

---

*David Lightburn ist Mitarbeiter des Pearson Peacekeeping Center in Neuschottland, Kanada. Vom Frühjahr 1992 bis zum Herbst 2000 war er als Mitarbeiter des Bündnisses mit der Entwicklung von Konzepten für das Engagement der NATO im Bereich friedenserhaltender Maßnahmen befasst.*

---

Empörung abgefeuerten Schüsse, die erste bedeutende Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen und die erste Friedensoperation des Bündnisses.

Anfang der 90er Jahre änderte die Völkergemeinschaft ihre Haltung gegenüber der Bewältigung von Sicherheitsproblemen radikal. Der Bedarf an friedenserhaltenden Maßnahmen wuchs mit dem Ende des Kalten Krieges, und in mehreren Fällen entzündeten sich latent schwelende interne ethnische, territoriale und religiöse Spannungen zu einem Konflikt. Im Sommer 1992 veröffentlichte der VN-Generalsekretär eine *Agenda für den Frieden*, ein Dokument, in dem die Vereinten Nationen die verschiedenen Stadien friedenserhaltender Maßnahmen aufführten und allgemein anerkannten, dass traditionelle Friedensmissionen einen weitaus komplexeren Charakter angenommen hatten und eine viel größere Zahl von Akteuren erforderlich machten als zuvor. Später, nämlich 1995 und somit nach den Erfahrungen auf dem Balkan sowie in Kambodscha, Ruanda und Somalia, gelangten die Vereinten Nationen zu der Einsicht, dass die Lage noch schwieriger und komplexer war; sie veröffentlichten daher eine aktualisierte Fassung der *Agenda für den Frieden*, in der sie die Zahl der Kategorien erhöhten und diese modifizierten sowie die Beschränkungen anerkannten, die sich insbesondere bei der Durchsetzung des Friedens für ihre Organisation ergaben.

Die NATO hat während des Kalten Krieges zur Wahrung des Friedens beigetragen und ab Ende 1991 versucht, Sicherheit durch

Dialog, Zusammenarbeit und Partnerschaft mit früheren Gegnern zu gewährleisten. Im Strategischen Konzept von 1991 wurde deutlich gemacht, dass die neuen Sicherheitsgefahren vielfältiger Art und schwer vorhersehbar bzw. abschätzbar sein würden und aus zahlreichen Richtungen kämen. Im Rahmen der Umsetzung dieser neuen Strategie vereinbarten die Außenminister der NATO-Staaten im Frühjahr 1992, „von Fall zu Fall, in Übereinstimmung mit ihren eigenen Verfahren, friedenserhaltende Aktivitäten unter der Verantwortung der KSZE... zu unterstützen.“ Im Dezember 1992 vereinbarten die Außenminister der NATO-Staaten dann nach einer Intervention des Bündnisses zur Unterstützung von VN- Zielen in der Adria, die Unterstützung der NATO bei friedenserhaltenden Maßnahmen förmlich auf die Vereinten Nationen auszudehnen. Zwischen 1992 und 1995 beteiligte sich die NATO immer stärker an Luft- und Seeoperationen zur Unterstützung der VN auf dem Balkan.

Im Brahimi-Bericht vom August 2000 wird auf eine bedeutende Änderung der Strategie der Vereinten Nationen verwiesen: von der Strategie eines neutralen Beobachters der Entwicklungen direkt nach dem Ende eines Konflikts hin zu einem Engagement in noch nicht beendeten Konflikten. Der Bericht hält aber auch fest, dass sich allerdings bezüglich der Organisationskultur und der Fähigkeit der VN zur Bewältigung neuer Aufgaben nichts getan habe. Er fordert Änderungen, darunter realistische und eindeutige Mandate für friedenserhaltende Missionen, robuste Einsatzregeln für Streitkräfte, ein abgestimmtes Vorgehen, eine eindeutige und einheitliche Befehlshierarchie sowie eine Verlagerung bei der Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben – weg von Überwachungsmaßnahmen hin zu einer aktiveren Beteiligung an der Umstrukturierung des gesamten Systems der öffentlichen Sicherheit. Der Bericht enthält auch zahlreiche Empfehlungen hinsichtlich der Fähigkeit der VN, komplexe Friedensoperationen zu konzipieren, zu planen, einzuleiten und logistisch zu unterstützen.

Im NATO-Rahmen werden schon seit 1996 einige Übungen durchgeführt, die sich auf die gelernten Lektionen stützen. Die Überwachung der Durchführung des Abkommens von Dayton in Bosnien und Herzegowina (Bosnien) führte zu einer Reihe grundlegender politischer und militärischer Lehren, die dann zum größten Teil nahezu vier Jahre später im Kosovo angewandt werden konnten. Es bestehen zahlreiche Gemeinsamkeiten zwischen den grundlegenden Lektionen, die das Bündnis gelernt hat, und den Schwerpunkten des Brahimi-Berichts, auf die noch näher einzugehen ist.

**Enge Verknüpfung von Mandat, Auftrag und Fähigkeiten:** Als die NATO die Beaufsichtigung der Durchführung des Abkommens von Dayton plante, kamen ihr die zu Beginn der 90er Jahre von den Vereinten Nationen in Bosnien gesammelten Erfahrungen zugute, insbesondere hinsichtlich der Probleme aufgrund häufiger Änderungen des Mandats, des Fehlens klarer Vorgaben für die militärischen Befehlshaber der VN und des im Kreis der Mitgliedstaaten festzustellenden allgemeinen Mangels an Unterstützung für die Mandate, denen sie am VN-Sitz in New York selbst zugestimmt hatten. Folglich bestand die NATO auf einem engen Zusammenhang zwischen dem in der Anlage 1A (der militärischen Anlage des Abkommens von Dayton) niedergelegten Mandat, dem Auftrag, den der Nordatlantikrat den militärischen Behörden des Bündnisses und insbesondere dem IFOR-Befehlshaber erteilt hatte, und den Fähigkeiten des Bündnisses in Verbindung mit der Bereitstellung ausgewählter Streitkräfte und anderer Ressourcen für die IFOR-Truppen. Insbesondere war die Anlage 1A durch den Einfluss zentraler Bündnisstaaten bewusst so formuliert worden, dass die NATO in die Lage versetzt würde, das zu tun, was man von einer militärischen Durchführungstruppe erwartete. Dazu zählte die Bestimmung, dass der IFOR-Befehlshaber die nötige letzte Befehls-

gewalt über die Streitkräfte der Konfliktparteien haben sollte. Der Auftrag der Friedenstruppen wurde von den politischen Stellen der NATO konzipiert, nachdem sich diese frühzeitig und gründlich von den militärischen NATO-Behörden beraten lassen. Das Ergebnis war eine eindeutige Konzentration auf die Anlage 1A; man ließ nicht zu, dass die IFOR durch die zahlreichen um Unterstützung vor Ort bittenden zivilen Organisationen in viele verschiedene Richtungen gezogen werden konnte – ständige Ausweitung des Auftrags der Friedenstruppen, wie sie zu den Problemen früherer VN-Missionen zählte. Schließlich organisierte das Oberste Hauptquartier der Alliierten Mächte Europa eine Reihe von Konferenzen zur Streitkräfteplanung, um so sicherzustellen, dass die erforderlichen Fähigkeiten zur Verfügung standen.

Der Brahimi-Bericht machte ebenfalls deutlich, dass die Fehler, die Anfang der 90er Jahre von den Vereinten Nationen im Hinblick auf wechselnde Mandate, Aufträge und schlecht ausgerüstete Operationen gemacht wurden, nicht wiederholt werden dürften. Insbesondere fordert der Bericht „klare, glaubwürdige und erreichbare Mandate“ und empfiehlt, dass eine Friedensvereinbarung, bevor der Sicherheitsrat der Durchführung eines Waffenstillstands- oder Friedensabkommens zustimmt, bestimmten Mindestanforderungen gerecht werden muss, wie z.B. Übereinstimmung mit internationalen Menschenrechtsnormen sowie Durchführbarkeit der jeweiligen Aufgaben und zeitlichen Vorgaben. Ein weiterer Vorschlag des Berichts lautet, dass der Sicherheitsrat eine Resolution in der Entwurfsfassung belässt, bis die Mitgliedstaaten verbindlich zusagen, Truppen zu stellen und andere entscheidende Unterstützungselemente einschließlich der Ressourcen für Maßnahmen zur Schaffung der Friedensgrundlagen bereitzustellen. So werden Mandat und Ressourcen miteinander verknüpft. Darüber hinaus wird in dem Bericht vorgeschlagen, das VN-Sekretariat in vollem Umfang einzubeziehen, indem man sicherstellt, dass die Experten im Sekretariat dem Sicherheitsrat das sagen, was er wissen muss und nicht das, was er gerne hören möchte; ferner seien auch die Truppensteller an diesem Dialog zu beteiligen, damit der Auftrag des jeweiligen Truppenkommandeurs klar und eindeutig formuliert werden könne.

**Notwendigkeit eines abgestimmten Vorgehens:** Als weitere grundlegende Lektion hat die NATO gelernt, dass der Schlüssel zu einer Abzugsstrategie, die zu Beginn des Friedensprozesses in Bosnien für manchen Beobachter ein wichtiges Anliegen war, im Erfolg anderer zentraler Elemente des Abkommens von Dayton bestand. Nach der erfolgreichen Durchführung der militärischen Aspekte des Friedensabkommens war klar, dass die Aufrechterhaltung eines sicheren Umfelds für die Durchführung der zivilen Aspekte eine enge Zusammenarbeit mit einem breiten Spektrum anderer am Friedensprozess beteiligter Stellen bedeutete, darunter das Büro des Hohen Beauftragten, die OSZE und die Vereinten Nationen. Folglich trat an die Stelle der Besorgnis über eine stetige Ausweitung des Auftrags der Friedenstruppen allmählich die Erkenntnis, dass die Unterstützung der zivilen Durchführungsaspekte von entscheidender Bedeutung war. Die Einsicht in die Notwendigkeit einer derartigen Zusammenarbeit erfordert eine deutlich bessere Verständigung zwischen den verschiedenen Organisationen des militärischen, zivilen, humanitären und entwicklungspolitischen Bereichs; sie erfordert wechselseitiges Verständnis für die Kultur, die Politik, die Verfahren und Beschlussfassungsprozesse, die finanziellen Grundlagen, die Fähigkeiten, die Stärken und die Grenzen der verschiedenen Beteiligten.

Der Brahimi-Bericht erwähnt auch die Notwendigkeit partnerschaftlicher Beziehungen, die sich auf eine bessere Verständigung der verschiedenen Akteure untereinander stützen müssten. Er konzentriert sich zwar auf das interne System der Vereinten Nationen und die Notwendigkeit „integrierter Missionen“ mit „inte-

grierten Stäben“, aber er verweist auch auf die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen den Verantwortlichen für die Bereiche politische Analyse, militärische Operationen, zivile Polizeikräfte, Wahlunterstützung, Menschenrechte, Entwicklung, humanitäre Hilfe, Flüchtlinge und Vertriebene, öffentliche Information, Logistik, Finanzen und Rekrutierung, also auf die Notwendigkeit eines grundsätzlichen Einvernehmens zwischen ihnen.

**Harmonisierung von Zielen, Konzepten und Plänen:** Im Oktober 1995 bemühte sich die NATO durch Besuche auf Stabsebene, einen Einblick in die Ziele, allgemeinen Konzepte und Rahmenpläne anderer Organisationen zu gewinnen, die möglicherweise Beiträge zu dem sich damals abzeichnenden Abkommen von Dayton leisten würden. Praktisch keine Organisation war auf eine rasche Entsendung von Personal nach Bosnien vorbereitet, und für die meisten gingen die Erfordernisse weit über frühere Bemühungen hinaus. Zudem waren einige – z.B. die Vereinten Nationen selbst – nicht an den Verhandlungen in Dayton beteiligt und hatten daher keine Vorwarnzeit. Folglich fand kein Meinungs Austausch zu Konzepten oder Rahmenplänen statt, und man konnte über die vagen Formulierungen der späteren Anlagen des Abkommens von Dayton hinaus kaum etwas zu den Zielen sagen.

Der Brahimi-Bericht geht vom Konzept eines integrierten Stabes aus und schlägt vor, dass die Mitarbeiter eines solchen Stabes aus allen Teilen des VN-Systems rekrutiert werden. Entsprechend diesem Vorschlag entwickelt die VN-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze derzeit ein dreiphasiges Ausbildungsprogramm für diese Stäbe, das auch missionsspezifische Vorbereitungen umfasst.

**Notwendigkeit robuster Fähigkeiten:** Die jetzigen Aktivitäten der von der NATO geführten Truppen in Bosnien können weitgehend als Elemente einer klassischen Friedensmission betrachtet werden, allerdings mit robusten Streitkräften, die zur Bewältigung von Krisensituationen in der Lage sind. Die IFOR-Truppen und ihr Nachfolger, die SFOR-Truppen, haben humanitäre Hilfe geleistet und mussten gelegentlich Gewalt anwenden. Die SFOR-Truppen haben die Durchführung eines breiten Spektrums der zivilen Aspekte des Friedensabkommens unterstützt und prüfen nun die Möglichkeiten zur längerfristigen Gewährleistung dauerhafter Stabilität. Im Kosovo war das Bündnis zunächst zusammen mit der OSZE an Maßnahmen zur Konfliktverhütung beteiligt, später an humanitärer Hilfe und dann an Maßnahmen zur Durchsetzung eines Friedensabkommens, zur Durchsetzung des Friedens und zur Unterstützung der Durchführung der zivilen Aspekte. Die wichtigste Lehre im Hinblick auf die Planung des Bündnisses besteht in der Notwendigkeit starker und flexibler Streitkräfte, die robuste Einsatzregeln haben und in der Lage sind, eine Vielfalt von Notfällen und Krisensituationen zu bewältigen. Das CJTF-Konzept der NATO ist ebenfalls mit dem Ziel entwickelt worden, die Fähigkeit des Bündnisses zur Bewältigung künftiger Krisensituationen zu stärken.

Auch der Brahimi-Bericht enthält Schlussfolgerungen bezüglich der Notwendigkeit eines robusten Streitkräftedispositivs und einer soliden Strategie für Maßnahmen zur Schaffung der Friedensgrundlagen. Implizit wird gefordert, dass die Vereinten Nationen nun bereit sein müssen, Partei zu ergreifen. Verstößt eine Partei eines Friedensvertrags klar und unbestreitbar gegen dessen Bestimmungen, so gefährdet man bei weiterer Gleichbehandlung aller Vertragsparteien die Glaubwürdigkeit der jeweiligen Mission und macht sich unter Umständen zum Mittäter. Friedensmissionen müssen daher, wenn sie Gewalt abwehren wollen, zu deren Anwendung befugt sowie dazu fähig und entschlossen sein, mit geeigneten Maßnahmen gegen zuwiderhandelnde Vertragsparteien vorzugehen. Dies setzt umfangreichere, besser ausgerüstete und kostspieligere Streitkräfte voraus, die im Gegensatz zur symbolischen, nicht bedrohenden Präsenz traditioneller Friedensmissionen ein abschreckendes Bedrohungspotential geltend machen können. Die jüngsten VN-Be-

richte zu Ruanda und Srebrenica ergänzen den Brahimi-Bericht und stützen diese Schlussfolgerung. Was die Streitkräfte betrifft, so wurde die VN-Bereitschaftsbrigade (Standby High Readiness Brigade), die hinsichtlich des Bereitschaftsgrades sozusagen den CJTF der NATO entspricht, bereits im Konflikt zwischen Äthiopien und Eritrea erprobt.

**Angemessene Integration von Truppenstellern:** Seit der IFOR-Dislozierung in Bosnien hat sich die NATO nach besten Kräften um Möglichkeiten bemüht, andere Truppensteller unter den Partnerstaaten immer stärker sowohl in die Planung als auch in den Beschlussfassungsprozess einzubeziehen. Anfangs musste aus Sicherheitsgründen das richtige Gleichgewicht zwischen Konsultationen mit den Partnern einerseits und einer angemessenen Prüfung des Engagements der nicht der NATO angehörenden Truppensteller andererseits gefunden werden. Die NATO hat zudem eine Methode entwickelt, um Angebote von Nichtmitgliedern des Bündnisses zur Bereitstellung von Streitkräften zu prüfen und so eine ausreichende Vorbereitung auf die Herausforderungen eines Balkaneinsatzes zu gewährleisten.

Der Brahimi-Bericht betont die Notwendigkeit, Truppenstellern bei der Planung und Beschlussfassung mehr Einfluss zuzugestehen. Er befasst sich auch mit der Frage der Leistungsfähigkeit der Streitkräfte und schlägt dazu als Standardverfahren vor, VN-Prüfungsteams einzusetzen, die sowohl die Ausbildung als auch die Ausrüstung einzelstaatlicher Kontingente kontrollieren.

**Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit bei Friedensoperationen:** Die öffentliche Sicherheit stellt sowohl in Bosnien als auch im Kosovo für die Völkergemeinschaft unverändert eine zentrale Herausforderung dar. Die Lage in Bosnien unterscheidet sich jedoch deutlich von der im Kosovo, da in Bosnien die örtliche Polizei für Recht und Ordnung zuständig ist, während dies im Kosovo eine Aufgabe der Vereinten Nationen ist. In Bosnien musste das Bündnis erkennen, dass die von der NATO geführten Truppen wegen der Unzulänglichkeit der örtlichen Polizei eigentlich eine Fähigkeit zur Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung haben mussten, denn Soldaten sind für die Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben nicht angemessen ausgebildet. Folglich stellte die NATO eine multinationale Sondereinheit aus Karabinieri, Gendarmen und anderen polizeilichen Sondereinheiten zusammen, die unter militärischer Führung im Einsatz sind. Im Kosovo wurden dann angesichts der dringenden Notwendigkeit, Aufgaben im Zusammenhang mit Recht und Ordnung vor der Ankunft der VN-Polizeikräfte durch das Militär wahrnehmen zu lassen, die meisten Kontingente mit zusätzlichen Militärpolizeieinheiten oder Sonderpolizeieinheiten und/oder für diese Aufgabe ausgebildeten Truppen disloziert.

Der Brahimi-Bericht kommt ebenfalls zu dem Schluss, dass diese Frage von entscheidender Bedeutung ist, und erklärt es für erforderlich, dass nationale Kontingente von Zivilpolizisten für Einsätze im Rahmen von VN-Missionen zur Verfügung stehen. Der Bericht verlangt nachdrücklich regionale Ausbildungsregelungen und fordert dazu auf, ein Bereitschaftskontingent von etwa 100 Polizisten zu bilden, das VN-Planungsstäbe stärkt, wenn sich eine Krise abzeichnet.

**Neue Krisenbewältigungsverfahren und -strukturen:** Schon zu Beginn des Planungsprozesses für die IFOR-Mission erkannte das Bündnis, dass seine Krisenbewältigungsverfahren nicht in ihrer Gesamtheit auf die in Bosnien erforderlichen Friedensoperationen angewendet werden konnten. Während grundlegende Aspekte wie der militärische Beratungsprozess und das politische Beschlussfassungsverfahren beibehalten wurden, übertrug man die Unterstützung der täglichen Geschäfte des Generalsekretärs und des Nordatlantikrats einer kleinen Expertengruppe, dem Arbeitsstab Bosnien (später Arbeitsstab Balkan), der eine Vielfalt von Fachgebieten abdeckte. Diese Gruppe umfasste Experten für politische, militärische, huma-

nitäre und rechtliche Angelegenheiten sowie für Medienfragen und sonstige erforderliche Fachbereiche. Zudem wurde bei der NATO ein politisch-militärischer Sonderausschuss gebildet, auf dessen Sitzungen nationale Gesichtspunkte eingebracht und die einschlägigen Fragen erörtert werden konnten.

Zu den Schwerpunkten des Brahimi-Berichts zählt die Schlussfolgerung, dass das VN-System, insbesondere am Sitz der Organisation in New York, in erheblichem Umfang umorganisiert werden muss. Struktur-, Verfahrens- und Ressourcenfragen kommen wie das Thema der Finanzhoheit und der Rechenschaftspflicht zur Sprache. Neben Vorschlägen zu Mandaten und zum Sicherheitsrat enthält der Bericht den Vorschlag, Maßnahmen zur Schaffung der Friedensgrundlagen der VN-Hauptabteilung Politische Angelegenheiten zu übertragen, eine Arbeitseinheit für Information und strategische Analyse einzurichten, die Führung einer Mission und einen integrierten Stab schon zu Beginn des Planungsprozesses festzulegen, den für die Planung und Durchführung zuständigen Personen gewisse Finanzierungsbefugnisse zu erteilen, das Konzept der militärischen Bereitschaftsvorkehrungen auf zivile Polizeikräfte, Richter, Rechtsanwälte, Menschenrechtsexperten und andere Fachleute auszudehnen sowie insbesondere der VN-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze mehr Personal zuzubilligen.

**Bedeutung der praktischen und theoretischen Ausbildung sowie der Bereitschaft:** Sowohl die NATO als auch die Vereinten Nationen sind sich voll und ganz darüber im Klaren, dass angesichts der anspruchsvollen Sicherheitsbedingungen und humanitären Gegebenheiten auf dem Balkan wie auch bei ähnlich komplexen Missionen gut ausgebildete, sachkundige sowie angemessen ausgerüstete zivile und militärische Organisationen und Einzelmitarbeiter erforderlich sind. Die von der NATO geführten Truppen verwenden viel Zeit darauf, sich auf ihren Einsatz in den beiden Krisengebieten des Balkans vorzubereiten und – wie schon erwähnt – zusätzliche Kontingente zu prüfen, die von nicht der NATO angehörenden Staaten zur Verfügung gestellt werden. Die Betonung friedenserhaltender Maßnahmen im Rahmen des NATO-Programms der Partnerschaft für den Frieden hat sich schnell bezahlt gemacht, da sich viele Partnerstaaten bereit erklärten, Truppen zu stellen. Die Konzepte, Doktrinen und Verfahren des Bündnisses tragen nun den auf dem Balkan gewonnenen Erfahrungen in vollem Umfang Rechnung, vor allem im Hinblick auf die Zusammenarbeit und Koordination mit den am Friedensprozess beteiligten zivilen Organisationen.

Auch der Brahimi-Bericht fordert sowohl nationale Bemühungen im Hinblick auf eine bessere Vorbereitung von Gruppen, einzelnen Mitarbeitern oder Spezialisten als auch kollektive Bemühungen unter der Ägide der Vereinten Nationen. Er konzentriert sich insbesondere auf Vorbereitungsmaßnahmen für integrierte Stäbe, zivile Polizeikräfte und andere zivile Experten, und er empfiehlt nachdrücklich einen Mechanismus zur Evaluierung der Arbeit.

Was die NATO betrifft, so wendet sie diese Lehren bereits an und verleiht ihnen in ihrer Politik und in ihren Doktrinen auf vielerlei Weise Ausdruck: durch die große Anzahl von Jahren, in denen ihre Streitkräfte gemeinsam ausgebildet und eingesetzt werden; durch die Betonung friedenserhaltender Maßnahmen im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden; durch die besonderen Kooperationsprogramme des Bündnisses mit Russland und der Ukraine sowie durch seinen Dialog mit den Mittelmeerstaaten und schließlich durch den Ausbau der Beziehungen der NATO zu den Streitkräften verschiedener Balkanstaaten. Das Bündnis bemüht sich um die entscheidend wichtige internationale Zusammenarbeit, indem es die Kommunikation mit der EU, der OSZE und dem UNHCR verbessert. Es hat auch am VN-Sitz in New York einen ständigen Verbindungsoffizier, und gelegentlich entsendet es Verbindungsoffiziere nach Genf. Zudem unterhält die NATO enge Beziehungen zu den Leitern der Missionen der in Bosnien und im Kosovo vertretenen internationalen Organisationen, und die Militärdoktrin der NATO trägt nun den zivilen Aspekten komplexer Friedensoperationen in vollem Umfang Rechnung.

Der Brahimi-Bericht hat bereits auf konstruktive und effiziente Weise die Aufmerksamkeit offizieller Stellen und auch der Öffentlichkeit auf die Defizite gelenkt, die Anfang der 90er Jahre im Bereich der friedenserhaltenden Maßnahmen zu beobachten waren. Er befasst sich mit einer Reihe praktischer Fragen wie Beschlussfassung, schnelle Kriseneinsätze, Planung und Unterstützung. Weitere Empfehlungen betreffen die Durchführung der zivilen Aspekte, wobei dazu aufgefördert wird, den derzeitigen Ad-hoc-Charakter bestimmter Friedensmissionen auf ein Mindestmaß zu beschränken. Jetzt ist es Aufgabe der einzelnen Mitgliedstaaten, zur weiteren Verbesserung der Fähigkeiten der Vereinten Nationen im Bereich der Wahrung des Friedens mit den einschlägigen VN-Vertretern zusammenzuarbeiten.

Soll noch eine letzte Lehre aus den Erfahrungen der NATO wie auch der Vereinten Nationen gezogen werden, so besteht sie darin, dass das Konzept der robusten Friedenssicherung auf den zivilen Sektor ausgedehnt werden muss. Die Erfahrungen in Bosnien und im Kosovo machen klar, dass die Völkergemeinschaft ihre Autorität und Glaubwürdigkeit zu einem frühen Zeitpunkt geltend machen muss. Dies lässt sich nicht durch Streitkräfte allein erreichen. Die wichtigsten internationalen Organisationen müssen weitaus rascher und mit weitaus größerer Effizienz eingreifen und die gesamte Autorität geltend machen, die ihnen im Rahmen ihres jeweiligen Mandats zur Verfügung steht. Sobald es dieser Gruppe von Organisationen gelingt, gegenüber örtlichen Amtsträgern und der Öffentlichkeit eine größere Zielstrebigkeit und Geschlossenheit zu demonstrieren, wird es möglicherweise auch leichter, Zusammenarbeit und Unterstützung sowie letztlich den Erfolg einer Mission zu gewährleisten. ■



## Das Wissenschaftsprogramm der NATO

„Wissenschaftler für Fortschritt und Frieden“



Das Wissenschaftsprogramm der NATO unterstützt Kooperationsprojekte von Wissenschaftlern aus NATO-Staaten und Partnerstaaten. Das Programm, das nicht dem Verteidigungsbereich zuzurechnen ist, soll die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern verschiedener Staaten im Hinblick auf die Herstellung dauerhafter Kontakte fördern und dazu beitragen, Wissenschaftlergruppen in den Partnerstaaten zu unterstützen.

Ausführliche Informationen:

<http://www.nato.int/science>

# Debatte

## Können Soldaten Friedenshüter und Krieger sein?

### Ja:

*Bill Nash ist Generalmajor a.D. der Streitkräfte der Vereinigten Staaten und Direktor des Center for Preventive Action des amerikanischen Rates für auswärtige Beziehungen. Früher war er im nördlichen Kosovo Regionalverwalter der Vereinten Nationen und Kommandeur der ersten amerikanischen Division, die auf dem Balkan disloziert wurde.*



### Nein:

*John Hillen ist Hauptgeschäftsführer von Island ECN Inc. Als ehemaliger Heeresoffizier der Vereinigten Staaten hat er sich in zahlreichen Veröffentlichungen zu Fragen der internationalen Sicherheit geäußert und war während des letzten amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes Berater von George W. Bush.*



### Lieber John,

diese Diskussion über Kriegführung und Friedenswahrung ist schon seit einiger Zeit fällig, und ich freue mich, dass wir nun endlich die Zeit dafür gefunden haben. Als sich meine Division im Herbst 1995 auf den Einsatz in Bosnien und Herzegowina (Bosnien) vorbereitete, musste ich mich zum ersten Mal mit dem Verhältnis von Friedenswahrung und Kampfbereitschaft sowie mit den damit zusammenhängenden Fragen auseinander setzen. Der Erfolg, den wir in Bosnien und ein Jahr später bei unserer Rückkehr nach Deutschland erleben durften, überzeugte mich davon, dass unser Ansatz für friedenserhaltende Maßnahmen nicht nur weitgehend für das Gelingen der Mission verantwortlich war, sondern auch dafür, dass wir rasch wieder den ursprünglichen friedensmäßigen Bereitschaftsgrad erreicht hatten. Auf drei wesentliche Punkte möchte ich hier näher eingehen.

Als Kommandeur der 1. Panzerdivision wollte ich sicherstellen, dass meine Leute nicht so kompromittiert würden wie unsere Vorgänger, die VN-Schutztruppe. Daher gingen wir mit der Haltung einer Kampftruppe an die Bosnienmission heran. Unsere Maxime (die auch im ersten Satz meiner Anweisungen als Kommandeur zum Ausdruck kam) lautete, dass wir uns zu jedem Zeitpunkt als „harte, disziplinierte, kompetente und professionelle“ Soldaten erweisen müssten. In den ersten 60 Tagen der Mission muss ich diesen Ausdruck im Durchschnitt bestimmt 50 Mal pro Tag benutzt haben, und ich glaube, das hat gewirkt. Hier handelt es sich um die erste zen-

trale Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Gefechtsfähigkeit während einer Friedensmission.

Mit dieser unserem Auftrag angemessenen Einstellung konzentrierten wir uns dann darauf, „unsere Sache richtig zu machen“ und Ausbildungsaktivitäten in unsere täglichen Operationen zu integrieren. Mit Ersterem meine ich, dass wir die üblichen Gefechtsfertigkeiten und Truppenführungsverfahren in unsere täglichen Operationen einbauten. Instandhaltungsarbeiten, Kontrollen der Einsatzfähigkeit und Übungen standen tagtäglich auf dem Programm. Nachwuchsoffiziere beherrschten am Ende hervorragend die Kunst, Einsatzbefehle zu geben und sicherzustellen, dass ihre Ausrüstung dem jeweiligen Tagesbefehl angemessen war. Tagtäglich erfolgte auch eine horizontale und vertikale Koordinierung der Stäbe, wobei wir peinlich genau auf jedes Detail achteten.

Was die Ausbildung betrifft, so trafen wir innerhalb von 90 Tagen nach unserer Ankunft am Einsatzort ähnlich einer Garnison die nötigen Maßnahmen für ein geeignetes Ausbildungsprogramm. In Bosnien bauten wir Schieß- und Übungsanlagen und erprobten routinemäßig alle unsere Waffen, während unsere Panzer- und Schützenpanzerbesatzungen nach dem Rotationsprinzip (eine Kompanie pro Woche) ungarische Übungsplätze benutzten. In Verbindung mit den Aktivitäten an unseren Beobachtungsposten, die wir zur Überwachung militärischer Bewegungen der verschiedenen örtlichen Truppen eingerichtet hatten, führten wir für unsere Panzer- und Schützenpan-

zerbesatzungen sogar Fortgeschrittenenkurse für Laserausbildungssysteme durch. Wir wollten, dass die örtlichen Truppen sahen, wie wir uns auf Kampfeinsätze vorbereiteten.

Die dritte zentrale Voraussetzung bestand darin, dass wir im Hinblick auf unsere Rückkehr nach Deutschland über einen Plan für die Rückverlegung und die Vorbereitung auf weitere Einsätze verfügten. Wie wir nach Hause kamen und was wir in den ersten Monaten nach unserer Rückkehr machten, hatte einen entscheidenden Einfluss darauf, wie schnell wir zu einem erneuten Einsatz beliebiger Art bereit waren. Entsprechend unserem Plan verbrachten wir vier bis sechs Tage an unserem Zwischenstandort in Ungarn. Dort geschah alles von der Ausgabe neuer Uniformen und Einsammlung überschüssiger Ausrüstungsgegenstände, Ersatzteile und Fahrzeuge über ärztliche und zahnärztliche Untersuchungen bis hin zu Schießübungen für unsere Panzer- und Infanteriezüge. Die Zeit in Ungarn ersparte unseren Soldaten einige Wochen Arbeit am Heimatstandort.

Unser Ausbildungsplan für die Zeit nach der Rückkehr begann mit einem wohlverdienten Urlaub. Diese Investition von etwa 45 Tagen pro Bataillon leistete einen direkten Beitrag zu der äußerst positiven Haltung der Soldaten und ihrer Familien gegenüber der vor uns liegenden Arbeit. Dieser Aspekt der Lebensqualität darf nicht übersehen werden, wenn wir nach Möglichkeiten suchen, den heutigen wie auch den künftigen militärischen Erfordernissen gerecht zu werden.

## Wir gingen mit der Haltung einer Kampftruppe an die Bosnienmission heran.

BILL NASH

Der Ausbildungsplan konzentrierte sich auf diejenigen Fertigkeiten, an denen wir in Bosnien nichts getan hatten, wie z.B. Planung und Durchführung von in die Tiefe vorgetragenen Angriffen und Gegenauflärungsmaßnahmen. Wir stellten fest, dass die in Bosnien erzielten Verbesserungen bei schwierigen Gefechtsführungsfertigkeiten insgesamt gesehen die während der Friedensmission bezüglich bestimmter Kampfaufgaben entstandenen Ausbildungsdefizite bei weitem überwogen. Ein hoher Offizier meinte sogar nach unserer Übung im Rahmen des Gefechtsführungsausbildungsprogramms in Fort Leavenworth, die 90 Tage nach der Rückkehr der Division stattfand, dass die 1. Panzerdivision in vielerlei Hinsicht nach dem Bosnieneinsatz besser ausgebildet war als einige der von Desert Storm zurückkehrenden Divisionen. Wie dem auch sei, ich habe keinen Zweifel daran, dass die Gefechtsfähigkeit unserer Division nach Bosnien weitaus besser war als vor unserem Einsatz.

Im Hinblick auf allgemeine Lehren aus den Bosnienerfahrungen sind zwei wichtige Punkte zu nennen. Erstens wurde fast die gesamte Division gemeinsam nach Bosnien verlegt. Wir konnten daher die Integrität unserer Einheit in weitaus höherem Maße aufrechterhalten als jede andere Einheit nach 1995/1996. Die Vorteile des starken Zusammenhalts einer Einheit sind für die langfristige Einsatzbereitschaft von größter, vielleicht sogar von entscheidender Bedeutung. Als zweiter Punkt ist bedauerlicherweise anzuführen, dass im Spätsommer 1997 zwischen 70 % und 80 % der Generale, Obersten und Oberstleutnants der Division, einschließlich aller Brigadekommandeure, ausgewechselt worden waren. So erhält man seine Einsatzbereitschaft nicht aufrecht.

Nun ja, ich bin gespannt, was Sie dazu meinen, und habe natürlich für den erwarteten Gegenangriff noch etwas Munition auf Lager.

Mit freundlichen Grüßen  
Bill Nash

Lieber Bill,

zunächst einmal möchte ich festhalten, dass ich sehr erfreut bin, diese wichtigen Fragen mit einem Mann erörtern zu können, den ich so sehr achte – als Krieger, als Diplomat und als klugen außenpolitischen Experten.

Ich bin kein Feind friedenserhaltender Maßnahmen oder anderer Operationen zur Unterstützung des Friedens. In meinem Buch über die Geschichte der friedenserhaltenden Maßnahmen der Vereinten Nationen habe ich sogar fast 50 verschiedene Missionen analysiert und weiß nun die damit verbundenen enormen Herausforderungen sowie deren Beitrag zum Weltfrieden und zur internationalen Sicherheit durchaus zu schätzen. Wie Sie habe auch ich in Uniform an Kriegen teilgenommen und Einsätze im Rahmen von Friedensmissionen erlebt, so dass ich also beide Seiten der Medaille kenne.

Überdies meine ich – was manch einen vielleicht überrascht –, dass sich amerikanische Streitkräfte ruhig an multinationalen Friedensmissionen beteiligen sollten. Aus meiner Sicht, die ich auch als Wahlkampfberater George W. Bushs vertreten habe, geht es bei dieser Frage jedoch ganz entscheidend um das Ausmaß des amerikanischen Engagements für Friedensoperationen und um die Kosten, die in Form eingeschränkter Möglichkeiten mit derartigen Verpflichtungen verbunden sind.

Was ich ablehne, ist die langfristige und anhaltende Bereitstellung amerikanischer Kampftruppen für multinationale Friedensoperationen. Meiner Meinung nach sollten sich die Vereinigten Staaten langfristig mit Unterstützungsgruppen oder Reserveverbänden engagieren, während schlagkräftige amerikanische Kampftruppen nur für kurze Zeit eine bedeutende Rolle übernehmen sollten. Aus meiner Sicht stützt sich die bekannte Äußerung der nationalen Sicherheitsberaterin Condolezza Rice über den Unsinn eines Friedenseinsatzes, in dessen Rahmen Angehörige der 82. Luftlandedivision (eine meiner früheren Einheiten) Kinder in ihre jeweiligen Schulen bringen, auf drei allgemeine Überlegungen, die ich in dieser Debatte näher erläutern möchte.

Erstens geht es um die geopolitische Frage, welche Rolle die Streitkräfte der Vereinigten Staaten gegenüber ihren Verbündeten und ihren Partnern auf der Bühne der internationalen Sicherheitspolitik spielen sollten. Mit meinem Argument, dass „Supermächte keine Handlanger sind“,

wird klar, dass vor dem Hintergrund des kooperativen Teamcharakters fast aller internationalen Sicherheitsmissionen, an denen die Vereinigten Staaten beteiligt sind, eine wichtige Aufgabe des Teamleiters darin besteht, Funktionen und Zuständigkeiten entsprechend den jeweiligen Interessen und Fähigkeiten zu verteilen. Angesichts der enormen Kluft zwischen den militärischen Fähigkeiten der Vereinigten Staaten und insbesondere denen der europäischen Bündnispartner wird die NATO meiner Ansicht nach ihren vielen verschiedenen Sicherheitsaufgaben (nicht nur friedenserhaltenden Maßnahmen in Europa) am besten gerecht, wenn sie den zentralen Fähigkeiten ihrer Mitglieder gebührend Rechnung trägt. Im Hinblick auf die Vereinigten Staaten – und nur im Hinblick auf sie – bedeutet dies groß angelegte Kriegführung. Für jeden anderen Bündnispartner bedeutet dies weitaus weniger umfangreichere Missionen und in erster Linie Operationen zur Unterstützung des Friedens.

Zweitens geht es um die praktischen Auswirkungen anhaltender amerikanischer Friedenseinsätze auf die übrigen Aspekte der amerikanischen Militärstrategie. Im Gegensatz zur Mehrheit ihrer NATO-Partner haben die Vereinigten Staaten überall in der Welt bedeutende Sicherheitsverpflichtungen. Das Vereinigte Königreich stellt zwar für NATO-Aufgaben wie die weitere Abschreckungsstrategie gegenüber Irak Kampftruppen zur Verfügung, aber größtenteils müssen die Vereinigten Staaten allein gewährleisten, dass keiner unserer Gegner in Ostasien oder am Persischen Golf die Oberhand gewinnen kann. Zudem erfordern derartige Aufgaben besonders gut ausgebildete Kampftruppen und das gesamte Spektrum der amerikanischen Luft-, See- und Bodenstreitkräfte, die rund um die Uhr auf die Belastungen und Herausforderungen eines Krieges vorbereitet sein müssen (die in der Regel ohne Vorankündigung über sie hereinbrechen).

Was ich ablehne, ist die langfristige und anhaltende Bereitstellung amerikanischer Kampftruppen für multinationale Friedensoperationen.

JOHN HILLEN



Der durch die operationellen Rahmenbedingungen bedingte Gewinn wiegt die mögliche Beeinträchtigung bestimmter einzelner Fertigkeiten mehr als auf, und gerade diese Fertigkeiten können im Allgemeinen recht problemlos wieder auf das ursprüngliche Niveau angehoben werden.

BILL NASH

Meiner Meinung nach sind dies auch die Missionen, bei denen sich die Vereinigten Staaten – und das Bündnis – ein Scheitern nicht leisten können. Wie mein Buch über friedenserhaltende Maßnahmen der Vereinten Nationen schon zeigte, kann eine Großmacht eine Friedensmission verpfuschen, sich hindurchlavieren oder sogar dabei scheitern, ohne dass sich das nachhaltig auf das internationale Sicherheitssystem auswirken würde. Falls die Vereinigten Staaten und ihre Bündnispartner bei einem bedeutenden Konflikt (wie dem Golfkrieg) verlieren oder auch nur ein Unentschieden erreichen, kann die gesamte internationale Sicherheitsarchitektur aus den Fugen geraten und eine Wende zum Schlechteren erfahren. Selbst in diesem Zeitalter der politischen Korrektheit müssen wir zugeben, dass manche Aufgaben eben einfach wichtiger sind als andere.

In Ihrer ersten Stellungnahme befassen Sie sich hauptsächlich mit dem dritten Faktor – der Frage, ob amerikanische Soldaten so ausgebildet werden können, dass sie ebenso gut (und nahezu austauschbar) für die Wahrung des Friedens und für die Kriegführung geeignet sind. Mein guter

Freund, Professor Charles Moskos, ist für den Ausspruch bekannt, dass „die Wahrung des Friedens nicht die Aufgabe eines Soldaten ist, aber nur ein Soldat sie bewältigen kann.“ Dies scheint die Problematik sehr gut in Worte zu fassen. Es besteht kein Zweifel daran, dass gut ausgebildete und disziplinierte Soldaten nach geeigneten Weiterbildungsmaßnahmen sehr gute Friedenshüter sein können. Ich habe jedoch meine (begründeten) Zweifel an der Fähigkeit von Soldaten, sich zunächst sehr bei Friedensmissionen zu engagieren und dann mit geringer Vorwarnzeit oder ohne jede Warnung wieder auf der Höhe ihrer Gefechtsfähigkeit dem komplexen und schwierigen Geschäft der dreidimensionalen Kriegführung nachzugehen.

Dies möchte ich im weiteren Verlauf der Debatte noch näher ausführen; hier sei nur festgehalten, dass Ihre wirklich heldenhaften und bewundernswerten Ausbildungsbemühungen in Bosnien auf genau dieses Problem ausgerichtet waren – auf ein Problem, das die amerikanischen Streitkräfte bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit belastet. Hier geht es um das Erfordernis, dass unsere Friedenshüter dazu in der Lage sein müssen, sozusagen auf Knopfdruck sofort wieder auf Aufgaben der Kriegführung umzuschalten. Zu diesem Thema sind von verschiedenen staatlichen Stellen und Forschungsinstituten Untersuchungen durchgeführt worden, die alle darauf hinweisen, dass die Kampffähigkeiten von Soldaten durch langfristige Friedensmissionen beeinträchtigt werden, weil eben keine Institution gleich gut für zwei sehr unterschiedliche Aufgaben geeignet sein kann.

Für uns stellt sich hier die Frage, ein wie hohes Risiko sich für die Vereinigten Staaten im Hinblick auf die Beeinträchtigung der Gefechtsfähigkeit eigentlich lohnt.

*Mit freundlichen Grüßen*  
John Hillen

#### Lieber John,

auf Ihre drei Punkte möchte ich in umgekehrter Reihenfolge eingehen. Ich stimme mit Ihnen darin überein, „dass die Kampffähigkeiten von Soldaten durch langfristige Friedensmissionen beeinträchtigt werden“ können, aber ein und dieselbe Einheit wird ja gar nicht über längere Zeit eingesetzt. Die Einsatzdauer beträgt normalerweise sechs bis zwölf Monate, und

das ist kein besonders langer Zeitraum. Selbst bei einer zusätzlichen vorbereiteten Ausbildungszeit von drei bis sechs Monaten führen die Auswirkungen nicht zu einer übermäßigen Schwächung. Entscheidend ist, dass der durch die operationellen Rahmenbedingungen bedingte Gewinn die mögliche Beeinträchtigung bestimmter einzelner Fertigkeiten mehr als aufwiegt, und gerade diese Fertigkeiten im Allgemeinen recht problemlos und rasch wieder auf das ursprüngliche Niveau angehoben werden können. Die Streitkräfte der Vereinigten Staaten haben sehr viel mehr Bereitschaftsprobleme aus anderen Gründen als wegen der relativ geringen Auswirkungen von Friedensmissionen.

Man muss sich jedoch durchaus mit den von Ihnen angesprochenen langfristigen Fragen auseinander setzen. Hier geht es nicht so sehr um die Wahrung des Friedens (peacekeeping) als um die Schaffung der gesellschaftlichen Friedensgrundlagen (peace-building). Meiner Meinung nach gehen diese Bemühungen über die Kompetenz und die eigentliche Rolle von Streitkräften hinaus und gehören im Rahmen von Friedensoperationen zur Durchführung der zivilen Aspekte. Das Defizit im Bereich ziviler Fähigkeiten lenkt die Streitkräfte ab und bindet sie in Aktivitäten ein, die über das für Streitkräfte angemessene Aufgabenspektrum hinausgehen. Solange der zivilen Komponente dieser Friedensoperationen im Hinblick auf die Bereitstellung von personellen und finanziellen Ressourcen nicht der gleiche relative Stellenwert eingeräumt wird wie der militärischen Komponente, werden wir unsere außenpolitischen Ziele nicht erreichen. Meiner Meinung nach verbringen wir viel zu viel Zeit damit, über die militärischen Fragen zu reden, und allzu wenig Zeit damit, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme sowie die allgemeinen Sicherheitsfragen zu analysieren, die schließlich gelöst werden müssen, wenn wir die durch unsere Intervention in Angriff genommene Aufgabe zu einem erfolgreichen Abschluss führen wollen.

Zu Ihrem ersten Punkt möchte ich Folgendes anmerken. Der Kommentar zu den „Handlangern“ ist clever, aber nicht hilfreich. Wer die Führung hat, muss alle Entbehrungen und Gefahren politischer und physischer Art mit seinen Gefolgsleuten teilen. Es ist auch logisch, die Aufgaben entsprechend den Fähigkeiten zu verteilen, aber ein Konsens muss erarbeitet und kann nicht einfach gefordert werden. Wir dürfen

nie den Unterschied zwischen Führungsstärke und Autokratie vergessen.

*Mit freundlichen Grüßen*  
Bill Nash

**Lieber Bill,**

wir scheinen nicht grundsätzlich verschiedener Meinung zu sein, sondern einzelnen Phänomenen nur unterschiedlich große Bedeutung beizumessen. Wir sind uns z.B. darin einig, dass langfristige Friedensmissionen von Kampftruppen unweigerlich deren Gefechtsfähigkeit beeinträchtigen, vertreten aber unterschiedliche Ansichten dazu, wo und wann die Beeinträchtigung zu einer ernststen Schwächung wird. Gleichmaßen sind wir uns darin einig, dass die NATO-Staaten unterschiedliche Interessen und Fähigkeiten haben, vertreten aber unterschiedliche Auffassungen bezüglich der Frage, in welchem Ausmaß die Vereinigten Staaten bei weniger umfangreichen Missionen zur Gewährleistung der kollektiven Sicherheit die gleichen Fähigkeiten einbringen sollten wie ihre Bündnispartner. Lassen Sie mich Ihnen meinen Standpunkt zu diesen beiden Punkten darlegen.

Wann die Beeinträchtigung der Kampffähigkeiten die Grenze des Vertretbaren überschreitet, wissen wir immer erst, wenn es zu spät ist. Im Mai 1950, als auf der koreanischen Halbinsel Frieden herrschte, schien die Tatsache, dass die Kampfausbildung der amerikanischen Besatzungstruppen in Korea und Japan nicht gerade den höchsten Anforderungen gerecht wurde, keine ernste Schwächung zu bedeuten. Einen Monat später, am 25. Juni, führte die Invasion der Nordkoreaner und die darauf folgende vernichtende Niederlage der amerikanischen Besatzungstruppen jedoch zu einer sofortigen Änderung diese Einschätzung.

Viele Ereignisse, die unter Umständen einsatzbereite amerikanische Kampftruppen erforderlich machen würden, könnten überraschend kommen. Vielleicht ist dann keine Zeit mehr, um sich von Friedensmissionen zu erholen und die Gefechtsfähigkeit zu stärken. Lassen Sie es uns doch offen sagen. Kein Bündnispartner hat derart weitgehende globale Verpflichtungen wie die Vereinigten Staaten, und keinen könnte man auffordern, ernststen Sicherheitsgefahren direkt entgegenzutreten. Es wäre dumm, das Leben amerikanischer Soldaten wegen einer geschwächten Kampfbereit-

schaft aufs Spiel zu setzen und die einzigartigen kampffentscheidenden Fähigkeiten der amerikanischen Streitkräfte zu opfern, nur um mit unseren Bündnispartnern bei Friedensmissionen gleichzuziehen, die letztlich für die internationale Sicherheit weniger wichtig sind.

Damit kommen wir zum zweiten strittigen Punkt, nämlich zur Rolle, welche die Vereinigten Staaten als Führungsmacht der NATO bei solchen weniger bedeutenden Missionen spielen sollten. Selbst in einem diplomatischen Rahmen, der uns einen äußerlichen Egalitarismus auferlegt, sollten die Vereinigten Staaten nicht den Anschein erwecken, Führungsstärke besthe einfach darin, das zu tun, was alle anderen tun. Eine Führungsmacht muss zwar Gefahren und Lasten teilen, aber unsere europäischen Bündnispartner sind, wie sie selbst beklagen, immer weniger dazu in der Lage, die Gefahren und Lasten von Operationen zu teilen, die tief greifende Auswirkungen auf die internationale Sicherheit haben.

Wir sind inzwischen alle sehr auf den Balkan fixiert, aber einer der NATO-Staaten muss auch die übrige Welt im Auge behalten. Das sind natürlich die Vereinigten Staaten. Warum sollten wir eine Kampftruppe, die auf eine Krisensituation wie die Invasion Kuwaits (1990) vielleicht innerhalb weniger Tage reagieren muss (wie die 82. Luftlandedivision), für Aufgaben einsetzen, die jeder andere Bündnispartner mit paramilitärischen Reservekräften bewältigen könnte? Ein solches Vorgehen wäre vielleicht gut für das Bündnis, aber schlecht für die internationale Sicherheit. Das Bündnis ist kein Ziel an sich; es ist lediglich ein Mittel zur Gewährleistung größerer Sicherheit in Europa und in anderen Regionen. Wir sollten es uns daher zweimal überlegen, bevor wir kurzfristiger Solidarität den Vorrang vor langfristiger Sicherheit geben.

Ich unterstütze uneingeschränkt die militärische Beteiligung der Vereinigten Staaten an von der NATO geführten Friedensmissionen, aber ich bin gegen einen langfristigen und anhaltenden Einsatz amerikanischer Kampfeinheiten im Rahmen solcher Missionen. Die Geschichte lehrt uns, dass wir das einmal bedauern könnten.

*Mit freundlichen Grüßen*  
John Hillen

**Lieber John,**

es scheint, wir hätten in dieser Debatte tatsächlich eine Annäherung, wenn auch

nicht eine Übereinstimmung unserer Standpunkte erreicht: Soldaten können Friedenshüter und Krieger sein. Sie wollen nur nicht, dass amerikanische Soldaten über längere Zeit Friedenshüter sind.

Sie kennen sich zu gut in der Geschichte aus, um wirklich den Mai 1950 als Beweis dafür anführen zu wollen, dass friedenserhaltende Maßnahmen im Jahr 2001 der amerikanischen Gefechtsbereitschaft schaden. Die zwei (und mehr) Divisionen des amerikanischen Heeres, die im Juni 1950 als erste nach Korea verlegt wurden, waren das Ergebnis eines fast fünfjährigen Einsatzes als Besatzungstruppen in Japan, wo ihre personelle Besetzung, ihre Ausrüstung und ihre Ausbildung nicht im Geringsten auf Kampfeinsätze ausgerichtet waren. Es war eine andere Zeit, eine andere Welt und auf jeden Fall ein anderes Heer.

Man kann wohl unterschiedlicher Ansicht bezüglich der Frage sein, in welchem Ausmaß Streitkräfte der Vereinigten Staaten an langfristigen Friedensmissionen teilnehmen sollten, und ich meine, wie ich Ihnen schon in meinem letzten Brief schrieb, dass die eigentlichen langfristigen Probleme eher im zivilen als im militärischen Bereich liegen. Es ist durchaus sinnvoll, im Zuge der Ausweitung solcher Missionen Reserveverbände einzusetzen. Die Auswirkungen auf den Bereitschaftsgrad sind aber wirklich marginal, und wir sollten uns



Wir sind inzwischen alle sehr auf den Balkan fixiert, aber einer der NATO-Staaten muss auch die übrige Welt im Auge behalten.

JOHN HILLEN

Wer die Führung hat,  
muss alle  
Entbehrungen und  
Gefahren mit seinen  
Gefolgsleuten teilen.

BILL NASH

nicht hinter scheinheiligen Argumenten verstecken, wenn es so viele echte Gründe für Bereitschaftsdefizite gibt, mit denen wir uns auseinander setzen müssen, wenn wir in der Lage sein wollen, unseren globalen Verpflichtungen gerecht zu werden. Wir haben auf dem Balkan weniger als 10 000 Soldaten, von denen viele Reservisten sind. Falls wir andernorts zu den Waffen gerufen werden, wird diese kleine Zahl von Soldaten, die zu einem höheren Zweck entsandt wurde, weder den Sieg noch das Überleben der Vereinigten Staaten gefährden.

Schließlich möchte ich noch festhalten, dass wir uns meiner Meinung nach bei den Vorbereitungen auf die Sicherheitsaufgaben des 21. Jahrhunderts auf eine breite Koalition von Freunden und Verbündeten stützen sollten. Vorwürfe bezüglich der – tatsächlichen oder vermeintlichen – Arroganz der Amerikaner oder ihres Sonderstellungsanspruchs werden uns bei unseren Bemühungen nicht helfen und wahrscheinlich eher der von uns angestrebten Sicherheit schaden. Amerikanische Alleingänge werden langfristig nicht zum Erfolg führen.

*Mit freundlichen Grüßen*  
Bill Nash

Lieber Bill,

Sie haben Ihre Argumente gut gewählt und überzeugend dargelegt. Wir stimmen darin überein, dass amerikanische Kampftruppen insbesondere im Rahmen von NATO-Missionen oder anderen Missionen zur Gewährleistung der kollektiven Sicherheit für Aufgaben der Friedenssicherung wie auch der Kriegführung eingesetzt werden können. Zudem führen Sie ein ausgezeichnetes Argument bezüglich der Reservekräfte an. Der Einsatz amerikanischer Reservetruppen im Rahmen dieser Missionen – eine Option, die viele unserer Verbündeten bereits übernommen haben –

ist eine positive Entwicklung, aber sie wird in den Vereinigten Staaten nicht ohne Folgen bleiben können, denn dort wird man die Struktur und die Rechtsgrundlage der Reservekräfte ändern müssen, weil beide auf den Kalten Krieg ausgerichtet waren.

Ich bin aber fest davon überzeugt, dass Fähigkeiten zur Wahrung des Friedens für amerikanische Kampftruppen von sekundärer Bedeutung sein sollten. Das Beispiel Koreas im Jahr 1950 ist nicht als genaue historische Analogie zu verstehen, sondern sollte nur auf ein in der Geschichte immer wiederkehrendes Muster hinweisen: 1) Guten Staaten kann Böses widerfahren. 2) In der Regel geschieht das überraschend. 3) Es ist schwierig, das Blatt zu wenden, wenn nicht ein Staat oder eine Staaten-Gruppe dazu bereit ist, der Aggression vom ersten Tag an entgegenzutreten. Der Erste und der Zweite Weltkrieg, Korea, der Golf..., was man auch anführt, es passt in dieses Muster.

Dies sind die Missionen, bei denen sich die Vereinigten Staaten ein Scheitern einfach nicht leisten können. Eine Niederlage unter solchen Umständen hat ernstere und weiter reichende Folgen als bei den langwierigen und nahezu unlösbaren mörderischen Konflikten, die heutzutage für Friedensmissionen kennzeichnend sind. Ein wenig geopolitischer Realitätssinn ist angebracht. Diese Krisensituationen, für die allein die Vereinigten Staaten gewappnet sind, müssen nicht unbedingt unser Überleben bedrohen. Das wäre eine Übertreibung. Diese Krisensituationen sind ganz einfach Sicherheitsgefahren, die eine Dislozierung und möglicherweise den Einsatz einer beträchtlichen Zahl von Kampftruppen bei geringer oder völlig fehlender Vorwarnzeit erfordern.

Heute erinnern sich nur noch wenige an Haiti oder Somalia, obwohl wir diesen Krisen Anfang der 90er Jahre extrem große Bedeutung beimaßen. An Saddam Hussein würden wir heute allerdings ständig erinnern, wenn er Kuwait besetzt hielte und Saudi-Arabien in seiner Gewalt hätte. Sagt man, friedenserhaltende Operationen seien wichtiger als derartige Sicherheitsgefahren, so hat dies zwar therapeutischen Wert, ist jedoch zutiefst unrealistisch.

Nur ein einziger NATO-Staat hat die Stealth-Technologie und verfügt über Präzisionsmunition, Großraumflugzeuge, strategische Lufttransportkapazitäten, Satelliten, umfangreiche dislozierbare Logistik-

pakete usw. Zugleich gibt es aber viele Staaten mit erfahrenen Friedenstruppen, paramilitärischen Polizeieinheiten, zivilen Wiederaufbauexperten u.Ä. Warum sollte man dem einzigen echten Schwert dadurch die Schärfe nehmen, dass man es mit zusammen mit den anderen Pflugscharen einsetzt?

Nochmals, ich rede nur vom langfristigen Einsatz amerikanischer Kampftruppen bei NATO-Friedensoperationen. Wir wissen alle, dass sich die Vereinigten Staaten an fast jedem anderen Aspekt (Nachrichtendienst, Unterstützung, Logistik, Transport usw.) einer NATO-Mission sehr stark beteiligen müssen, denn sonst würde die Mission gar nicht erst stattfinden. Die amerikanische Dominanz während der Kosovo-Luftoperationen (1999) ist ein Beweis dafür. Die Vereinigten Staaten werden sich bei anderen Sicherheitsmissionen von größerer Bedeutung nur notgedrungen, aber niemals freiwillig zu einem Alleingang entschließen. Andere NATO-Staaten haben schließlich selbst zugegeben, dass es ihnen nicht gelungen ist, ihre Streitkräfte im Hinblick auf Kampfeinsätze außerhalb Europas umzustrukturieren.

Einer im Bündnis muss mit gut ausgebildeten Kampftruppen auf Krisensituationen reagieren können. Es wäre ein Zeichen von Führungsschwäche, wenn die amerikanischen Streitkräfte um der Bündnissolidarität willen so eingesetzt würden, als seien sie lediglich eine große Polizeitruppe. Wie unser Guru für Führungsfragen, Peter Drucker, schon einmal dargelegt hat, führt die Führung wegen ihrer einzigartigen Kenntnisse und Fähigkeiten. Man führt nicht, indem man einfach versucht, es seinen Gefolgsleuten gleichzutun.

*Mit freundlichen Grüßen*  
John Hillen

\* Zu einer europäischen Sicht friedenserhaltender Maßnahmen s. auch die Darlegungen General Sir Rupert Smiths, S. 24 und 25.

Es gibt Missionen, bei denen sich die Vereinigten Staaten ein Scheitern einfach nicht leisten können.

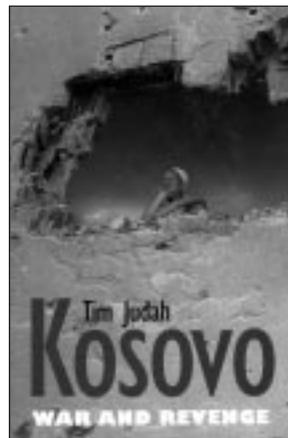
JOHN HILLEN

# Unmittelbare Geschichte

*Vor dem Hintergrund des anhaltenden Interesses an den NATO-Operationen im Kosovo bespricht Jamie Shea fünf Bücher, die zu diesem Thema bereits erschienen sind.*

**O**bwohl die Fernsehbilder von den NATO-Bombenangriffen und Tausenden von über die Grenzen strömenden Flüchtlingen schon mehr als zwei Jahre alt sind, weckt der Kosovokonflikt weiterhin Interesse und ist unverändert Gegenstand von Kontroversen und gelegentlich leidenschaftlichen Diskussionen. Kaum ein Monat vergeht, ohne dass eine neue Geschichte des Kosovos oder neue Memoiren erscheinen. Manchen wurde wie der kürzlich erschienenen Darstellung Wesley Clarks in den führenden Nachrichtenmagazinen enorm viel Aufmerksamkeit gewidmet. Meine Verzeichnisse zeigen, dass allein in englischer Sprache schon mehr als 200 Bücher über den Kosovo veröffentlicht worden sind. Zu meiner großen Überraschung werden selbst die abwegigsten Aspekte des Kosovokonflikts in Doktorarbeiten analysiert. Erst kürzlich habe ich einen Besucher gehabt, der in seiner Doktorarbeit eine semiologische Sprachanalyse der Presseverlautbarungen der NATO vornimmt. Mehrere gewichtige Akteure dieses Dramas, die nun keine Regierungsämter mehr bekleiden, arbeiten Gerüchten zufolge an ihren eigenen Darstellungen. Es sieht also so aus, als ob der Kampf um das letztendlich gültige historische Urteil noch weitergehen sollte.

Warum hat ein so kurzer und begrenzter Konflikt eine derart hitzige Debatte ausgelöst? Warum haben so viele der Hauptdarsteller das Bedürfnis gehabt, sich im Nachhinein – und öffentlich – zu rechtfertigen? Meiner Meinung nach gibt es dafür zwei Gründe. Der erste besteht in der Diskrepanz, die häufig zwischen den angestrebten Zielen und den eingesetzten Mitteln gesehen wurde. Die Notwendigkeit internationalen Drucks mit dem Ziel, das Leid der Kosovo-Albaner zu mildern, wurde zwar nur von wenigen bestritten, aber viele schreckten vor der Anwendung von Gewalt in einem solchen Ausmaß zurück, insbesondere als Luftoperationen gegen ganz Jugoslawien erforderlich wurden. In vielen Kreisen hielt sich die Überzeugung, dass der Gewalt hätte Einhalt geboten werden können, wenn man der Diplomatie mehr Zeit gegeben hätte – eine Ansicht, bei der übersehen wird, dass Slobodan Milosevic die in Rambouillet erarbeiteten Friedensvereinbarungen kategorisch abgelehnt hat. Wieder andere meinten, man hätte früher und energischer mit militärischer Gewalt drohen sollen, um deren Anwendung dann letztlich zu vermeiden – ein Argument, das allzu unbedarft davon ausgeht, dass Milosevic Risiken und mögliche Folgen rational abwog. Jeder zivilisierte Mensch möchte, dass die Mittel den Zielen direkt entsprechen. Auch die NATO versuchte dies zu Beginn der Luftoperationen, als sie öffentlich den Einsatz von Bodestreitkräften ausschloss und sich auf 50 Angriffsflugzeuge sowie auf Ziele im Kosovo oder in dessen Nähe beschränkte. Leider nahm die Gewalt kein Ende, sondern eskalierte, denn



Milosevic reagierte mit der Vertreibung von 1,3 Millionen Kosovo-Albanern, von denen mehr als 800 000 zur Flucht über die Grenzen gezwungen wurden. Erst zwei Monate später, als die Staats- und Regierungschefs der Bündnisstaaten ihren bedingungslosen Siegeswillen durch die Ausweitung der Luftoperationen und die Erörterung des möglichen Einsatzes von Bodestreitkräften unter Beweis gestellt hatten, gab sich Milosevic endlich geschlagen.

Der zweite Grund für das anhaltende Interesse an den NATO-Operationen im Kosovo besteht im voluntaristischen Charakter moderner Konflikte. Die lebenswichtigen nationalen Interessen und die physische Sicherheit der 19 Mitgliedstaaten der NATO waren durch die ethnisch begründete Gewalt im Kosovo nicht direkt oder unmittelbar gefährdet, auch wenn die Möglichkeit eines Übergreifens der Kampfhandlungen die Partnerstaaten der NATO in dieser Region durchaus zu destabilisieren drohte. Für alle 19 NATO-Regierungen war der Beschluss zur Einleitung von *Allied Force* eine riskante Angelegenheit, die ihnen schwierige Entscheidungen abverlangte. Würden die Kosten einer Intervention letztlich geringer sein als der Preis, den sie für den Verzicht auf ein Eingreifen zu zahlen hätten? War das Ausmaß der Gewalt gegen Zivilisten im Kosovo ausreichend groß, um umfassende Luftoperationen zu rechtfertigen? Wie ließ sich die Notwendigkeit, die politische Unterstützung innerhalb der NATO-Staaten sicherzustellen, mit der Notwendigkeit eines Höchstmaßes an Abschreckung und später eines raschen und entscheidenden Einsatzes von Luftstreitkräften vereinbaren? Wie ließ sich die Unterstützung der Öffentlichkeit in einem Bündnis mit 19 verschiedenen Regierungen und Stimmungsbarometern langfristig gewährleisten, wenn die Anwendung von Gewalt Slobodan Milosevic nicht direkt zur Vernunft bringen würde? Wie sollte man ohne eine Resolution des VN-Sicherheitsrats eine überzeugende rechtliche Grundlage für die Anwendung von Gewalt finden? Und wie würde die NATO eine Verbesserung der Lage nach dem Konflikt garantieren und im Kosovo eine politische Lösung erreichen können, durch die der Beschluss zur Anwendung von Gewalt sowie die dann unvermeidliche Zerstörung und Erschütterung zu rechtfertigen wären?

Über die letzte Frage ist das Urteil noch nicht gefallen. Angesichts der Erblast des Hasses im Kosovo müssen wir vielleicht noch einige Jahre warten, bevor die KFOR-Truppen die Provinz mit der Gewissheit verlassen können, dass eine multiethnische, demokratische und wohlhabende Gesellschaft aufgebaut worden ist. Es ist jedoch den in dieser Rezension aufgeführten Büchern zu verdanken, dass die meisten anderen bitteren Vorwürfe, die *Allied Force* damals so hartnäckig verfolgten, überzeugend widerlegt werden konnten.

*Kosovo: War and Revenge* (Yale University Press, 2000) von Tim Judah bietet eine ausgezeichnete Analyse der Ursprünge des

---

*Jamie Shea ist Direktor des Informations- und Pressedienstes der NATO.*

---

Konflikts. Der Autor geht weit in die Geschichte zurück und beschreibt das wiederkehrende Muster der Gewalt zwischen Albanern und Serben, die jeweils zu verschiedenen Zeitpunkten in dieser langen, recht deprimierenden Geschichte die Oberhand gewinnen konnten. Tim Judah, der schon ein viel gepriesenes Buch über die Serben geschrieben hat, ist ein echter Balkanspezialist und bezüglich der örtlichen Gegebenheiten unschlagbar. Er achtet peinlich genau auf eine faire Behandlung beider Seiten und schildert im Detail die Spaltungen und die Radikalisierung unter den führenden Vertretern der Albaner sowie die Bildung der Befreiungsarmee des Kosovos (UCK) in den 90er Jahren. Er lässt ein ausgezeichnetes Verständnis der zentralen Faktoren erkennen, die letztlich der Gewalt die Oberhand verschafften; dazu zählten insbesondere die Enttäuschung der Kosovo-Albaner über die Nichtbeachtung ihrer Sache auf der Friedenskonferenz von Dayton (1995) und der Beinahezusammenbruch des albanischen Staates (1997), durch den die UCK Tausende von Waffen zu Schleuderpreisen erwerben konnte.

Obwohl Tim Judah zeigt, dass die Kosovo-Albaner keine Engel waren, erhebt er eindeutig Anklage gegen Slobodan Milosevic und die Belgrader Regierung, welche die Anliegen der Kosovo-Albaner konsequent missachteten und die Lage durch ihre immer willkürlichere und wahllosere Anwendung von Gewalt gegen die Zivilbevölkerung verschärften. Es ist vielleicht auf tragische Weise typisch für Milosevic, dass er für den Kosovo keine klare Strategie hatte und seine Anfälle von Brutalität nur genau jene Intervention und lang andauernde bewaffnete Präsenz der NATO in Jugoslawien bewirkten, die er vermeiden wollte.

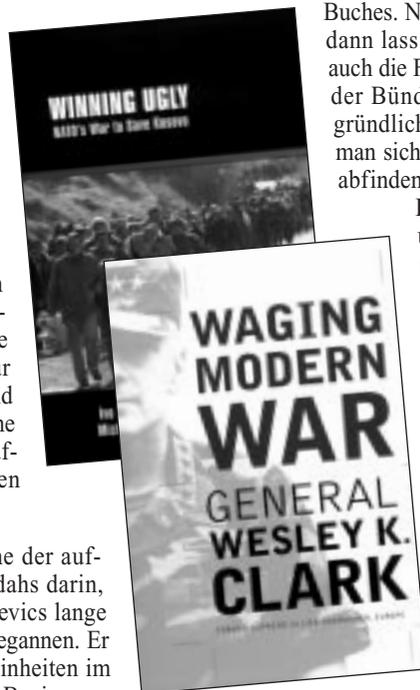
Aus der Sicht der NATO besteht eine der aufschlussreichsten Bemerkungen Tim Judahs darin, dass die ethnischen Säuberungen Milosevics lange vor der Einleitung der Luftoperationen begannen. Er verweist darauf, dass serbische Sondereinheiten im Januar 1999, also zwei Monate vor dem Beginn von *Allied Force*, bereits 300 000 Kosovo-Albaner aus ihren Häusern vertrieben hatten. Ferner zeigt er, dass ethnische Säuberungen im Hinblick auf die Zivilbevölkerung des Kosovos eine steigende Tendenz aufwiesen und zugenommen hätten, gleich ob die NATO eingegriffen hätte oder nicht. Dadurch widerlegt er Kommentatoren, die behaupten, dass die NATO die humanitäre Krise im Kosovo durch ihr Eingreifen verursacht habe und die Kur schlimmer gewesen sei als die Krankheit.

Es wird sehr deutlich, dass sich Tim Judah in der Psychologie der führenden Vertreter der Albaner und der Serben bestens auskennt, aber dies geht auf Kosten einer genauen Beschreibung der Positionen der 19 NATO-Regierungen und ihrer führenden Militärs. Am Ende seines Buches werden die Luftoperationen der NATO nur kurz, aber durchaus schlüssig dargestellt. Wer sich näher mit diesem Aspekt befassen möchte, wäre besser beraten, wenn er *Winning Ugly: NATO's War to Save Kosovo* (Brookings Institution Press, 2000) von Ivo Daalder und Michael O'Hanlon lese, die beide angesehene Wissenschaftler der Brookings Institution sind und schon einmal Regierungsämter bekleidet haben. Für einen NATO-Insider ist ihre Darstellung ermutigend und ernüchternd zugleich: ermutigend, weil die Autoren mit faszinierendem Scharfsinn die möglichen Alternativen zum Kurs der NATO analysieren. Dabei zeigen sie, dass die damals häufig

genannten Möglichkeiten wie die Teilung des Kosovos, ein energischeres Vorgehen gegen die UCK oder Konzessionen gegenüber Milosevic, um seine Zustimmung zu voller Autonomie für den Kosovo zu erreichen, unter den Umständen des Frühjahrs 1999 keine Lösung gewesen wären. Die einzige Möglichkeit zur Verhinderung nicht nur einer humanitären Katastrophe, sondern auch der Destabilisierung der gesamten südlichen Balkanregion (was der Glaubwürdigkeit der NATO übrigens nachhaltig geschadet hätte) bestand in den Augen Ivo Daalders und Michael O'Hanlons in der Einleitung militärischer Maßnahmen durch das Bündnis. Ähnlich wie Churchill sich zur Demokratie äußerte, könnte man sagen, dass *Allied Force* abgesehen von allen anderen die schlechteste Option war. Nach dieser Rechtfertigung von *Allied Force* durch die Aufdeckung der Schwachpunkte aller Alternativen analysieren die Autoren von *Winning Ugly* jedoch ebenso schonungslos die Durchführung der Kosovo-Mission durch die NATO; dies erklärt auch den bitter-süßen Titel ihres Buches. Napoleon sagte einst: „Gott, wenn ich kämpfen muss, dann lass mich gegen eine Koalition kämpfen.“ So werden auch die Fallstricke des Ausschussverfahrens zur Bestimmung der Bündnispolitik und zur Bewältigung von Konflikten gründlich analysiert, obwohl die Autoren einräumen, dass man sich notgedrungen weiterhin mit einer Koalitionspolitik abfinden muss, da es unwahrscheinlich ist, dass humanitäre Interventionen in Zukunft von einem Staat allein unternommen werden. Bündnisse mögen die militärische Entscheidungsfindung erschweren, aber sie machen einem Unterdrücker auch klar, dass er die internationale Staatengemeinschaft gegen sich hat. Letztlich war das für die Isolierung und den Sturz Slobodan Milosevics ausschlaggebend.

Daalder und O'Hanlon überzeugen dort mit ihrer Argumentation, wo sie die Kluft zwischen amerikanischen und europäischen militärischen Fähigkeiten während der Operation *Allied Force* aufzeigen; eine Kluft, die zu einer unverhältnismäßig hohen Belastung der Vereinigten Staaten führte und die europäischen Bündnispartner frustrierte, weil sie sich vom inneren Kreis der Entscheidungsträger ausgeschlossen fühlten. Wenn die Kriegführung verbündeter Staaten bei künftigen Operationen dieser Art reibungslos funktionieren soll, dann müssen die militärischen Beiträge der NATO-Staaten eine größere Ausgewogenheit aufweisen. Daalder und O'Hanlon kritisieren die NATO auch, weil sie die Luftoperationen zu langsam eingeleitet und einen Einsatz von Bodestreitkräften gleich zu Beginn ausgeschlossen habe, so dass der Bündnisstrategie jeder Überraschungseffekt fehlte, der Milosevic im Ungewissen gelassen hätte. Dies ist richtig, aber bei einem Konflikt ist das politisch Machbare mit dem militärisch Wünschenswerten zu verbinden. Die NATO hatte nicht die Wahl zwischen einer perfekten Kriegführung und der nicht perfekten Variante. Angesichts der Notwendigkeit, unter den 19 NATO-Regierungen einen Konsens herbeizuführen, hatte sie nur die Wahl zwischen einer weniger als perfekten Kriegführung und dem völligen Verzicht auf eine Intervention. Vielleicht ist es besser, „hässlich zu gewinnen“, als hübsch zu verlieren. Die Kritikpunkte Ivo Daalders und Michael O'Hanlons dürfen jedoch trotzdem nicht unbeachtet bleiben, vor allem weil sie davon überzeugt sind, dass „dieser Krieg nicht der letzte sein wird, in dem die NATO-Regierungen zur Rettung von Menschenleben Gewalt anwenden.“

Wer hinter jedem großen Ereignis interne Turbulenzen vermutet, wird durch *Waging Modern War* (Public Affairs, 2001) voll auf seine Kosten kommen; es handelt sich um die Memoiren des Kommandeurs der Operation *Allied Force*, des ehemaligen



SACEUR General Wesley Clark. Alle, die Konflikte analysieren, wissen nur zu gut, dass der damit verbundene Stress und der ständige Entscheidungsdruck häufig zu bürokratischen Querelen und persönlichen Zusammenstößen führen. Die Auseinandersetzung mit Vorgesetzten kann manchmal ebenso schwierig sein wie die Auseinandersetzung mit Gegnern. General Wesley Clark berichtet offen über seine Probleme mit seinen Kollegen im Pentagon. Selbst NATO-Bedienstete, die während der Operation *Allied Force* in der NATO-Zentrale arbeiteten, werden bei der Lektüre des Buches feststellen, dass sie nur die Hälfte von dem wussten, was sich hinter den Kulissen abspielte. Der Insidercharakter des Buches von General Wesley Clark macht es in Verbindung mit seiner eindringlichen, tagebuchartigen Darstellungsweise zu einer Fundgrube für Fachleute der NATO und für Journalisten, aber weniger für den Durchschnittsleser, der mit den beteiligten Akteuren nicht vertraut ist. Probleme mit der Bürokratie und politische Gegensätze drängen die eher allgemeinen Betrachtungen des Verfassers zum Charakter moderner Konflikte, zu den Grundsätzen einer erfolgreichen Krisenbewältigung oder zu den Aussichten für den Frieden auf dem Balkan häufig in den Hintergrund. Bücher über wichtige Ereignisse, die von den Beteiligten selbst geschrieben werden, stellen den jeweiligen Verfasser unweigerlich in den Mittelpunkt. Im Fall General Wesley Clarks ist dies kaum verwunderlich und bietet zudem zahlreiche wertvolle Einblicke in den dargestellten Konflikt. Diese Vorgehensweise bedeutet aber auch, dass diejenigen, die nicht tagtäglich mit ihm zusammenarbeiteten, nur gelegentlich und flüchtig erwähnt werden, auch wenn sie ebenfalls eine wichtige Rolle spielten. Was wir über den Verfasser selbst erfahren, ist ebenso wichtig wie das, was wir über die Ereignisse erfahren. Es gelingt General Wesley Clark gut, die Beschränkungen darzustellen, welche Politiker, Medien, nichtstaatliche Organisationen, Kollegen und Vorgesetzte einem Kommandeur auferlegen, der einen modernen Krieg zu gewinnen versucht, aber in gewisser Weise gibt es schließlich die meisten dieser Beschränkungen schon lange. Sie stehen in Büchern über Vietnam beispielsweise ebenso im Vordergrund wie in denen über den Kosovo oder über Bosnien.

Was man im Buch von General Wesley Clark wirklich gern gefunden hätte, ist eine eingehendere begriffliche Analyse der Frage, wie sich die neue Form der Kriegführung, die durch die Mittel der modernen Technologie und die ständige Berichterstattung der Medien gekennzeichnet ist, von der alten Form der bewaffneten Auseinandersetzung unterscheidet. Auch wenn man für das Dilemma General Wesley Clarks Verständnis hat – er versuchte seine Kollegen und Vorgesetzten im Pentagon davon zu überzeugen, dass ungeachtet der Lehren aus dem Golfkrieg die Doktrin der militärischen Übermacht nicht auf jede Art von Konflikt anwendbar ist –, fragt man sich am Ende der Lektüre von *Waging Modern War*, was neu ist und was es mit dem Wort „modern“ eigentlich auf sich hat.

Ein interessanter Versuch zur Beantwortung dieser Frage ist das Buch *Virtual War* (Chalto und Windus, 2000) von Michael Ignatieff. Als Sammlung zeitgenössischer Interviews und Aufsätze, darunter einer über Clark („the virtual commander“), bietet es zahlreiche Einblicke in das aussichtslose Streben heutiger Militärs nach dem perfekten Krieg – ohne Opfer und mit einer

hieb- und stichfesten moralischen und rechtlichen Rechtfertigung. Die interessantesten Ausführungen beziehen sich auf die selektive Darstellung der Wirklichkeit mit dem Ziel, sowohl die Unterstützung im eigenen Land zu erhöhen als auch die Sache des Gegners in den Augen der Öffentlichkeit des gegnerischen Staates selbst in Verruf zu bringen. Aber selbst die geschickteste Manipulation der Medien, die größten Überredungskünste der Politiker und die modernste Technologie können nicht unbegrenzt die Brutalität und das menschliche Leid bewaffneter Konflikte verdecken, genauso wenig wie dadurch reale Verluste an Menschenleben vermieden werden. Letztlich wird der virtuelle Krieg des Äthers direkt mit dem realen Krieg konfrontiert. Michael Ignatieff, ein Veteran des Balkankonflikts und der meisten anderen ethnischen Konflikte des letzten Jahrzehnts, ist auf dem Gebiet der modernen Kriegführung ein wirklich großer Denker. Es ist nur zu hoffen, dass er diese interessanten Einsichten einmal ausarbeiten und in einem umfassenderen Werk darlegen wird.



Während des Kosovokonflikts lösten die Medienoperationen der NATO und die täglichen Presseverlautbarungen der NATO-Zentrale und der Hauptstädte der Bündnisstaaten einige Kontroversen aus. Über die Darstellung des Konflikts in der Öffentlichkeit sind von Journalisten ebenso hitzige Debatten geführt worden wie über die Durchführung der militärischen Operationen selbst. Hat die NATO bewusst gelogen? Gab es mehr Seemannsgarn als Tatsachenberichte? Welche Aufgaben haben Regierungen und Journalisten im Hinblick auf die Unterrichtung der Öffentlichkeit über Konflikte der heutigen Zeit? Eine ausgezeichnete Darstellung der Medienpolitik der NATO hat General Walter Jertz, der damalige militärische Sprecher, in *Krieg der Worte, Macht der Bilder* (Bernard und Graef, 2001) vorgelegt. Jertz beschreibt ehrlich die Fehler und Erfolge der NATO beim Umgang mit dem massiven internationalen Pressekorps, das die NATO-Zentrale während der Dauer der Luftoperationen belagerte. Unter Hinweis auf das nebulöse Bild von der Lage in einem Krieg, wie Clausewitz es nennt, verdeutlicht er, dass es noch nie leicht war, sich ohne Zeitverzug genaue Informationen über die Lage auf dem Gefechtsfeld zu beschaffen, aber er legt überzeugend dar, dass die NATO nicht bewusst falsch informiert hat und häufig Opfer ihres eigenen Strebens nach Transparenz wurde. Jertz gibt im Hinblick auf künftige Verbesserungsmaßnahmen zahlreiche wertvolle Anregungen. Es ist nur zu hoffen, dass sein Buch auch in anderen Sprachen erscheint, damit es einem größeren Leserkreis zugänglich wird.

Die NATO hat wegen des Kosovos sowohl während der Operationen als auch danach heftig Prügel bezogen. Zahllose Revisio-nisten stürzen sich auf jede schlechte Nachricht, um zum Ausdruck zu bringen, dass die NATO kein Recht zu einer militärischen Intervention hatte. Die hier besprochenen Bücher, die alle wirklich lesenswert sind, zeigen jedoch, dass die NATO nichts zu befürchten und nichts zu bedauern hat, wenn es zu einer eingehenden Prüfung der Tatsachen kommt. Die Verfasser kritisieren alle, was falsch lief und hätte besser gemacht werden können. So wird *Allied Force* durch die Lektüre dieser Bücher zwar keine perfektere Operation, als sie es in Wirklichkeit war, aber die moralische und strategische Notwendigkeit der Intervention der NATO im Kosovo erscheint auch nicht als entkräftet oder weniger gerechtfertigt. ■

# General Sir Rupert Smith: Stellvertretender SACEUR

Seit November 1998 ist General Sir Rupert Smith stellvertretender Oberster Allierter Befehlshaber Europa. Nachdem er 1995 in Bosnien und Herzegowina UNPROFOR-Kommandeur und von 1996 bis 1998 Kommandeur der britischen Streitkräfte in Nordirland gewesen war, wurde er als einer der angesehensten Offiziere seiner Generation zum stellvertretenden SACEUR ernannt. Mitte September d. J. wird er SHAPE verlassen und Anfang 2002 in den Ruhestand treten.

**NATO BRIEF:** Können Soldaten sowohl Krieger als auch Friedenshüter sein?

**General Sir Rupert Smith:** Ein Soldat ist ein Krieger. Er taugt nicht als Soldat, wenn er kein Krieger ist. Die Aufgaben, die man einem Soldaten gibt, umfassen ein breites Spektrum von Tätigkeiten einschließlich friedenserhaltender Maßnahmen.

**NB:** Welche Tätigkeiten sind für Friedenstruppen angemessen?

**RS:** Das ist davon abhängig, welcher Art der zu wahrende Frieden ist, wer ihn bricht und welcher Streitkräfteumfang erforderlich ist, um die Bedingungen zu schaffen, zu deren Schaffung man beauftragt worden ist. Steht man einem voll bewaffneten Gegner mit gut organisierten Streitkräften gegenüber, so muss man Ähnliches aufbieten. Hat man es nur mit bewaffneten Einzelkämpfern zu tun, so ist es natürlich unangemessen, mehr Gewalt anzuwenden, als zur Erreichung der jeweiligen Ziele erforderlich ist.

**NB:** Welche Art von Truppen wäre Ihrer Meinung nach während des Bosnienkrieges angemessen gewesen, und glauben Sie, dass Sie solche Truppen zur Verfügung hatten?

**RS:** Die von den Vereinten Nationen entsandten Truppen hatten weder die Aufgabe, den Frieden zu wahren noch ihn durchzusetzen oder Friedenshüter zu sein. Sie sollten die Konvois mit Hilfsgütern für Nichtkombattanten schützen. In den meisten Fällen konnten die Hilfsgüter erfolgreich verteilt werden. Nachdem ihr Mandat auf den Schutz der sogenannten „Schutzzonen“ ausgedehnt worden war, hatten sie weniger Erfolg, auch wenn es ihnen immer noch gelang, die Hilfe in diese Enklaven zu bringen. Als es darauf ankam, weitere Angriffe auf die „Schutzzonen“ durch Abschreckung zu verhindern und sie keine andere Möglichkeit der Gewaltanwendung hatten, als die NATO um Luftoperationen zu bitten, scheiterten sie jedoch, und es dauerte dann eine Weile, bis man ausreichend ausgestattete Truppen in



genügend großer Zahl zusammengestellt hatte, um energischer durchgreifen zu können.

**NB:** Sollten Soldaten mit der Art von Mandat entsandt werden, welche die UNPROFOR während des Bosnienkrieges hatte, oder sollte man vor der Entsendung von Truppen ein robusteres Mandat erarbeiten?

**RS:** Man kann Truppen mit einem derartigen Mandat dislozieren, sofern dies genau das ist, was man von ihnen will. Man darf allerdings nicht im Nachhinein beschließen, dass sie eine andere Aufgabe bekommen sollen, ohne sie dementsprechend auszustatten und ihnen die dieser Aufgabe angemessenen Einsatzregeln zu geben. Das war nachweislich bei den „Schutzzonen“ in Bosnien der Fall; man wollte weitere Übergriffe auf diese Enklaven verhindern, aber die dazu eingesetzten Truppen waren dazu nicht ausgestattet.

**NB:** Welche Strategie wird in schwierigen Situationen wie in Bosnien zum Erfolg führen?

**RS:** Will man als Beitrag zu Bemühungen um die Beilegung eines Konflikts Gewalt anwenden, so muss dies den politischen Prozess unterstützen. Die Androhung von Gewalt und der politische Prozess müssen parallel zueinander und nicht nacheinander verlaufen. Was sich 1995 in Bosnien abspielte, ist ein gutes Beispiel dafür, wie mehrere Akteure gleichzeitig am gleichen Strang ziehen müssen. Richard Holbrooke strebte eine diplomatische Lösung an, die schließlich zum Abkommen von Dayton führte, und ergänzend zu den Verhandlungen wurde Gewalt angewandt, auch wenn man dabei eher die sich bietenden Chancen ergriff, als alles im Voraus zu planen.

**NB:** Sie waren auf dem Balkan sowohl für die Vereinten Nationen als auch für die NATO tätig. Welchen Einfluss hatte dies auf Ihre Auffassung von der jeweiligen Rolle dieser beiden Organisationen?

**RS:** Ich halte es nicht für sinnvoll, die beiden zu vergleichen, denn es handelt sich um ganz unterschiedliche Organisationen. Die NATO hat einen begrenzten Mitgliederkreis. Sie ist regional. Sie ist im Hinblick auf eine einzige Aufgabe, nämlich zu kämpfen, aufgebaut und ausgerüstet. Die Staaten, die der NATO angehören, haben im Großen und Ganzen Vertrauen zur politischen Führung ihrer Streitkräfte durch den Nordatlantikrat. Auf der anderen Seite umfassen die Vereinten Nationen alle Staaten oder fast alle Staaten der Welt. Sie haben im Gegensatz zu einer regionalen eine globale Verantwortung. Sie sind die rechtliche Aufsichtsinstanz für vieles, was wir tun, und sie sind neben Kampfeinsätzen für ein breites Spektrum schwieriger anderer Aufgaben zuständig.

**NB:** Welche Faktoren sind Ihrer Meinung nach für den Erfolg der von der NATO geführten Operationen auf dem Balkan und für Friedensoperationen allgemein von entscheidender Bedeutung?

**RS:** Die NATO kann bei Friedensoperationen nur in äußerst begrenztem Umfang erfolgreich sein, weil die NATO nur die Voraussetzungen dafür schaffen kann, dass ein Erfolg möglich wird. Von Erfolg kann man bei den anderen Organisationen sprechen – bei denen, die ein Staatswesen aufbauen, Institutionen durch Reformen erneuern, bestimmte Volksgruppen retten, ihnen wieder ein normales Leben ermöglichen usw.

**NB:** Welche Kriterien sollten erfüllt sein, damit der Umfang von Friedenstruppen verringert werden kann?

**RS:** Hier muss man die Gefahr eines erneuten Ausbruchs von Kampfhandlungen sowie den Stand der Dinge bei anderen Institutionen (z.B. gut entwickelte Polizeikräfte, Rechtssystem), die alle das Vertrauen der örtlichen Bevölkerung genießen müssen, prüfen und beurteilen. Nach einem Bürgerkrieg, dem Zusammenbruch der innerstaatlichen Verwaltungsstrukturen und der Zerstörung der Vertrauensbasis zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen sind der Zustand und die Aktivitäten derjenigen Stellen zu beurteilen, die für die Kampfhandlungen verantwortlich waren. Wurden sie durch unsere Präsenz neutralisiert? Konnten sie entweder aufgelöst oder durch Reformen erneuert werden? Wurden sie sinnvoll umstrukturiert oder sind sie durch etwas anderes ersetzt worden? In dem Maße wie die Gefahr eines erneuten Ausbruchs von Kampfhandlungen abnimmt, kann man die Abschreckungspräsenz vor Ort verringern. Dies geht allerdings nicht so schnell.

**NB:** Wie können Soldaten am besten auf Missionen wie die SFOR- und die KFOR-Mission vorbereitet werden? Und wo endet die Arbeit eines Soldaten und beginnt die eines Polizisten?

**RS:** Ich werde mit der zweiten Frage beginnen, denn sie erleichtert die Beantwortung der ersten. Die Aufgabe eines Soldaten besteht in erster Linie darin, den Gegner zu töten. Deswegen ist er an einem bestimmten Ort, und deswegen setzen wir ihn ein. Die Aufgabe eines Polizisten besteht in erster Linie darin, den Straftäter zu verhaften und für eine erfolgreiche Strafverfolgung zu sorgen. Diese beiden Aufgaben sind grundverschieden. Der Soldat kann natürlich dem Polizisten helfen, indem er ihm Informationen übermittelt oder ihn sogar beschützt, damit er seinen Auftrag erfüllen kann. Letztendlich ist der Soldat aber kein Polizist. Auf der anderen Seite setzt der Polizist seinen Willen bzw. das Gesetz nicht mit Gewalt durch. Er setzt das Gesetz durch das abschreckende Drohmittel einer erfolgreichen Strafverfolgung durch. Und das unterscheidet die beiden voneinander. Vor diesem Hintergrund tut man also gut

daran, sich diesen Unterschied in Erinnerung zu rufen, denn er macht klar, worauf man einen Soldaten vorbereiten muss. Er muss zunächst einmal in der Lage sein, seine Waffen einzusetzen. Aber die nächste Stufe ist dann die Fähigkeit, einen bestimmten Polizisten unter den jeweils vor Ort herrschenden Bedingungen zu unterstützen. Also muss er die dort lebende Bevölkerung verstehen. Er muss auf einem niedrigen Niveau operieren können und dabei wahrscheinlich bedeutendere und komplexere Entscheidungen treffen als in einer konventionellen Auseinandersetzung. Schließlich muss er die Informationen sammeln können, die dem Polizisten bei seiner Arbeit helfen. Sonst baut man nicht die Polizei auf, die man braucht, um die Soldaten zu ersetzen.

**NB:** Streitkräfte sind inzwischen an vielen Aspekten des Wiederaufbaus auf dem Balkan beteiligt. Welche Lehren ziehen Sie aus Ihren Erfahrungen im Zusammenhang mit der Bosnien- und der Kosovomission? Und wie lassen sich die zivilen Bemühungen am besten mit den militärischen koordinieren?

**RS:** Wir setzen Soldaten und vor allem Pioniere für die Durchführung von Wiederaufbauarbeiten ein. Manche dieser Aufgaben sind auch für Soldaten geeignet. Mit Ausnahme von möglicherweise einer oder zwei nichtstaatlichen Organisationen haben wir beispielsweise die meiste Erfahrung auf Gebieten wie z.B. Räumung von Minen. Dann ist der Einsatz von Pionieren für den Bau von Schulen wahrscheinlich zu Beginn einer Operation ebenfalls gerechtfertigt. Sobald man ein Stück vorangekommen ist, bringen derartige Wiederaufbaumaßnahmen jedoch die Gefahr mit sich, dass der örtlichen Bevölkerung Beschäftigungsmöglichkeiten genommen werden, und sie können nicht zum Aufbau eines neuen Gemeinwesens führen. Manche erfahrene Pioniere sind vielleicht zu Beginn erforderlich, um die örtlichen Bauarbeiten zu beaufsichtigen, aber auch dann sollten sie nicht lange bleiben, denn ihre Präsenz würde die weitere Entwicklung des Gemeinwesens behindern. Die Koordinierung dieser Arbeit mit den für den Wiederaufbau zuständigen zivilen Organisationen erfordert eine Art ziviler Zentralverwaltung, sei es die jeweilige Regierung oder – wie im Fall der Vereinten Nationen im Kosovo – eine von außen eingesetzte Verwaltung, und dann sollte klar sein, wer in welchem besonderen Fall wen unterstützt.

**NB:** Wie stellen Sie sich Operationen einer künftigen europäischen Schnellreaktionstruppe vor? Unter welchen Umständen könnte sie unabhängig von der NATO zum Einsatz kommen?

**RS:** Ich denke, dass eine europäische Schnellreaktionstruppe weitgehend genauso zum Einsatz kommt wie eine der NATO. Bei den Truppenstellern handelt es sich in den meisten Fällen um die gleichen Staaten, und ich sehe hier keine großen Schwierigkeiten. Im Fall einer Krise in Europa, müssten sich die NATO und die Europäische Union zu Gesprächen zusammensetzen. Die Vorteile bei dieser oder jener Verteilung der Aufgaben wären zu erörtern, bevor man entscheidet, welche Organisation die Führung übernimmt. Die genauen Kriterien zur Entscheidung der Führungsfrage wären stets von der jeweiligen Krise abhängig.

**NB:** Obwohl Sie noch weit vom üblichen Ruhestandsalter entfernt sind, werden Sie Ende dieses Jahres Ihren Abschied nehmen. Welchen Aufgaben werden Sie sich im Ruhestand zuwenden?

**RS:** Die Aufgaben werden mich finden. Das haben sie schon immer getan. ■

# Größerer Beitrag Italiens

*Carlo Scognamiglio-Pasini erläutert, wie und warum Italien bei den von der NATO geführten Friedensoperationen auf dem Balkan eine größere Rolle übernommen hat.*

In den fünfzehn Jahren seit der Dislozierung der ersten NATO-Truppen auf dem Balkan ist die Zahl der dort eingesetzten Italiener sowohl absolut als auch relativ immer weiter angestiegen. Italien stellt nun für die von der NATO geführten Friedensoperationen in Bosnien und Herzegowina (Bosnien) sowie im Kosovo ebenso viele Truppen zur Verfügung wie Frankreich und das Vereinigte Königreich. Dies ist das Ergebnis einer gezielten Politik zur Stärkung der Rolle Italiens in einer Region, die aus der Sicht Roms für die nationalen Interessen Italiens von wesentlicher Bedeutung ist.

Da Italien wie Slowenien, Kroatien, Montenegro und Albanien an der Adria liegt, zieht es natürlich wie ein Magnet Flüchtlinge an, von denen viele mit dem italienischen Fernsehen groß geworden sind, von Italien träumen und Italienisch sprechen. Dadurch sind enge und dauerhafte Bande geknüpft worden, die erklären, warum sich viele italienische Bürger in den letzten Jahren bei Hilfsaktionen engagiert und dazu beigetragen haben, während bewaffneter Auseinandersetzungen humanitäre Hilfe zu leisten und später die vom Krieg zerstörten Staaten wieder aufzubauen.

Der erste Einsatz italienischer Friedenstruppen auf dem Balkan begann im Dezember 1995 im Rahmen der von der NATO geführten IFOR-Mission in Bosnien. Italiener waren während des Bosnienkrieges nicht an der UNPROFOR-Truppe beteiligt, da die Vereinten Nationen 1992, als die Mission eingeleitet wurde, zögerten, Friedenstruppen aus benachbarten Staaten einzusetzen, die im ehemaligen Jugoslawien schon einmal in militärische Operationen verwickelt gewesen waren. Von 1992 bis 1995 konzentrierte sich Italien daher auf Hilfsmaßnahmen. Als die EU 1994 die Verwaltung der geteilten und vom Krieg zerstörten süd-bosnischen Stadt Mostar übernahm, stellte Italien 40 Karabinieri für eine internationale Polizeitruppe bereit, die unter der Ägide der WEU zusammengestellt wurde. Und als NATO-Flugzeuge dann zu Angriffen auf Ziele der bosnischen Serben übergangen – zunächst (1994) in begrenztem Umfang zur Beendigung der Belagerung Sarajewos und später (August/September 1995) mit einer ununterbrochenen Welle von Angriffsflügen –, starteten sie jeweils von italienischen Stützpunkten.

Anfangs waren etwa 3 200 Italiener im Rahmen der IFOR-Mission im französischen Sektor im Einsatz. Damals hatten die IFOR-Truppen einen Umfang von 60 000 Mann. Heute umfasst das italienische Kontingent der auf 20 000 Mann sehr stark verringerten SFOR-Truppen noch immer 1 800 Mann, und weitere 6 000 sind derzeit im Rahmen der KFOR-Mission im Einsatz. In diesen Zahlen sind einige Karabinieri (Polizisten mit militärischem Status) enthalten, die seit August 1998 in multinationalen Sondereinheiten zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung beitragen. Karabinieri haben eine Ausbildung, die im

Hinblick auf friedenserhaltende Aufgaben geradezu ideal ist. Folglich sind sie überall in Bosnien und im Kosovo als Patrouillen für heikle Gebiete in Einsatz, unterstützen die Rückkehr von Flüchtlingen und Vertriebenen und greifen ein, wenn die öffentliche Ordnung gestört wird.

Karabinieri waren 1997 auch der Schlüssel zum Erfolg der *Operation Alba*, als Italien aus Kontingenten von acht Staaten eine Interventionstruppe mit einem Umfang von 7 000 Mann zusammenstellte, um nach dem Zusammenbruch einer Reihe betrügerischer Investmentprogramme Recht und Ordnung wiederherzustellen. Dieser Zusammenschluss von zum Eingreifen gewillten Staaten wurde vom VN-Sicherheitsrat gebilligt und von einem politischen Ad-hoc-Lenkungsausschuss koordiniert. Die Mission, die von April bis August 1997 dauerte, war auch die erste Krisenbewältigungsmission in Europa, die von einer ausschließlich aus Europäern bestehenden multinationalen militärischen Truppe durchgeführt wurde.

Die Wende in der italienischen Haltung kam im Anschluss an den NATO-Beschluss zur Stationierung einer Sondertruppe in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien.\* Diese von Frankreich geführte Truppe sollte den Abzug der OSZE-Verifikationsmission für den Kosovo logistisch und erforderlichenfalls auch in anderer Hinsicht unterstützen. Im November 1998 entschied sich dann die neue italienische Regierung unter Massimo D'Alema bewusst zur Übernahme einer größeren Rolle und stellte 2 850 Soldaten (das entspricht der Stärke einer Brigade) zur Verfügung, die mit den äußersten begehrten Panzerabwehrhubschraubern vom Typ A-129 ausgestattet waren.

Der Grund für diese Haltungsänderung bestand darin, dass Massimo D'Alema und ich in meiner damaligen Funktion als Verteidigungsminister über die Auswirkungen der Ereignisse im Kosovo auf die Stabilität Albaniens besorgt waren. Dieses Land war in den vorangegangenen zehn Jahren schon dreimal in Anarchie versunken, was zu einem direkten Anstieg des Schmuggels und der sonstigen Kriminalität an der Adria führte und Rom zum Eingreifen unter fast unmöglichen Bedingungen zwang. Wir wollten durch die Stabilisierung Albaniens eine Wiederholung dieser Vorfälle verhindern, und in meinen Augen ließ sich das am besten dadurch erreichen, dass wir den Albanern ermöglichten, sich in ihrem eigenen Land sicher zu fühlen. Ferner meinte ich, dies sei möglich, wenn die NATO Albanien in ihre strategische Sicherheitspolitik einbezöge. Damals lehnten die anderen NATO-Staaten diesen Vorschlag jedoch ab.

Wir machten uns damals auch Sorgen darüber, dass die Beziehungen zwischen Italien und Albanien allmählich einem Protektoratsverhältnis ähnelten, aber unsere Bemühungen um eine Internationalisierung der Frage waren gescheitert. Ich erkannte jedoch, dass bei uns etwas falsch sein müsse, wenn die anderen Bündnismitglieder uns kein Gehör schenken wollten. Um die Aufmerksamkeit unserer Bündnispartner auf unsere Anliegen zu lenken, mussten wir dann zunächst einmal dafür sorgen, dass wir

---

*Der frühere italienische Verteidigungsminister Senator Carlo Scognamiglio-Pasini ist nun Leiter des italienischen Aspeninstituts.*

einen ebenso großen Truppenbeitrag zu den von der NATO geführten Balkanoperationen leisteten wie Frankreich und das Vereinigte Königreich. Dies war der Wendepunkt, aus dem sich die dann folgenden Beschlüsse ergaben.

Als die NATO am 24. März 1999 die Luftangriffe gegen die Truppen Slobodan Milosevics einleitete, betrug der italienische Beitrag 50 von insgesamt 900 Kampfflugzeugen. Am Ende der 78 Tage andauernden Luftoperationen war Milosevic zum Abzug der jugoslawischen Streitkräfte aus dem Kosovo bereit, und italienische Truppen stießen aus der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien\* in die Provinz vor, um die Kontrolle über einen Sektor in der Umgebung von Pec im Nordwesten des Kosovos zu übernehmen.

Meine Aufzeichnungen über die Kosovooperationen enthalten zwei Aspekte, die kaum bekannt sind: die Frage der sogenannten „Bodenoption“ und die albanische Dimension. Zu Beginn des Konflikts schien Milosevic die Luftangriffe aushalten zu wollen, bis die Koalition der gegen ihn verbündeten Staaten auseinander brechen würde; gleichzeitig verfolgte er eine Strategie der Destabilisierung gegenüber den Nachbarstaaten Albanien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien\*, die NATO-Bodentruppen das nötige Aufmarschgebiet geboten hätten. Einen Monat nach Beginn der Operation Allied Force wurden Zweifel an der Wirksamkeit einer ausschließlich auf Luftstreitkräften beruhenden Operation laut, und die NATO geriet unter Druck, sich für eine andere Option zur erfolgreichen Beendigung des Konflikts zu entscheiden. Obwohl niemals Pläne für eine Invasion des Kosovos mit Bodentruppen erarbeitet wurden, war diese Frage am 27. Mai während eines informellen Treffens der Verteidigungsminister der fünf größten NATO-Staaten ein Thema der Gespräche. Zudem sagte Italien, obschon es als schwächstes Glied der Kette galt, auf diesem Treffen, über das auch im Buch des ehemaligen SACEUR General Wesley Clark berichtet wird, die bedingungslose Bereitstellung von bis zu 10 000 Mann zu.

Das Ergebnis dieses Treffens war der Beschluss zu einer erneuten Zusammenkunft am 15. Juni, die dazu dienen sollte, die nötigen Streitkräfte für eine spätestens am 15. September einzuleitende Bodenoffensive zusammenzustellen. Das zweite Treffen fand dann allerdings erst gar nicht statt, denn Milosevic



Das Ziel vor Augen: Italien hat auf dem Balkan seinen Beitrag zu den von der NATO geführten Friedensoperationen auf das Niveau des französischen und des britischen Beitrags angehoben.

beschloss am 9. Juni, sich geschlagen zu geben und die jugoslawischen Streitkräfte aus dem Kosovo abzuziehen. Er hatte, davon bin ich überzeugt, nur erkannt, dass er sich keine Hoffnungen mehr auf ein Auseinanderbrechen der Koalition machen konnte und jeder weitere Widerstand somit sinnlos war.

Was Albanien betraf, so befürchteten wir, Slobodan Milosevic könne versuchen, das Land durch die Auslösung eines überstürzten Massenexodus zu destabilisieren. Dieser Taktik begegneten wir mit zwei Gegenmaßnahmen: Die Albaner erhielten eine ausreichende Menge von Unterkünften und Nahrungsmitteln, um die Flüchtlinge mit der Aussicht auf eine Rückkehr in der Nähe der Grenze zu halten, und ihnen wurde versichert, dass die NATO sich um sie kümmern würde und vor allem dass das Bündnis schließlich die Oberhand gewinnen würde. Im Januar 1999 bestimmten italienische Streitkräfte mögliche Standorte für Flüchtlingslager und begannen mit der Lagerung von Nahrungsmitteln und der Vorbereitung von Unterkünften. Als Albanien dann kurz nach dem

Beginn der Luftoperationen von einer Flut von fast einer Million Flüchtlingen überschwemmt wurde, konnten bei Kukës und andernorts rasch Flüchtlingslager errichtet werden, wodurch die Zuversicht in der Bevölkerung gestärkt und die humanitäre Katastrophe in Grenzen gehalten wurde. Zudem wurde am 15. April im Rahmen der Operation Allied Harbour durch die Entsendung von mehr als 7 000 NATO-Soldaten einschließlich eines großen italienischen Kontingents nach Albanien noch einmal deutlich signalisiert, dass die Flüchtlinge wieder in ihre Heimat zurückkehren würden.

Da die italienischen Schnellreaktionskräfte damals nur einen Umfang von 20 000 Mann hatten, liefen wir ernsthaft Gefahr, unsere Streitkräfte während der Kosovooperationen zu überlasten. So schlug die italienische Regierung im Anschluss an diese Operationen ein inzwischen vom Parlament verabschiedetes Gesetz vor, mit dem sie die Wehrpflicht abschaffte und die Streitkräfte so umstrukturierte, dass sie nur noch aus Berufssoldaten bestehen. Dadurch dürfte der Umfang italienischer Schnellreaktionskräfte, die für künftige Friedensoperationen der NATO zur Verfügung stehen, erheblich zunehmen. ■

# Die Reform der polnischen Streitkräfte

*Bronisław Komorowski erläutert die Gründe für das Programm Polens zur Umstrukturierung und Modernisierung seiner Streitkräfte.*

Für die polnischen Streitkräfte war das Jahrzehnt nach 1989 eine turbulente Zeit. Wie in anderen ehemals kommunistischen Staaten mussten auch hier mehrere Regierungen nacheinander feststellen, dass der Umbau des Verteidigungssektors als wesentlicher Bestandteil der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Umgestaltung des Landes ein schwierigerer, schmerzhafterer und langsamerer Prozess war als erwartet. Diese Schwierigkeiten wurden Ende der 90er Jahre noch dadurch verschärft, dass durch den Beitritt Polens zur NATO weitere Reformen erforderlich wurden. Folglich haben die polnischen Streitkräfte heute immer noch einen langen und schwierigen Reformweg vor sich.

In den nächsten fünf Jahren werden diese Reformen nicht nur die Struktur der Streitkräfte, ihr Führungs-, Kommunikations- und Nachrichtendienstsystem sowie ihre Einsatzverfahren, sondern auch das militärische Ausbildungssystem und den personellen Aufbau grundlegend verändern. Diese Veränderungen werden nicht nur für die Streitkräfte äußerst komplex sein, sondern auch nahezu unweigerlich soziale Spannungen hervorrufen und zu einem neuen Verhältnis zwischen dem Militär und der Gesellschaft insgesamt führen.

Inzwischen ist der Umfang der Streitkräfte von 350 000 (80er Jahre) auf etwa 200 000 Mann verringert worden. Diese quantitative Änderung war jedoch nicht mit entsprechenden qualitativen Verbesserungen verbunden. Obwohl die Reformen auf weniger umfangreiche, aber effizientere Streitkräfte abzielten, war die Effizienzsteigerung nur bescheiden, denn Polen war nicht in der Lage, die Einsparungen aufgrund des zahlenmäßigen Abbaus der Streitkräfte in die technische Modernisierung zu investieren. Diese Einsparungen flossen nämlich in den Staatshaushalt, damit die dringendsten Bedürfnisse Polens gedeckt werden konnten.

Dass Polen als Mitglied der NATO seit 1999 an der Verteidigungsplanung beteiligt ist, hat den Reformen bedeutende Impulse verliehen, und auch das jüngste Reformprogramm ist auf die Erfüllung der Bündnisziele ausgerichtet. Als Polen der NATO beitrat, verabschiedeten die Bündnismitglieder gerade ein neues Strategisches Konzept und leiteten die Initiative zur Verteidigungsfähigkeit in die Wege. Die sich daraus ergebenden Streitkräfteziele, die in erster Linie auf die technische Modernisierung der Streitkräfte, den Aufbau von Schnellreaktionskräften und operationelle Verbesserungen abzielten, erfordern beträchtliche Ausgaben, die Erarbeitung eines geeigneteren Rahmens für die langfristige Finanzplanung sowie ein völlig neues Denken, was Fragen der Militärreform betrifft. *Das Programm zur Umstrukturierung und technischen Modernisierung der Streitkräfte der Republik Polen 2001-2006* (das Reformprogramm) stützt sich auf diese Prinzipien.

---

*Bronisław Komorowski ist Verteidigungsminister Polens.*

---

Dem bereits vollzogenen personellen Abbau folgte kein ähnlicher Abbau im Bereich des militärischen Materials. Die Streitkräfte benutzten z.B. wartungsintensive Ausrüstung und Kampfmittel von geringem Gefechts- und Ausbildungswert wie Panzer vom Typ T-55 und 100-mm-Granaten. Überdies erfordern veraltete Ausrüstungsgegenstände und Lagerbestände eine aktive Überwachung, was äußerst kostspielig ist. Der Verkauf überschüssiger Mittel einschließlich veralteter Truppenübungsplätze, von denen viele einen gewissen kommerziellen Wert haben, dürfte Einsparungen von 200 bis 250 Millionen Zloty (etwa \$50 bis \$60 Mill.) ermöglichen. Weitere Einsparungen, die in Zukunft im Verteidigungshaushalt bleiben sollen, dürften sich aus dem geplanten weiteren personellen Abbau der Streitkräfte und der Auslagerung von Dienstleistungen an den privaten Sektor ergeben.

Diese Kostensenkungsmaßnahmen dürften dem Verteidigungsministerium wohl erlauben, den für Anlageinvestitionen bestimmten Teil seines Haushalts in fünf Jahren von derzeit 12 auf 23 Prozent anzuheben. In der Praxis dürften sie den Haushalt des Verteidigungsministeriums erhöhen und die nötigen Mittel für die langfristige Umstrukturierung und Modernisierung bereitstellen. Um dies zu erreichen, wird man den Verteidigungsetat jedoch während der gesamten Durchführungsphase der Reformen auf einem Niveau von 1,95 % des BIP halten müssen.

Alle Vorhaben, die mit den Verpflichtungen Polens gegenüber der NATO sowie mit den derzeitigen Erfordernissen des polnischen Verteidigungssystems zusammenhängen, sind Teil des Reformprogramms. Im Zuge der Umstrukturierung der polnischen Streitkräfte soll zwischen einem Drittel von ihnen (Schnellreaktionskräfte und strategische Deckungskräfte) und den Streitkräften anderer NATO-Staaten eine uneingeschränkte Interoperabilität erreicht werden, indem sich die polnischen Streitkräfte den NATO-Standards anpassen, was die Waffen, die Ausrüstung, die Mobilität und die Einsatzfähigkeit im Rahmen komplexer Missionen außerhalb Polens betrifft. In diesem Programm ist vorgesehen, den Nachrichtendienst, das Befehlssystem und das Luftverteidigungssystem zu modernisieren sowie dem weiteren Verfall der Rüstung und der militärischen Infrastruktur in den beiden übrigen Dritteln der polnischen Streitkräfte Einhalt zu gebieten.

Zu den weiteren Plänen zählen eine klare Aufgabenteilung zwischen Einsatz- und Unterstützungskräften, eine Anpassung des Systems der militärischen Dienstgrade für Berufssoldaten an Standards der NATO sowie die Anpassung der Logistiksysteme an die der NATO-Streitkräfte, eine Verbesserung der Fähigkeit zur Zusammenarbeit mit einschlägigen NATO-Strukturen und eine Steigerung der Mobilität mit dem Ziel, polnische Streitkräfte zur Teilnahme an Operationen außerhalb Polens zu befähigen.

Im Rahmen der Reform des militärischen Befehlssystems und der Gewährleistung seiner Kompatibilität mit den Befehlssystemen der NATO wird die schwierigste Aufgabe wahrscheinlich darin bestehen, die knappen Fristen für den personellen Abbau einzuhalten. Ende 2001 soll ein weiterer Abbau um 26 000 Mann (13 % des Gesamtumfangs) auf 180 000 erreicht sein, zu denen 36 000 Offiziere und 52 200 sonstige Berufssoldaten zählen werden. Die Zahl der Wehrpflichtigen wird auf 91 800 verringert. Ein weiterer Abbau des Gesamtumfangs auf 150 000 Mann, von denen 75 000 Berufssoldaten sein werden, soll im Jahr 2003 erreicht sein.

Der personelle Abbau steht in direktem Zusammenhang mit der Rekrutierung in Militärakademien und dem System zur Entlassung von Soldaten aus dem Militärdienst. Absolventen polnischer Militärakademien haben zwar ein hohes Ausbildungsniveau und verfügen über gute militärische Fertigkeiten, aber die Ausbildung ist im Verhältnis zu den tatsächlichen Erfordernissen der Streitkräfte übermäßig lang und zu kostspielig. Die Ausbildung eines Kadetten kostet jährlich etwa 38 000 Zloty, während für ein Jahr Studium an einer Universität nur 6 500 Zloty angesetzt werden. Folglich wird in einem ersten Schritt die Zahl der Ausbildungsplätze in Militärakademien gesenkt werden. Danach werden die Streitkräfte damit beginnen, Universitätsabsolventen auf vertraglicher Basis für Offiziersposten zu werben und ein Fortbildungssystem einzuführen. Die sozialen Kosten dieser Abbaumaßnahmen sind wahrscheinlich äußerst hoch, und dies führt möglicherweise zu Protesten derjenigen Offiziere – Obersten, Oberstleutnants und Majore –, die am meisten unter den Kürzungen zu leiden haben und von denen viele innerhalb von drei Jahren entlassen werden sollen.

Die technische Modernisierung der Streitkräfte ist wahrscheinlich weniger schmerzhaft, aber ebenso kostspielig. Im Mittelpunkt des Modernisierungsprogramms wird die Ausstattung der Einheiten mit hohem Bereitschaftsgrad (ein Drittel der Gesamtstreitkräfte) mit moderner Ausrüstung stehen. Dies wird entweder durch die Beschaffung neuer Ausrüstung oder durch die Modernisierung alter Ausrüstung sowie dadurch erreicht werden, dass derzeit in Gebrauch befindliche Rüstungsgüter von anderen Streitkräfteeinheiten abgezogen und den Einheiten mit hohem Bereitschaftsgrad zugewiesen werden. Die technische Modernisierung stützt sich auf langfristige Programme mit gesetzlich garantierter Finanzierung.



Offene Abstimmung: Das polnische Parlament stimmte mit großer Mehrheit sowohl für die NATO-Mitgliedschaft als auch für das militärische Reformprogramm.

© Reuters

Für folgende Bereiche werden bedeutende Ressourcen bereitgestellt: Modernisierung des Luftverteidigungssystems (einschließlich des Befehlssystems) und Beschaffung von Mehrzweckflugzeugen, Modernisierung der Panzer vom Typ T-72 und Anpassung an NATO-Standards sowie Beschaffung neuer Panzer, Einführung verschiedener Versionen von Schützenradpanzern sowie Einführung neuer Panzerabwehr- lenkraketen, Ausrüstung von Schiffen mit modernen Flugkörpersystemen, Modernisierung von

Kampfhubschraubern, Kauf mittelgroßer Transportflugzeuge sowie Einführung neuer Schiffe der Typen 621 und FFG-7 wie auch neuer U-Boote.

Im Jahr 2006 dürften die polnischen Streitkräfte folgende im Einklang mit NATO-Standards ausgerüstete und ausgebildete Einheiten umfassen: elf Kampfeinheiten in Brigade- bzw. Regimentsstärke, 15 Kampfeinheiten in Bataillonsstärke, zwei Einheiten in Kompaniestärke, fünf taktische Fliegerstaffeln, 22 Luftabwehrraketendivisionen, sieben Luftstützpunkte, drei Einheiten für funkelektronische Einsätze, 35 Schiffe und zwei Marinefliegerstaffeln. Dann werden auch die polnischen Einheiten des dänisch-deutsch-polnischen Multinationalen Korps Nordost in Stettin die erforderlichen NATO-Standards erreicht haben.

Die technische Modernisierung, die mit dem Kauf von Waffen und sonstiger militärischer Ausrüstung verbunden sein wird, dürfte der polnischen Rüstungsindustrie und damit zusammenhängenden Industriezweigen neue Chancen eröffnen. Das Modernisierungsprogramm ist nach umfassenden Konsultationen mit militärischen Experten und Politikern jeder Couleur erarbeitet worden. Seine Durchführung wird schwierig sein und die Unterstützung der breiten Öffentlichkeit erfordern. Entscheidend ist jedoch, dass die geplanten Reformen von allen großen Parteien Polens – sowohl von Regierungs- als auch von Oppositionsparteien – begrüßt worden sind.

Dies führte dazu, dass im polnischen Parlament am 25. Mai 2001 das Gesetz zum Reformprogramm mit sehr großer Mehrheit angenommen wurde. ■

 Weitere Einzelheiten zum *Programm zur Umstrukturierung und technischen Modernisierung der Streitkräfte der Republik Polen 2001-2006* s. [www.wp.mil.pl](http://www.wp.mil.pl)

# Frauen in Uniform

*Vicki Nielsen prüft, wie weit die Integration von Frauen bei den Streitkräften der NATO vorangekommen ist.*



© US-Verteidigungsministerium

Richtungweisend: Im Laufe der letzten vier Jahrzehnte haben sich Status, Situation und Zahl der Frauen in den NATO-Streitkräften erheblich verändert.

Dieses Jahr haben die Frauen in den Streitkräften der NATO viel zu feiern, nämlich den 40. Jahrestag der ersten NATO-Konferenz weiblicher Staboffiziere und den 25. Jahrestag der förmlichen Anerkennung des Ausschusses für Frauen in den NATO-Streitkräften durch den Militärausschuss, das höchste militärische Gremium der NATO.

Im Laufe der letzten vier Jahrzehnte haben sich Status, Situation und Zahl der Frauen in den NATO-Streitkräften erheblich verändert. Laut der Statistik des Büros für Frauen in den NATO-Streitkräften ist die Zahl der Frauen (ausschließlich Freiwillige) in NATO-Uniformen von 30 000 (1961) auf heute 288 000 angestiegen. Aber natürlich haben die Streitkräfte jedes Staates ihre eigene Geschichte, ihre eigenen Traditionen und ihre eigene Kultur, so dass die Integration von Frauen jeweils unterschiedlich weit vorangekommen ist. Obwohl Frauen seit vielen Jahren Militärdienst leisten, geht die Debatte über Frauen in den Streitkräften weiter, sogar in Staaten, in denen die Integration schon relativ weit vorangeschritten ist; diskutiert wird darüber, wie und wo Frauen Militärdienst leisten und ausgebildet werden sollen sowie in welchem Ausmaß sie integriert sein müssten, und es wird sogar gefragt, ob der Prozess bereits zu weit vorangetrieben wurde.

Da sich die Integration von Frauen auf verschiedenen Ebenen und auf unterschiedliche Weise vollzieht, ist es schwierig, für die NATO-Staaten eine genaue Rangliste zu erstellen. Dies wird

*Vicki Nielsen ist Redakteurin des NATO BRIEFS.*

deutlich, wenn man sich kurz mit einigen Bündnisstaaten befasst, die auf eine längere Geschichte weiblicher Soldaten zurückblicken können, die oft bis zum Zweiten Weltkrieg, wenn nicht sogar bis zum Ersten Weltkrieg zurückreicht.

Norwegen und Dänemark sind in mancherlei Hinsicht die progressivsten Staaten, was weibliche Soldaten angeht. Norwegen hat als erster NATO-Staat Frauen zum Militärdienst auf U-Booten zugelassen, und zu allen anderen Kampfverwendungen hatten Frauen dort seit 1985 Zugang. Dänemark machte Frauen 1988 alle Verwendungen und Einheiten der Streitkräfte zugänglich, nachdem 1985 und 1987 in einigen Kampftruppen entsprechende Tests durchgeführt worden waren. Dänische und norwegische Soldatinnen werden oder wurden in fast allen operativen Verwendungen der Streitkräfte eingesetzt; ausgenommen hiervon sind Fallschirmjäger und Einheiten der Marineinfanterie, denn bisher hat noch keine Frau die Eingangsvoraussetzungen erfüllt. Bisher ist auch noch keine Dänin als Jagdflieger eingesetzt worden. In beiden Staaten gelten für weibliche Soldaten hinsichtlich Ausbildung, Arbeit und Verlegung die gleichen Bedingungen wie für Männer. Frauen können sich auch freiwillig zum Militärdienst melden, was ihnen die Möglichkeit bietet, einen Einblick in die Streitkräfte zu gewinnen, und sie vielleicht dazu bewegt, eine militärische Laufbahn einzuschlagen. In Norwegen ist vor kurzem sogar darüber diskutiert worden, auch für Frauen die Wehrpflicht einzuführen, um so den Anteil der Frauen in den Streitkräften zu erhöhen und die Gleichberechtigung zu fördern.

Bei einem Anteil an den Gesamtstreitkräften von fünf Prozent in Dänemark und nur drei Prozent in Norwegen sind Frauen dort jedoch im Vergleich zu manchen anderen Bündnisstaaten nur schwach vertreten. Norwegen will den Frauenanteil bis 2005 auf sieben Prozent erhöhen, aber obwohl im März 1999 in Norwegen zum ersten Mal eine Frau an die Spitze des Verteidigungsministeriums berufen wurde, haben nur wenige norwegische Soldatinnen höhere Dienstgrade erreicht. Erst im November 1999 wurde die erste Frau zum Oberst befördert. Ein Grund für diese Lage besteht darin, dass viele weibliche Offiziere nach einem Erziehungsurlaub vom operativen zum administrativen Bereich übergehen, was ihre Chancen verringert, zum Studium an einer Militärakademie zugelassen zu werden. Auch in den dänischen Streitkräften, wo die Rekrutierung weiblicher Soldaten und deren Verbleib in den Streitkräften ebenfalls problematisch ist, haben nur wenige Frauen höhere Dienstgrade erreicht. 1999 und 2000 sank die Zahl der Frauen an Militärakademien auf den tiefsten Stand der letzten Jahre.

In den Vereinigten Staaten (14 %) und in Kanada (11,4 %) sind aktive Soldatinnen in den Streitkräften am besten vertreten. Für amerikanische Soldatinnen kam der Durchbruch 1973 mit der Bildung einer reinen Freiwilligentruppe. Damals führte die nach dem Vietnamkrieg herrschende Militärverdrossenheit dazu, dass weniger Männer zum Militärdienst bereit waren, und so waren weibliche Rekruten willkommen. Heute stellen weibliche Soldaten 8,6 % der weltweit dislozierten amerikanischen Streitkräfte. Inzwischen haben mehr als 11 200 amerikanische Soldatinnen Friedensoperationen der NATO unterstützt, und 37 000 waren 1991 während der Operation Desert Storm am Persischen Golf im Einsatz. Amerikanische Soldatinnen stoßen allmählich

auch zu den höchsten Dienstgraden vor. Bisher sind vier in den Rang eines Dreisternegenerals (Generalleutnants/Vizeadmirals) aufgerückt.

In den Streitkräften der Vereinigten Staaten stehen den Frauen jedoch nicht alle Posten offen. Theoretisch bleiben ihnen nur Posten verwehrt, die mit direkten Bodenkampfeinsätzen verbunden sind. In der Praxis führen die jetzigen Regeln für die Anweisung von Posten allerdings dazu, dass mehrere andere Bereiche ebenfalls nur mit Männern besetzt werden, so dass letztlich nicht mehr als 80 % der Stellen für Frauen zugänglich sind. Auf der anderen Seite sind kanadische Soldatinnen seit 1989 zu fast allen Verwendungen und Einsatzbereichen zugelassen. Die einzige Ausnahme bildeten U-Boote, und selbst diese Einschränkung wurde im März d.J. aufgehoben. Im Herbst sollen die ersten Frauen mit der Ausbildung für U-Boot-Einsätze beginnen. Trotzdem findet man die meisten Frauen der kanadischen Streitkräfte unverändert in eher traditionellen Bereichen, und ihre Integration in die Kampftruppen (Infanterie, Artillerie, Pioniertruppe, Panzertruppe), wo sie mit 1,9 % weiterhin nur schwach vertreten sind, war bisher wenig erfolgreich.

Die Streitkräfte Frankreichs, der Niederlande und des Vereinigten Königreichs haben ebenfalls eine lange Geschichte bezüglich der Rekrutierung weiblicher Soldaten, und Frauen stellen dort mehr als acht Prozent des Personals. Im Allgemeinen haben nur wenige Soldatinnen höhere Dienstgrade erreicht. Sowohl in den Niederlanden als auch im Vereinigten Königreich wurden Frauen bis Anfang der 80er bzw. der 90er Jahre in getrennten Frauenkorps eingesetzt. Frankreich gewährte weiblichen Soldaten Anfang der 70er Jahre die Gleichstellung, aber erst in den 80er Jahren wurde ernsthaft versucht, die Integration der Frauen zu verbessern, und Quoten gab es noch bis 1998. Man geht davon

## Die Debatte geht weiter

Nicht jeder begrüßt die zunehmende Zahl von Frauen in den Streitkräften. Manche Traditionalisten vertreten nach wie vor die Ansicht, im Militär sei für Frauen kein Platz. Letztes Jahr schrieb Martin Van Creveld von der Hebräischen Universität Jerusalem als entschiedener Verfechter dieses Standpunkts in der Zeitschrift *Millenium*, der Anstieg des Frauenanteils sei teils Symptom, teils Ursache des Niedergangs der modernen Streitkräfte. In ihren Antworten stellten sowohl Christopher Coker von der London School of Economics als auch Jean Bethke Eshtain von der Universität Chicago in Frage, dass das Militär im Niedergang begriffen sei. Sie vertraten stattdessen die Ansicht, dass die Streitkräfte einen Wandel durchmachen, der Entwicklungen der gesellschaftlichen und technologischen Rahmenbedingungen sowie des internationalen Sicherheitsumfelds widerspiegeln, die wiederum eine größere Aufgeschlossenheit des Militärs gegenüber bestimmten Forderungen der Öffentlichkeit bezüglich der Werte des zivilen Sektors verlangten und insbesondere im Hinblick auf friedenserhaltende Maßnahmen neue Anforderungen an die Fähigkeiten der Streitkräfte stellten.

In einem Artikel, der im Dezember 2000 im *Journal of Strategic Studies* erschien, vertrat Caroline Kennedy-Pipe von der Universität Sheffield die gleiche Auffassung. Unter Hinweis auf die Definition des Kriegers der Zukunft, die Christopher Bellamy in *Knights in White Armour* verwendet, führt sie an, dass sich der Charakter der modernen Kriegführung durch technologische Neuerungen geändert habe, so dass traditionelle Gefechtsfeldszenarien weniger wahrscheinlich seien

und die Rolle des modernen Kriegers geschlechtsneutraler werde als je zuvor. Folglich gebe es nur noch wenige stichhaltige militärische Gründe dafür, körperlich und geistig qualifizierten Frauen bestimmte Posten in den Streitkräften zu verwehren. Zudem schlug Kennedy-Pipe vor, die Debatte darüber, ob Frauen voll in die Streitkräfte integriert werden sollten, zu beenden und sich stattdessen mit der Frage zu befassen, „wie und wo sie in den neuen Kriegen, die neue Krieger verlangen, am besten eingesetzt werden können.“



© Dänische Streitkräfte

Vom Make-up zur Tarnung: Bei Debatten über die Zulassung von Frauen zum Militär geht es um Fragen der Eignung, Tauglichkeit und moralischen Vertretbarkeit.

aus, dass die Rekrutierung französischer Soldatinnen im Jahr 2002 mit der Abschaffung der Wehrpflicht zunimmt. Das neue Ziel der niederländischen Streitkräfte, die für das Jahr 2010 einen Frauenanteil von 12 % anstreben, könnte sich angesichts der Schwierigkeiten mit der Erreichung der derzeitigen Ziele und wegen der generell geringen Verweildauer im Militär als schwer erreichbar erweisen.

Theoretisch stehen Frauen sowohl in den niederländischen als auch in den französischen Streitkräften alle Posten offen. In der Praxis besteht jedoch unverändert nur ein beschränkter Zugang zu einigen besonderen Posten, in der Regel aufgrund körperlicher Anforderungen und aus Gründen der effektiven Gefechtsfähigkeit oder auch (wie bei U-Booten) aus praktischen Gründen. Die meisten aktiven Soldatinnen findet man weiterhin in logistischen Einheiten und in Kampfunterstützungstruppen, obwohl einige Operationen der letzten Jahre die Einsatzfähigkeit von Frauen in Kriegsgebieten unter Beweis gestellt haben.

Manche Einschränkungen gelten auch noch im Vereinigten Königreich, aber Anfang der 90er Jahre änderte sich vieles, als Frauen zu Verwendungen auf Überwasserschiffen (auch mit Kombattantenstatus) und zu allen Funktionen einer Flugzeugbesatzung zugelassen wurden. Jetzt stehen Frauen mehr als 95 % der Luftwaffenposten und etwa 70 % der Stellen im Heer und in der Marine offen. Britische Soldatinnen werden in fast allen Spezialbereichen Seite an Seite mit ihren männlichen Kollegen eingesetzt; ausgenommen sind aber Einheiten, deren Hauptaufgabe darin besteht, den Feind im Nahkampf zu töten, denn hier meint man, ihre Präsenz könne die effektive Gefechtsfähigkeit beeinträchtigen. Solche Beschränkungen stehen mit einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs im Einklang, das den Ausschluss weiblicher Soldaten von bestimmten Posten aus Gründen der effektiven Gefechtsfähigkeit erlaubt und den nationalen Behörden die Entscheidung darüber lässt, welche Posten dies sein sollen. Nicht zugelassen sind britische Soldatinnen zudem aus medizinischen Gründen auf U-Booten und als Minentaucher der britischen Marine.

In Belgien waren Frauen erst relativ spät in den Streitkräften vertreten, denn dort wurden sie erst 1975 zugelassen. Heute stellen sie jedoch mehr als 7 % der Gesamtstreitkräfte, und ihre Zahl nimmt – auch bei den höheren Dienstgraden – stetig zu. Sie sind im Hinblick auf alle ihnen zugänglichen Verwendungen voll integriert, obschon die meisten Soldatinnen Verwaltungsposten haben oder im logistischen Bereich tätig sind. In Luxemburg, das weder Luft- noch Seestreitkräfte hat, waren Frauen bis 1987 im Heer nicht zugelassen und stellen heute nur 0,6 % des militärischen Personals.

Die meisten Mittelmeerstaaten öffneten ihre Streitkräfte erst in den 80er und 90er Jahren für Frauen, auch wenn einige Staaten Frauen schon im Sanitätsdienst beschäftigten. Griechenland ließ 1979 weibliche Unteroffiziere in Unterstützungsverwendungen zu. Militärakademien blieben ihnen aber bis 1990 verschlossen, und der Zugang zu militärischer Ausbildung ist weiterhin beschränkt. Frauen sind noch immer von Kampfeinsätzen ausgeschlossen, aber im Jahr 2000 gab es bei der griechischen Marine die erste Soldatin, und der erste weibliche Fliegerkadett wird voraussichtlich noch in diesem Jahr auf der Luftwaffenakademie aufgenommen. Insgesamt liegt der Frauenanteil bei etwa vier Prozent. Spanien begann 1988 mit der Rekrutierung von Frauen und Portugal 1992. Weibliche Soldaten machen nun in beiden Ländern ungefähr sechs Prozent der Gesamtstreitkräfte aus. Die

meisten Einsatzbereiche, auch Kampfverwendungen, stehen Frauen nun in den spanischen Streitkräften offen, obwohl in manchen Spezialbereichen weiterhin Beschränkungen gelten und mehr als die Hälfte der spanischen Soldatinnen Verwaltungsposten innehaben. Portugiesische Soldatinnen können sich theoretisch auf alle Posten bewerben, auch wenn ihnen in der Praxis der Zugang zur Marineinfanterie und zu Sonderkampftruppen weiterhin verwehrt bleibt.

In der Türkei wurden Frauen Ende der 50er Jahre zu Militärakademien zugelassen, aber als sich 1960 der politische Kurs drastisch änderte, führte dies dazu, dass sie bis 1982 nicht mehr für eine militärische Ausbildung rekrutiert wurden, und erst zehn Jahre später gab es auf Militärschulen wieder weibliche Kadetten. Türkische Soldatinnen, die nur 0,1 % der Gesamtstreitkräfte ausmachen, haben keinen Zugang zu Panzer- und Infanterieeinheiten oder auch zu U-Booten.

In den neuen NATO-Mitgliedstaaten trugen in den 90er Jahren die Vorbereitungen auf einen EU-Beitritt zu einer beschleunigten Gleichstellung von Männern und Frauen in den Streitkräften bei; damals wurde Frauen in den drei neuen NATO-Staaten auch der Zugang zu einer militärischen Ausbildung eröffnet. Heute stellen weibliche Soldaten in der Tschechischen Republik etwa 3,7 % und in Ungarn mehr als 9 % der Gesamtstreitkräfte, aber sie haben meistens traditionelle Aufgaben, und nur wenige erreichen höhere Dienstgrade. Die polnischen Streitkräfte haben mit 0,1 % einen niedrigen Frauenanteil, an dem sich wegen der derzeitigen Umstrukturierung wahrscheinlich auch nichts ändern wird. Sozusagen alle Frauen werden im Sanitätsdienst eingesetzt.

Die Bundeswehr hat die Beschäftigung von Frauen bis vor kurzem auf Militärkapellen und den Sanitätsdienst beschränkt. Folglich ist der Frauenanteil mit 2,8 % unverändert niedrig. Dank des einsamen Kampfes einer Frau, die im Bereich Instandhaltung/Unterstützung beschäftigt werden wollte, und aufgrund eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs vom Januar 2000 stehen weiblichen Soldaten aber nun alle Posten offen. Anfang dieses Jahres wurden die ersten Frauen für niedrigere Ränge und Unteroffiziersränge rekrutiert, und im Juli d.J. folgten ihnen die ersten Offiziersanwärterinnen. Bisher verlief die Integration von Frauen ohne Probleme, und Frauen aller Laufbahngruppen sind bereits auf dem Balkan im Rahmen der von der NATO geführten Operationen im Einsatz.

Italien hielt unter den NATO-Staaten am längsten daran fest, Frauen von den Streitkräften auszuschließen. Nach jahrelangen Bemühungen der *Associazione Nazionale Aspiranti Donne Soldato* (der Vereinigung weiblicher Militärdienstbewerber), welche die Unterstützung der breiten Öffentlichkeit gewann und auch von Admiral Guido Venturoni, dem Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses, unterstützt wurde, verabschiedete das italienische Parlament jedoch im September 1999 ein Gesetz, das Frauen den Zugang zu den Streitkräften eröffnete. Zur Feier dieses entscheidenden Durchbruchs sowie der ersten Rekrutierung von Frauen im Jahr 2000 wurde die Jahrestagung des Ausschusses für Frauen in den NATO-Streitkräften im Juni 2001 auf Ersuchen Italiens in Rom und nicht in einer Stadt in den Niederlanden abgehalten, die den Vorsitz führten. Italien verfolgt nun eine Mehrphasenstrategie und konzentriert sich zunächst unter Ausschluss operativer Verwendungen auf die Integration von Frauen im Bereich der allgemeinen Unterstützung, und auch der Zugang zu Militärakademien ist noch beschränkt. Man hofft, auf diese Weise die Integration zu erleichtern und männlichem Personal eine gewisse Anpassungszeit zu geben.

Die deutschen und die italienischen Streitkräfte können, wenn sie nun eine umfassendere Integration der Frauen einleiten, den Beispielen ihrer NATO-Bündnispartner folgen und aus deren Erfahrungen lernen. Die Kontakte zwischen den Streitkräften verschiedener NATO-Mitglieder während militärischer Übungen und Operationen sowie im Rahmen friedenserhaltender Maßnahmen tragen natürlich auch dazu bei, die Verbreitung neuer Ideen und Praktiken zur Lösung von Gleichstellungsproblemen in den Streitkräften zu fördern.

NATO-Staaten, deren Streitkräfte schon seit vielen Jahren Frauen beschäftigen, können aber auch voneinander lernen, denn das Militär hat im harten Konkurrenzkampf auf dem Arbeitsmarkt Schwierigkeiten, qualifiziertes Personal zu rekrutieren und langfristig an guten Kräften festzuhalten. In Norwegen sind z.B. im Rahmen der vom Verteidigungsministerium verfolgten Gleichstellungsstrategie umfassende Betreuungsprogramme mit dem Ziel eingeleitet worden, Frauen zum weiteren Verbleib in den Streitkräften und zu Bewerbungen um höhere Posten zu bewegen. Mehr oder minder umfangreiche Betreuungsmaßnahmen werden auch in einigen anderen Ländern durchgeführt, darunter das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten. Sowohl Kanada als auch Dänemark haben sich für eine Strategie der diversifizierten Personalverwaltung entschieden. Dänemark hofft, den Anteil weiblicher Rekruten dadurch zu erhöhen, dass es für die körperlichen Grundvoraussetzungen geschlechtsspezifische Richtlinien einführt, aber zugleich an geschlechtsneutralen Anforderungen für körperlich anspruchsvolle Verwendungen festhält. Man tendiert allerdings immer mehr dazu, für die jeweiligen körperlichen Anforderungen verwendungsspezifische Richtlinien festzulegen, statt bei einer bestimmten Verwendung geschlechtsspezifische Richtlinien anzuwenden.

In den Vereinigten Staaten und mehreren anderen Ländern zählt es zu den wichtigsten Zielen, die Lebensqualität des gesamten militärischen Personals und der Familienangehörigen zu verbessern. Belgien und die Niederlande experimentieren z.B. mit Teilzeitangeboten, um Müttern von Kleinkindern die Weiterbeschäftigung zu erleichtern. Ein familienpolitischer Aktionsplan der norwegischen Streitkräfte, dessen Veröffentlichung für diesen Sommer geplant ist, konzentriert sich auf die Unterstützung der Familien von Streitkräfteangehörigen, die im Rahmen internationaler Operationen im Einsatz sind. Ferner bestimmen in Dänemark – um die Belastung des Familienlebens auf ein Mindestmaß zu begrenzen – alle Streitkräfteangehörigen ihre Arbeitsbedingungen und ihren Dienstplan so weit wie möglich selbst; dies schließt auch die Möglichkeit einer vorübergehenden Rückstufung ein, ohne dass davon die weiteren Beförderungschancen verringert würden.

Frauen sind den letzten 40 Jahren in den Streitkräften der NATO weit vorangekommen. Es ist jedoch weiterhin ein bedeutendes Problem, dass Frauen – vor allem bei den höheren Dienstgraden – unterrepräsentiert sind. In dieser Hinsicht ist die NATO-Zentrale nicht mit gutem Beispiel vorangegangen, denn derzeit sind im Internationalen Militärstab nur drei weibliche Offiziere beschäftigt, d.h. weniger als ein Prozent des Gesamtpersonals. Man sollte jedoch einmal abwarten, was die nächsten 25 Jahre bringen, wenn Frauen in den NATO-Streitkräften allmählich immer höhere Dienstgrade erreichen und ihren Einfluss auf das Militär in zunehmendem Maße geltend machen. ■

 Weitere Informationen zum Thema Frauen in NATO-Streitkräften s. [www.nato.int/docu/facts/cwinf.htm](http://www.nato.int/docu/facts/cwinf.htm).

## Frauenförderung in den Streitkräften der NATO

Vor vierzig Jahren, im Juni 1961, kamen Delegierte aus Dänemark, den Niederlanden, Norwegen, den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich in Kopenhagen zur ersten NATO-Konferenz weiblicher Stabsoffiziere zusammen, die von der Atlantischen Gesellschaft Dänemarks ausgerichtet wurde. Die Delegierten brachten den Wunsch nach regelmäßigen Tagungen sowie die Hoffnung zum Ausdruck, dass die einschlägigen NATO-Stellen und nationalen Behörden eine Ausweitung der Beschäftigung von Frauen in den Streitkräften in Erwägung ziehen würden.

Der Ausschuss für Frauen in den NATO-Streitkräften wurde jedoch erst 1976, also 15 Jahre später, förmlich vom NATO-Militärausschuss anerkannt. Die Zahl der NATO-Staaten, die Delegierte oder Beobachter zu den Ausschusssitzungen entsenden, ist im Laufe der Jahre immer weiter angestiegen. Inzwischen hat der Ausschuss 18 Mitglieder, die von allen NATO-Staaten (außer Island, das keine Streitkräfte hat) entsandt werden. Kanada führt in den nächsten beiden Jahren den Vorsitz.

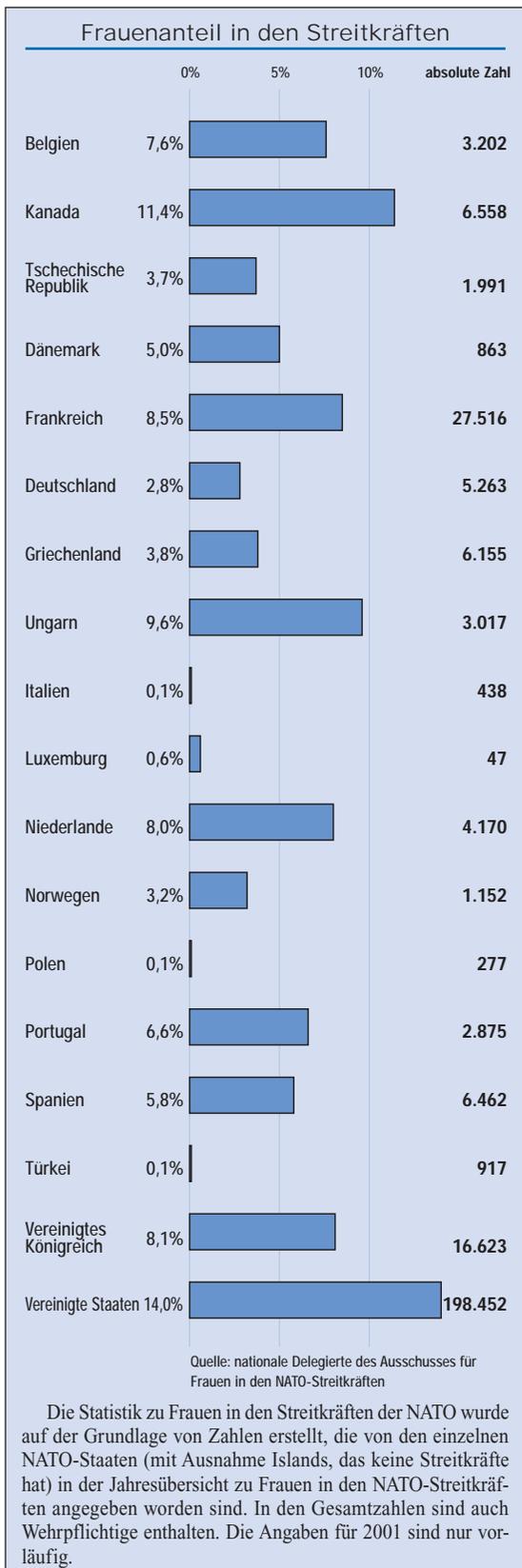
Ende 2000 erhielt das Büro für Frauen in den NATO-Streitkräften in der NATO-Zentrale als nachgeordnetes Organ des Internationalen Militärstabs einen ständigen Status. Es arbeitet dem Frauenausschuss und dessen drei Unterausschüssen auf den Gebieten Ausbildung und Förderungsmaßnahmen, Rekrutierung und Beschäftigung sowie Lebensqualität zu. Das Büro möchte auch als zentrale Schaltstelle für diesbezügliche Informationen und Forschungsaktivitäten dienen sowie unter den NATO-Mitgliedstaaten und deren Partnerstaaten das Bewusstsein für die erfolgreiche Beschäftigung von Frauen in den Streitkräften fördern.



© US-Verteidigungsministerium

Rekrutendrill: Angesichts des Konkurrenzkampfs auf dem heutigen Arbeitsmarkt besteht ein zentrales Problem darin, qualifiziertes Personal zu rekrutieren und langfristig an guten Kräften festzuhalten.

# Frauen in den NATO-Streitkräften und Friedensoperationen



## Auswahl derzeitiger Friedensmissionen unter der Leitung der VN

		Beginn	personeller Umfang	Kosten bis 1999/00 in Mill. US-Dollar	geschätzte Kosten 2000/01 in Mill. US-Dollar
UNTSO	United Nations Truce Supervision (Nahe Osten)	1948	154	606	23
UNFICYP	United Nations Peacekeeping Force in Cyprus	1964	1.219	1.019	43
UNDOF	United Nations Disengagement Observer Force (Israel)	1974	1.120	786	37
UNIFIL	United Nations Interim Force in Lebanon	1978	4.922	3.118	147
MINURSO	United Nations Mission for the Referendum in Western Sahara	1991	231	389	49
UNIKOM	United Nations Iraq-Kuwait Observer Mission	1991	1.115	521	53
UNOMIG	United Nations Observer Mission in Georgia	1993	102	115	30
UNAMSIL	United Nations Mission in Sierra Leone	1999	12.439	267	504
UNTAET	United Nations Transitional Administration in East Timor	1999	8.087	350	584
MONUC	United Nations Organisation Mission in DROC	1999	258	59	141

## Auswahl derzeitiger Friedensoperationen unter anderer Leitung

		Beginn	personeller Umfang	Kosten bis 1999/00 in Mill. US-Dollar	geschätzte Kosten 2000/01 in Mill. US-Dollar
MFO	Multinational Force and Observers (Ägypten)	1982	1.844	1.385	51
SFOR	NATO-led Stabilisation Force (Bosnien)	1996	22.800	13.000	2.700
Belisi	Peace Monitoring Group in Bougainville	1998	262	55	14
KFOR	NATO-led Kosovo Force	1999	50.000	7.000	6.000

## Auswahl früherer Friedensoperationen unter der Leitung der VN

		Dauer	personeller Umfang	Kosten in Mill. US-Dollar
UNEF I	First United Nations Emergency Force	1956-67	6.073	214
UNOGIL	United Nations Observer Group in Lebanon	1958	591	4
ONUC	United Nations Operation in the Congo	1960-64	19.828	400
UNYOM	United Nations Yemen Observer Mission	1963	239	2
UNEF II	Second United Nations Emergency Force	1973-79	6.973	446
UNIIMOG	United Nations Iran-Iraq Military Observer Group	1988-91	400	178
UNTAG	United Nations Transition Assistance Group	1989-90	5.993	369
ONUCA	United Nations Observer Group in Central America	1989-92	1.098	89
UNAVEM I, II, III	United Nations Angola Verification Mission I, II, III	1989-97	7.546	944
ONUSAL	United Nations Observer Mission in El Salvador	1991-95	683	107
UNTAC	United Nations Transitional Authority in Cambodia	1992-93	19.159	1.600
ONUMOZ	United Nations Operations in Mozambique	1992-94	8.125	471
UNOSOM I, II	United Nations Operations in Somalia I, II	1992-95	28.000	2.300
UNPROFOR	United Nations Protection Force	1992-95	30.869	4.600
UNAMIR	United Nations Assistance Mission for Rwanda	1993-96	5.500	437
UNMIH	United Nations Mission in Haiti	1993-96	1.549	516
UNPREDEP	United Nations Preventive Deployment Force	1995-99	1.110	176
UNTAES	United Nations Transitional Administration for Eastern Slavonia	1996-98	5.344	558
MINUGUA	United Nations Verification Mission in Guatemala	1997	188	15
UNOMA	United Nations Observer Mission in Angola	1997-99	1.156	181
MINURCA	United Nations Mission in the Central African Republic	1998-00	1.252	86

## Auswahl früherer Friedensoperationen unter anderer Leitung

		Dauer	personeller Umfang	Kosten in Mill. US-Dollar
ECOMOG	ECOWAS Military Observer Group (Liberia)	1990-98	12.400	525
UNTAF	Unified Task Force in Somalia	1992-93	40.000	2.500
IFOR	NATO-led Implementation Force (Bosnien)	1995-96	60.000	5.000
Alba	Multinational Protection Force (Albanien)	1997	6.294	175
MISAB	Mission Interfrancaine de Surveillance des Accords de Bangui	1997	1.578	102
AFOR	NATO Albania Force	1999	5.500	650
INTERFET	International Force in East Timor	1999	11.310	421

Die vorstehende Statistik ist der 2000 Chart of Armed Conflict entnommen, die von dem in London ansässigen Internationalen Institut für strategische Studien in *The Military Balance 2000-2001* veröffentlicht worden ist (Stand: 30. Juni 2000).



### *NATO 2000*

Die CD-ROM skizziert die Entwicklung des Bündnisses und beschreibt den Anpassungsprozess, den die NATO zur Bewältigung der Sicherheitsaufgaben des 21. Jahrhunderts eingeleitet hat.

*Die NATO und Russland: Partner bei Friedensoperationen*  
Informationen über die praktische Zusammenarbeit zwischen  
Friedenstruppen Russlands und der NATO auf dem Balkan.



### *KOSOVO - ONE YEAR ON - Achievement and Challenge*

Bericht des NATO-Generalsekretärs Lord Robertson.

*The Reader's Guide to the Washington Summit*  
Sammlung aller offiziellen Texte und Erklärungen des  
Washingtoner NATO-Gipfels vom April 1999 einschließlich  
Hintergrundinformationen zu NATO-Programmen  
und -Aktivitäten.



### *Extending Security:*

#### *The Role of NATO and its Partner Countries*

Umfassende illustrierte Darstellung der Arbeitsweise der  
NATO und der politischen Entwicklung in zentralen  
Tätigkeitsbereichen des Bündnisses.

### *NATO at 50*

Faltblatt mit einem Abriss der Geschichte des Bündnisses  
und einer Zusammenfassung der wichtigsten Themen auf  
der derzeitigen Tagesordnung der NATO.



### *NATO Topics*

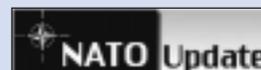
Anschauliche Darstellung des Bündnisses mit einer Beschreibung der  
Meilensteine in der Geschichte der NATO und der wichtigsten Themen  
auf ihrer derzeitigen Tagesordnung.

(nur elektronisch: [www.nato.int/docu/topics/2000/home.htm](http://www.nato.int/docu/topics/2000/home.htm))

### *NATO Update*

Wöchentliche Internet-Nachrichten mit einer kurzen Darstellung von  
NATO-Aktivitäten und -Ereignissen und einem allgemeinen Überblick  
über bündnisweite Initiativen.

(nur elektronisch: [www.nato.int/docu/update/index.htm](http://www.nato.int/docu/update/index.htm))



**ALLE VERÖFFENTLICHUNGEN SIND IN ENGLISCHER UND FRANZÖSISCHER SPRACHE ERHÄLTICH;  
VIELE LIEGEN AUCH IN ANDEREN SPRACHEN VOR.**

Anfragen und Bestellungen sind zu richten an:

Office of Information and Press – Distribution Unit  
Bld Leopold III – B-1110 Brüssel, Belgien  
Tel.: 00-32-2 707 5009  
Fax: 00-32-2 707 1252  
E-Mail: [distribution@hq.nato.int](mailto:distribution@hq.nato.int)

Elektronische Versionen dieser Veröffentlichungen sind  
erhältlich über [www.nato.int](http://www.nato.int).

Dort werden auch offizielle Erklärungen,  
Presseverlautbarungen und Reden sowie sonstige  
Informationen über Struktur, Politik und Arbeit des  
Bündnisses veröffentlicht; zudem besteht Zugang  
zu mehreren Online-Servern.

Vertriebsadresse: Deutsche Vertriebsgesellschaft  
Vertriebsadresse: für Publikationen und Filme mbH  
Vertriebsadresse: Birkenmaarstr. 8, 53340 Meckenheim  
Vertriebsadresse: Postfach 1149, 53333 Meckenheim

# nordatlantikvertragsorganisation



*belgien  
dänemark  
deutschland  
frankreich  
griechenland  
grossbritannien  
island  
italien  
kanada  
luxemburg  
niederlande  
norwegen  
polen  
portugal  
spanien  
türkei  
tschechische republik  
ungarn  
usa*